

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

# Politische Berichte



3. März 1989  
Jg. 10 Nr. 5

G 7756 D  
Preis:  
2,50 DM

## *30 Tage Hungerstreik*

**Die  
Justizbehörden  
verhalten sich  
sträflich**

*Seite 10*

## *In UN-Mission*

**Bald BRD-Militär-  
beobachter in  
Mittelamerika und Namibia**

*Seite 12*

## *Krankenhäuser*

**ÖTV-Aktionen  
zu den  
Tarifverhandlungen  
in der Krankenpflege**

*Seite 23*

## *Rechte Positionen*

**Republikaner  
fischem im Trüben  
der sozialen  
Konkurrenz**

*Seite 34*



„Wir wollen ja nur, daß die Vorurteile abgebaut werden gegen die Sinti, daß die ‚Zigeuner‘ klauen, daß die ‚Zigeuner‘ böse sind.“

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

## Inhalt 5/89

*Aktuelles aus Politik und Wirtschaft*

Aktuell in Bonn.....	4
<b>Druck und Papier:</b> Kapitalisten wollen Samstag als Regelarbeitstag und Lohnsenkungen.....	5
<b>Rentenreform:</b> SPD findet Konsens mit Blüm.....	7
<b>Krankenpflege:</b> Tarifverhandlungen haben begonnen.....	7
<b>BRD-Namibia:</b> BRD plant neokoloniale Umtriebe.....	7
<b>Wintex/Cimex:</b> Übung für den Krieg.....	8
Verurteilung im Cimex-Prozeß.....	9
<b>Hungerstreik:</b> Justizbehörden verhalten sich sträflich!.....	10
Karl-Heinz-Dellwo zur Fortsetzung des Hungerstreiks.....	10
Pressezusammenstellung.....	11

*Auslandsberichterstattung*

<b>UN-Truppen:</b> Bald BRD-Militärbeobachter in Mittelamerika und Namibia.....	12
UN-Truppen: Immer für den Frieden?.....	13
<b>Südafrika/Azania:</b> Politische Gefangene im Hungerstreik.....	13
<b>Kanada-USA:</b> Bush besucht Premier Mulroney.....	14
<b>Schweiz:</b> Wachsende Armut in der „reichen Schweiz“.....	14
<b>Türkei:</b> Neue Hungerstreiks in den Gefängnissen.....	15
<b>Sri Lanka:</b> Blutige Parlamentswahlen im Februar.....	15
Internationale Meldungen.....	14

*Aus Verbänden und Parteien*

<b>Veröffentlichungen:</b>	
Buchbesprechung: Deutsche Deserteure.....	18
„Politikvermittlung und politische Führung“.....	18
Sozialpolitisches Programm des DGB.....	19
<b>Lohndaten:</b> WSI zu Lohnstruktur und Lohnflexibilisierung.....	19

*Reportagen und Berichte regional*

Regionale Nachrichten.....	21
<b>Kommunalwahlkampf Frankfurt:</b> Forderungen an die Kommune gehen unter.....	22
<b>Bosch/Türkei:</b> Arbeitergelder für Expansion.....	22
<b>ÖTV:</b> Aktionen zur Tarifverhandlung.....	23
<b>Sitzwachen:</b> Dauerstreik ausgesetzt.....	23
<b>Studentenbewegung:</b> Soziale Interessen werden kaum thematisiert.....	24
<b>Studentenstreik:</b> Forderungen meist unerfüllt.....	25
<b>Stahl-Manteltarif:</b> Kapitalisten greifen Tarifurlaub an.....	25
<b>Roma-Hungerstreik:</b> Für ein endgültiges Ende der Vertreibungspolitik.....	26
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
<b>BASF/USA:</b> Solidarität der IG Chemie nötig.....	29

*Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge*

<b>Film:</b> Perestroika: Jugend, so wird's werden!.....	30
<b>Roma-Sinti-Filmtage in Köln:</b> Gegen das „lustige Zigeunerleben“.....	30
Gyuri: Roma in Ungarn.....	30
Lustig wär' das Zigeunerleben.....	31
Such Dein Glück, Zigeuner.....	31
Das falsche Wort.....	31
<b>Rüstung:</b> Schaffung von EG-Rüstungskonzernen.....	32

*Spezialberichte*

<b>Rechte Positionen:</b> Republikaner fischen im Trüben der sozialen Konkurrenz.....	34
Republikaner schüren Existenzangst und hetzen damit Leute gegeneinander.....	34
Woher kommen die Stimmen der Republikaner?.....	36
Zimmermann verbietet N.S. und schon fast faschistisches Gedankengut.....	39

## Veranstaltungen mit Vertretern von Herri Batasuna

Vor den EG-Wahlen werden zwei Vertreter von Herri Batasuna, einer Frontorganisation des baskischen Befreiungskampfes, an Veranstaltungen in der BRD und in Westberlin teilnehmen. Antonio Egido und Mikel Aricaleta werden über die Verhandlungen zwischen ETA und der spanischen Regierung, über die Rolle der EG gegen den baskischen Freiheitskampf und über die kommunalen Tätigkeiten von Herri Batasuna berichten. Die Veranstaltungen sollen das antiimperialistische Bündnis gegen die EG stärken. Sie werden nützlich sein gegen die verstärkte Unterdrückung, die von der EG betrieben wird. Sie werden örtlich vorbereitet und finden in folgenden Städten statt:

**Hamburg, 13. März, Montag, 19.00 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Aula, Hamburg 13, Eingang Bundesstraße.**

Bisherige Unterstützer: BWK, Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes, Volksfront, VSP, El Salvador-Komitee, Teilnehmer- und Teilnehmerinnen des 130a-Plenums

**Westberlin, 14. März, Dienstag, Ort und Beginn können bei den bisherigen Unterstützern nachgefragt werden:**

Arbeitskreis Kurdistan, Berliner Rätekommunisten, BWK, Feyka, Volksfront

**Köln, 15. März, Mittwoch, 19.30 Uhr, Weißhausstr. 22**

Bisherige Unterstützer: Alternative Liste Uni Köln, Anti-EG-Gruppe, Antiimperialisten (Weißhausstraße), AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, BWK, Feyka, KB, Sprecherrat der Philosophischen Fakultät der Uni Köln, Volksfront, VSP

**Karlsruhe, 16. März, Donnerstag, 19.30 Uhr, Gaststätte Schlachthof.**

Bisherige Unterstützer: Arbeitskreis Internationalismus, BWK, Feyka Kurdistan, Karlsruher Initiative für Zusammenlegung, Sozialistische Gruppe Karlsruhe, Volksfront, VSP

**Freiburg, 17. März, Freitag, 20.00 Uhr, Gaststätte Akropolis, Wanner-Straße.**

Bisherige Unterstützer: Autonome Studenten, BWK, Jos Fritz Buchhandlung, Politik- und Kulturgruppe, Volksfront

**München, 18. März, Samstag, 20.00 Uhr, „Volxkino“, Landsbergerstr. 79**

Bisherige Unterstützer: Unterstützer des Volxkinos, Volksfront

### SPD verhandelt nur noch mit AL

Nach einem enttäuschenden Vieraugengespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen will der westberliner SPD-Vorsitzende Momper vorläufig nur noch mit der AL über die Senatsbildung verhandeln. Vorausgegangen war die Absage der Verhandlungen in den zwölf Sachkommissionen zwischen SPD und AL, weil Birgit Arkenstette und Harald Wolf sich dafür ausgesprochen hatten, nur eine Tolerierung eines SPD-Senats statt Koalition anzustreben. Außerdem meinten sie, die mit der SPD vereinbarten drei Essentials beinhalteten nicht das Ge-

waltmonopol des Staates. Darin heißt es: „Der Status von Berlin stellt die Grundlage der Lebensfähigkeit der Stadt dar, solange er nicht in eine gesamteuropäische Friedensregelung überführt werden kann. Die Anwesenheit der drei Mächte hat seit dem Ende des Krieges ermöglicht, daß die Stadt sich frei und demokratisch entwickeln konnte ... Aus dem Dritten Überleitungsgesetz ergibt sich für beide Fraktionen die Notwendigkeit, das gesamte Bundesrecht ... in dieser Legislaturperiode zu übernehmen ... Nach der Rechtsordnung darf nur der Staat darüber entscheiden, wer zur Ausübung unmittelbaren Zwangs befugt ist. Für beide

Fraktionen ist die Anwendung unmittelbaren Zwangs streng an Recht und Gesetz gebunden.“ Da die AL-Fraktion bezüglich der bedingungslosen Übernahme von Bundesrecht bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes über das zweite Schiffsregister Wohlverhalten gezeigt hatte und da der Delegiertenrat mit 45 Stimmen dafür und einer dagegen die Essentials bekräftigte, wird weiterverhandelt. Während der designierte SPD-Finanzsenator Schneider einschneidende Kürzungen ankündigte, zeichnen sich Verhandlungsergebnisse im Bereich Justiz ab: Der offene Vollzug soll wieder Regel werden und Abschaffung — aber nicht Zerstörung — des Hochsicherheitstraktes. — (chk)

### § 218: Demonstration und Verfassungsklage

Etwa 6000 Menschen, hauptsächlich aus dem süddeutschen Raum, aber auch aus der gesamten BRD, der Schweiz und Brüssel, beteiligten sich an einer Demonstration in Memmingen am 25. Februar 1989 zum 14. Jahrestag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum § 218.

Die Demonstration war vorbereitet worden vom Frauenbündnis Bayern und richtete sich gegen die weiterhin andauernden Verfolgungsmaßnahmen in Memmingen. Sie war im wesentli-

chen geprägt von den Forderungen der Frauenbewegung. In mehreren Beiträgen wurde auf das Erstarken der Faschisten hingewiesen, die schon immer für besonders harte Bestrafung der Abtreibung eingetreten sind bis hin zur Todesstrafe. Ingrid Hamacher vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall sprach sich gegen den Strafparagrafen 218 aus.

Die Reaktion versucht, die Maßnahmen der Memminger Justiz, die bundesweit auf heftige Kritik gestoßen sind, im nachhinein durch höchstgerichtliche Instanz absegnen zu lassen. Am 17.2.89 beschloß der „kleine Parteitag“ der CSU in Regensburg auf Antrag der CSA: „Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, einen Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen ..., ob die geltende Regelung des Beratungs- und Indikationsfeststellungsverfahrens (§§ 218b, 219 STGB) und die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenschein ... mit dem Grundgesetz vereinbar ist.“ Gleichzeitig hat die baden-württembergische Landesregierung eine „Initiative — mit Kindern leben“ in die Wege geleitet, um Frauen auf jeden Fall zum Austragen von Kindern zu zwingen. Der Katholikenrat in Fulda will eine Unterschriftensammlung in die Wege leiten „mit dem Ziel, Parlament und Regierung zur Überprüfung der

derzeitigen Abtreibungspraxis anzuregen.“ (Deutsche Tagespost, 22. Februar 1989)

Die Humanistische Union hat ein „Sonderkonto Dr. Theissen“ eingerichtet, um die Verteidigung von Dr. Theissen notfalls bis zur obersten Instanz führen zu können. — (elf)

### Urteile gegen Volkszählungsgegner

Das Bundesinnenministerium hat die Volkszählung weitgehend unangefochten durchsetzen können. Anscheinend ist die Verfolgung von Volkszählungsgegnern und Boykoteuren innerhalb der großen Städte, wo die Quote der Nichtausfüller auch aus ganz anderen Gründen höher ist als auf dem Land, weniger scharf als in ländlichen Gegenden. Hier unternehmen die Gerichte die Arbeit, die Gegner der Volkszählung durch Verurteilung zu spalten und zu demütigen. Ein 53jähriger Boykoteur der Volkszählung aus der Hunsrücker Gemeinde Emelshausen ist in Erzwingungshaft genommen worden. Er war zu einem Bußgeld in Höhe von 125,— DM verurteilt worden und hatte sich geweigert, diese Strafe zu zahlen. Einer Aufforderung der Gemeinde, den Offenbarungseid abzulegen, kam er nicht nach. Daraufhin ließ die Gemeinde Erzwingungshaft anordnen — die kein Ersatz für die Strafe ist, sondern so lange andauern

kann, bis der Verurteilte gewillt ist, die Strafe mitsamt den inzwischen von den Behörden verursachten Zusatzgebühren zu zahlen oder den Offenbarungseid abzulegen.

Die Jugendkammer des Trierer Landgerichts verurteilte fünf Jugendliche, die im Mai 1987 Flugblätter gegen die Volkszählung verteilt hatten, zu Bußgeldern von jeweils 300 DM wegen „Aufforderung zu Ordnungswidrigkeiten“. Die Fünf waren in der ersten Instanz zu 60 Tagessätzen à 10 DM verurteilt worden. Das Gericht verurteilte, obwohl ein Polizist das Flugblatt kontrolliert und weiteres Verteilen gestattet hatte. Dies ist das erste rechtskräftige Urteil gegen Flugblattverteiler, die sich gegen die Volkszählung richteten. Bislang sind mehrere Personen wegen direktem Aufruf zum Boykott verurteilt worden. — (uld)

### Veranstaltungsverbot war rechtswidrig

München. Am 15. Februar 1989 wurde im Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht das Verbot einer Informationsveranstaltung über den kurdischen Befreiungskampf verhandelt. Der BWK klagte gegen die andauernden Versuche des Freistaates Bayern, kurdischen Organisationen, hier Feyka-Kurdistan, das Rederecht in München zu entziehen. Das Gericht entschied, daß das Verbot der Veranstaltung vom 5. Mai 1989 rechtswidrig war. Zur Vorgeschichte dieser rechtlichen Auseinandersetzung haben die Politischen Berichte 17/88 in dem Artikel „Gauweiler mit Polizeistaatsmethoden gegen Versammlungsfreiheit“ ausführlich Stellung genommen. In der jetzigen Verhandlung stellte sich heraus, daß die Regierung von Oberbayern auf Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens trotz vorgeschobener Selbstkritik bestehen blieb. Wenn das Urteil in einigen Wochen schriftlich ergangen ist, bleibt dem Freistaat nochmals vier Wochen Zeit, um Berufung einzulegen. Das Rederecht für Vertreter von Feyka-Kurdistan ist deshalb zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht gesichert. — (dil)



In Hannover protestierten am 12.2. ca. 80 Menschen gegen den Stand Südafrikas auf der Messe „Auto, Boot, Freizeit“. Aufgerufen hatte u.a. der DGB. Auf dem Messestand wurde Südafrika als Urlaubsparadies angepriesen. Die Demonstranten zerrissen die Urlaubsprospekte und forderten Abschaffung von Apartheid und Rassismus. Die Messeleitung sicherte schließlich nach stundenlangem Warten zu, daß in den nächsten Wochen ein Gespräch über den Ausschluß von Südafrika von weiteren Messen stattfinden werde. — (mpu)

## Aktuell in Bonn

### Mieten und Wohnraum

In einer aktuellen Stunde beriet der Bundestag am 17.2. über den steilen Anstieg der Mieten, über zunehmende Obdachlosigkeit und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Vermieter bei „Eigenbedarf“ praktisch ohne weiteren Nachweis Wohnungen kündigen können. Eine Änderung des Mietrechts, um das Kündigungsrecht der Vermieter einzuschränken, stand für CDU/CSU und FDP gar nicht zur Debatte. Wohnungsbauminister Schneider (CSU) verteidigte den Kurs der Bundesregierung, im wesentlichen die Bildung von Wohneigentum durch Haushalte mit besseren Einkommen zu fördern und ansonsten den „privaten Investoren“ das Wohnungsgeschäft mit entsprechenden Mieterhöhungen „attraktiv“ zu machen. Soziale Wohnungsbauprogramme des Bundes werde es auch künftig nicht geben, so Schneider.

### „Polenrenten“

„Alle Polen kriegen bei uns Rente“ — mit diesem Aufmacher startete die „Bild-Zeitung“ am 24.2. eine weitere Ausdehnung der „Rentenreform“. Hintergrund der Falschmeldung: In einem 1976 mit Polen geschlossenen Sozialversicherungsabkommen hatte die Bundesregierung Übersiedlern aus Polen zugebilligt, bei Erreichen des Rentenalters in der BRD Renten auch nach BRD-Recht beziehen zu können. Die Bundesregierung kündigte prompt an, sie wolle das Abkommen ändern. Ziel: Bestimmungen des Abkommens, z.B. über Rentenan-

sprüche bei Teilzeitarbeit, auf BRD-Recht zu verschlechtern. Dem muß nun die polnische Regierung zustimmen.

### Ausländergesetzpläne

Noch vor Ostern will die Regierungskoalition entscheiden, wie sie nun mit dem Ausländergesetzplänen Zimmermanns verfahren will. Eine Arbeitsgruppe aus dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU, Gerster, dem CSU-Abgeordneten Fellner, bundesweit bekannt geworden durch seine antijüdischen Ausfälle im Bundestag, und dem FDP-Abgeordneten Hirsch soll bis Ende März „noch offene Fragen“ des Ausländerrechts klären, teilte CDU-Gerster am 23.2. der Presse mit.

### Visumszwang

Genscher hat am 22.2. Zimmermanns Forderung nach Visumszwang für Jugoslawen zugestimmt, weil die Bundesrepublik „dem Zustrom der Asylbewerber nicht mehr gewachsen“ sei. Dies tritt voraussichtlich ab Mai in Kraft. Am 1. März will das Kabinett die Visumpflicht für 14 afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Staaten einführen und das „Zwischenlandungsprivileg“ für Türken aufheben.

### „Führend“ bei Schichtarbeit

Die BRD ist weltweit eines der Länder mit der meisten Nacht- und Schichtarbeit und den höchsten wöchentlichen Maschinenlaufzeiten. Das mußte die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen im Bundestag zugeben (Bt.-Drucksache 11/3992). Nach einer 1986 von der OECD veröffentlichten Studie waren 1975 18% aller Lohnabhängigen in der BRD in Schichtarbeit, gegenüber 8% in

Frankreich (1978), 8% in den USA (1980) und 13% in Großbritannien (1978). Die durchschnittliche wöchentliche Maschinenlaufzeit betrug in der BRD im verarbeitenden Gewerbe 60,6 Stunden, gegenüber 46 Stunden in Frankreich. Anfrage und Antwort enthalten nützliches Material und Hinweise für die Diskussion um Nacht- und Schichtarbeit und dazu, wie die Regierung ihre Flexi-Politik zu verteidigen sucht.

### Kein Geld für Regenbogen?

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verweigerte der Haushaltsausschuß am 15. Februar dem Grünen-nahen Stiftungsverband „Regenbogen“ die ihm zustehenden 4,2 Mio. DM Zuschüsse. Diese wurden bis auf weiteres (einige Bedingungen sind zu erfüllen) „qualifiziert gesperrt“. Zur Begründung wurde behauptet, die Stiftung sei nicht verfassungskonform organisiert — ironischerweise bezieht sich dies gerade auf das Verfassungsgerichtsurteil, welches die Grünen gegen den etablierten Stiftungs-Parteien-Filz herbeigeführt hatten.

### „Mobile Grenzschutzkommandos“

Frankreich, die Benelux-Staaten und die BRD wollen „mobile Einsatzgruppen“ zum zusätzlichen Grenzschutz aufstellen. Sonst würden bei Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes „unverantwortliche Sicherheitsdefizite“ beim Grenzschutz auftreten. Das hat das Bundesinnenministerium mitgeteilt. Sowohl im Rahmen des „Schengener Abkommens“ — 1983 angeblich zwecks „freier Fahrt für freie Bürger“ an den Binnengrenzen Frankreichs, der BRD und den Benelux-Staaten abgeschlossen — als auch EG-weit strebe man zudem einen Vertrag über ein gemeinsames Fahndungssystem, gemeinsame Rauschgiftbekämpfung und gleiche Visa- und Asylbestimmungen an.

### Was kommt demnächst?

Am 8. März berät der Postausschuß des Bundestags über die Postreform. Ziel ist, den Gesetzentwurf bis Ostern im Bundestag endgültig zu verabschieden. Am 9. März berät der Bundestag u.a. über den Zwischenbericht der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre, den Immissionsschutzbericht und weitere Umweltschutzthemen. Wegen des Hungerstreiks der politischen Gefangenen der RAF und des Widerstands evtl. größere Bedeutung könnte die am gleichen Tag angesetzte 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Ratifizierung der „Europäischen Konvention gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen“ haben. Am 10.3. soll das Rentenreformgesetz in erster Lesung beraten werden. Am gleichen Tag berät der Bundesrat u.a. über die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und über einen Antrag Hessens zur Beschleunigung von Asylverfahren. Am 12.3. sind in Hessen Kommunalwahlen.



Bis Ostern soll das Artikelgesetz zur „inneren Sicherheit“ verabschiedet werden. Damit kommen die Kronzeugenregelung und das Vermummungsverbot. Anders als ursprünglich geplant, soll ein Strafsenat — nicht ein Ermittlungsrichter — die Vergünstigungen für den Kronzeugen beschließen können. Ob „Vermummte“ verhaftet und damit angeklagt werden, unterliege der Abwägung durch die Polizei. Die SPD lehnt den Gesetzentwurf ab.



## Tarifauseinandersetzung Druck und Papierverarbeitung

# Die Kapitalisten wollen den Samstag als Regelarbeitstag und Lohnsenkungen

Am 2. März werden die letzten Schlichtungsverhandlungen in den Manteltarifverhandlungen für die Druckindustrie stattfinden. Bei diesen Verhandlungen wird sich entscheiden, ob die IG Druck und Papier den Vorhaben der Medienkonzerne nachgibt und sie dem Schlichtungsergebnis zustimmt, oder ob sie die Belegschaften zu Streiks für die Neufassung des Manteltarifs aufruft. Parallel zu den Manteltarifverhandlungen in der Druckindustrie finden Lohn tariffverhandlungen und Verhandlungen um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie statt. Damit befinden sich die beiden größten Tarifbereiche der IG Druck und Papier in wichtigen Auseinandersetzungen, deren Ergebnisse Auswirkungen nicht nur auf die beiden Branchen haben werden. Zum einen wird Mitte April der Zusammenschluß von IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Kunst, zu der die Rundfunk-Fernseh-Film-Union gehört, dem Südwestdeutschen Journalistenverband und dem Verband Deutscher Schriftsteller zur „IG Medien — Druck und Papier, Publizistik und Kunst“ stattfinden. Tarifabschlüsse in den mitgliederstärksten Bereichen der neuen Gewerkschaft werden Auswirkungen für alle anderen Bereiche haben, z.B. auch für die bei Rundfunk und Fernsehen Beschäftigten. Zweitens ist in beiden Bereichen die Arbeit am Wochenende Bestandteil der Verhandlungen. Drittens wird in beiden Tarifauseinandersetzungen über den Lohn bzw. um Lohnbestandteile verhandelt. Für die Papierverarbeitung fordert die IG Druck und Papier eine Lohnerhöhung um 6,5%, in der Druckindustrie fordert sie einen Ausgleich für die nach Inkrafttreten der Steuerreform schrittweise zu steuernde Nacht- und Schichtarbeit.

## Mehr Wochenend- und Teilzeitarbeit

Der Bundesverband Druck ist in den Manteltarifverhandlungen angetreten, um die letzten Schranken gegen die Ausweitung der Arbeit an Samstagen und Sonntagen zu beseitigen. Die IG Druck und Papier versucht, die Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage von Montag bis Freitag durchzusetzen. Ausgenommen sollen Zeitungsbetriebe sein, die Sonntags- oder Montagsausgaben herausbringen. In diesen Betrieben soll die Samstags- und Sonntagsarbeit wie bisher erlaubt sein. Die IG Druck und Papier versucht mit dieser Forderung die Ergebnisse der Arbeits-

zeitverkürzung wieder rückgängig zu machen, die den Konzernen seit 1984 ermöglichte, reguläre Samstagsarbeit mit den Betriebsräten zu vereinbaren.

Insbesondere die Konzerne, die auch Zeitschriften herausgeben, wollen eine Regelung durchsetzen, nach der „zur Herstellung und zum Vertrieb von Presseerzeugnissen Arbeit am Samstag bzw. Sonntag mit dem Betriebsrat ... vereinbart werden“ (1) kann. Zudem soll für alle sonstigen Druckerzeugnisse festgeschrieben werden, daß „die Anzahl der in die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit einbezogenen Samstage für den einzelnen Arbeitnehmer nicht mehr als xxx im Jahr betragen“. Das heißt, der Bundesverband Druck will nicht nur die regelmäßige Samstags- und Sonntagsarbeit ausweiten von den Zeitungs- auf die Zeitschriftenbetriebe, sondern die Sams-



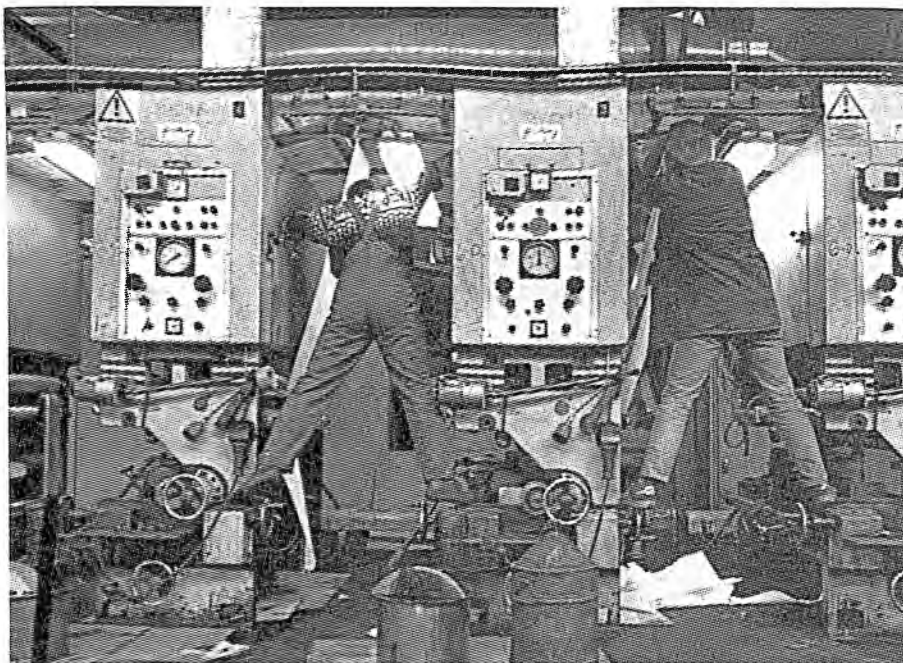
tagsarbeit soll generell zur Regelarbeitszeit werden. Wieviele samstäglige Arbeitstage die Druckkapitalisten für jeden Lohnabhängigen verpflichtend machen wollen, haben sie noch nicht erklärt.

Der Verband deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) hat, um der Forderung nach Samstags- und Sonntagsarbeit auch bei Zeitschriften Nachdruck zu verleihen, ein Gutachten vorgelegt, in dem der IG Druck und Papier verfassungswidrige Vorgehen vorgeworfen wird. Eine Beschränkung der Samstags- und Sonntagsarbeit nur auf am Sonntag und Montag erscheinende Zeitungen schränke die Pressefreiheit ein. Das Gutachten bestreitet den Tarifvertragsparteien sogar jedes Recht, für die Pressefreiheit relevante Fragen tarifvertraglich zu regeln. Nach der Argumentation des VDZ ist

damit jede Arbeitszeitregelung für Presseunternehmen verfassungswidrig. Dr. Frangen von Gruner und Jahr hat mit dem Gang zum Bundesverfassungsgericht gedroht, falls die IG DruPa ihre Forderung im Tarifvertrag durchsetzen könne. Die Pressefreiheit ist nicht abhängig von der Freiheit der Kapitalisten, rund um die Uhr produzieren zu lassen. Der größte Teil des Zeitschriften- und Zeitungsgeschäfts ist Anzeigengeschäft. Das hat mit der Pressefreiheit überhaupt nichts zu tun. Die IG DruPa scheut die Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht. Aber sie entwickelt auch keine öffentliche Kritik an dem Gutachten des VDZ. Das macht die Auseinandersetzung schwierig. Wenn die Kapitalisten ihren Standpunkt durchsetzen können, sind viele Schranken eingerissen. Schließlich garantiert die Verfassung auch das Recht auf Privateigentum und die Gewerbefreiheit und viele Kapitalisten können mit solchen Verfassungsgrundsätzen auf der vollständigen Verfügbarkeit der Arbeitskraft bestehen. Die IG DruPa hat eine gemeinsame Erklärung mit der Evangelischen Kirche für den freien Sonntag veröffentlicht. Vielleicht lassen sich die Kirchen ja bewegen, auch zu dem Problem Pressefreiheit und Sonntagsarbeit Stellung zu nehmen. Eine Propaganda, die das zahlreich vorhandene Material über die Auswirkungen von Nacht- und Schichtarbeit, von Wochenendarbeit auf die Gesundheit der Lohnabhängigen hervorhebt, könnte auch das Recht auf Unverletzlichkeit der Person hervorheben, das durch die Anforderungen der Kapitalisten erheblich beschnitten wird.

Gegenüber der Gewerkschaftsforderung nach Mindestbedingungen für Teilzeitarbeit — nicht weniger als 20 Stunden in der Woche an den vereinbarten Arbeitstagen — stellen sich die Kapitalisten stur. Ihr derzeitiges Angebot besteht in einer Kann-Bestimmung, das entspricht der Formulierung des letzten Manteltarifs.

Der Verband der Papier-, Pappe- und Kunststoff verarbeitenden Industrie verlangte in den Verhandlungen um die Arbeitszeit, daß der Samstag als Regelarbeitstag in den Tarifvertrag aufgenommen wird und daß die Sonntagsarbeit für Reparatur- und Wartungsarbeiten an der Maschinerie sowie für Produktionsspitzen zugelassen werden soll. Außerdem wollen die Kapitalisten erreichen, daß die von der IG Druck und Papier geforderte Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden in der Woche auf die Jahresarbeitszeit bezogen wird. Wenn die Kapitali-



Der Bundesverband Druck hatte zu Beginn auch die Manteltarif-Anhänge über die Maschinenbesetzung als verfassungswidrig begutachtet. Inzwischen will er die Anhänge wieder in Kraft setzen.

sten sich allein mit der Forderung nach regulärer Samstagsarbeit durchsetzen, haben sie ihr Ziel, auch die Sonntagsarbeit durchzusetzen, erreicht. Die Verkürzung der Jahresarbeitszeit anstelle einer wöchentlich und täglich festgeschriebenen Arbeitszeitverkürzung würde für diese Industrie, in der teilweise große saisonale Produktionsschwankungen (Kalenderproduktion, Verpackungsindustrie) vorkommen, nicht nur eine unerträgliche Belastung für die Lohnabhängigen bedeuten, sondern den Kapitalisten viel einbringen. Ohne Zugeständnisse der IG Druck und Papier in dieser Frage lehnt der Kapitalistenverband Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung generell ab.

### **Kapitalisten wollen Lohnsenkungen durchsetzen**

Für den Ausgleich der Steuerreformverluste für Schichtarbeiter hat der Bundesverband Druck bei den Schlichtungsverhandlungen am 24. Februar zwei Alternativen vorgelegt, die auf eine Verschärfung der Spaltung der Belegschaften zielen. Entweder soll die IG Druck und Papier einen vollen Ausgleich für die *jetzt* Beschäftigten akzeptieren — und alle später Eingestellten erhalten keinen Ausgleich — oder jeder in Schicht Beschäftigte erhält höchstens die Hälfte der Steuerverluste. Bereits jetzt ist den Druckkapitalisten eine tiefgreifende Aufspaltung der Belegschaften in als unqualifiziert eingestufte Niedriglöhner und die sogenannten Facharbeiter gelungen. Bruttolohnunterschiede von 100% allein in den Arbeiterlohngruppen, ohne Meister und mit anderen Leitungsfunktionen Beauftragte, sind auch bei voller Arbeitszeit keine Seltenheit. Hinzu kommt der steigende Anteil von Teilzeit-

beschäftigten, die als niedrig qualifiziert eingestuft sind. Die Druckkapitalisten setzen darauf, daß ihre bisher verfolgte Taktik, die Forderung nach Ausgleich der Verluste als Anliegen einer Minderheit zu diffamieren und so verschiedene Belegschaften und Belegschaftsteile aufeinanderzuhetzen, aufgehen wird. Tatsächlich werden aber Lohneinbußen bei Teilen der Beschäftigten die Konkurrenz erhöhen, sie werden den Druckkapitalisten ermöglichen, vermehrt Überstunden gegenüber allen Beschäftigten durchzusetzen.

In der Papierverarbeitung wollen die Kapitalisten, ohne daß sie bisher ein konkretes Angebot über die tarifliche Lohnerhöhung vorgelegt haben, eine dreijährige Laufzeit erreichen. Die IG Druck und Papier hatte angekündigt, sie wolle bei Lohn und Arbeitszeit „den Anschluß an die Druckindustrie“ erreichen. In der gesamten gewerkschaftlichen Berichterstattung jedoch wird die Lohnauseinandersetzung kaum beachtet, obwohl die Lohnauseinandersetzung in den zahlreichen Warnstreiks und Betriebsversammlungen eine Zentralisationspunkt ist. Angesichts der von Regierungsseite deutlich angeschobenen Inflation sollte für die IG Druck und Papier kein Argument mehr vorhanden sein, sich in der Papier, Pappe und Kunststoffverarbeitenden Industrie auf eine ebenso lange Laufzeit wie in der Druckindustrie einzulassen.

### **Die Kapitalisten schwimmen im Geld**

Die Druckkapitalisten melden für 1988 die besten Betriebsergebnisse seit 15 Jahren, die Auslastung der Betriebskapazitäten liegt nach ihren eigenen Angaben auf einer Höhe, die kaum je für möglich

gehalten wurde. Den großen Konzernen in der Branche ist es gelungen, den Anteil der Löhne am Gesamtumsatz immer weiter zu drücken. Die Lohnquote ist heute wieder auf dem Stand der sechziger Jahre. Tatsächlich entbehrt die Behauptung der Kapitalisten, durch die Gewerkschaftsforderungen ginge ihre internationale Konkurrenzfähigkeit verloren, jeglicher Grundlage. Schon jetzt halten einige westdeutsche Medienkonzerne, allen voran der Bertelsmann Konzern, bereits eine internationale Monopolstellung. Diese Stellung haben sich die Konzerne erst erobern können, weil sie gegenüber den Beschäftigten in der BRD lange Betriebszeiten und äußerst intensive Arbeitsbedingungen durchsetzen konnten. Die wöchentlichen Betriebszeiten liegen mit durchschnittlich 65 Stunden in der Branche deutlich höher als z.B. in Frankreich, wo sie bei 46 Stunden liegen.

Obleich die gute Geschäftslage der Kapitalisten bekannt ist, ist die Situation für einen Streik nur um das arbeitsfreie Wochenende nicht einfach. Die Kapitalisten sind sowohl in der Druckindustrie wie auch in der Weiterverarbeitung mit deutlicher Frechheit aufgetreten. Sie haben die Forderungen der Gewerkschaft einfach abgelehnt, sie haben Gutachten über die Verfassungswidrigkeit einzelner Tarifforderungen abgefaßt und sind mit Angeboten aufgetreten, die eindeutig den Samstag und Sonntag zur Regelarbeitszeit für alle machen sollen. Die IG Druck und Papier argumentiert, für den freien Samstag würden sowohl die „Gesundheitsbewußten“ wie auch die an Überstunden Interessierten kämpfen. In dem Argument wird die tiefgreifende Spaltung der Belegschaften deutlich: Es gibt einen beträchtlichen Teil von Beschäftigten, die mit Überstunden rechnen müssen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Und es gibt einen Teil, der darauf „verzichten“ kann und sich so „Gesundheitsbewußtsein“ leisten kann. Warum sollte dieser Teil gegen die Anhebung des Lohns auf ein Niveau auftreten, der die Überstunden nicht mehr notwendig für den Lebensunterhalt macht? Die Bedingungen, Mehrarbeit abzulehnen, wären doch deutlich besser. Die direkte Einbeziehung der Lohnauseinandersetzung ist kaum möglich. Möglich ist aber, in den stattfindenden Versammlungen zu erörtern, ob nicht angesichts der Teuerung die Grundlage für die dreijährige Laufzeit des Lohns entfallen ist und erneute Verhandlungen unter Einbeziehung des Lohns auch Fortschritte beim Abschluß des Manteltarifvertrags erbringen können.

Quellenhinweis: (1) Materialblatt des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier: „Angebot“ der Unternehmer: Weniger als null; Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Nr. 4/89; druck und papier Nr. 4/89; Handelsblatt v. 15.2., 18.2., 23.2.89; Frankfurter Rundschau v. 25.2.89 — (hao, uld)

## Rentenreform

### SPD findet Konsens mit Blüm

Blüm sorgte vor einigen Monaten mit seinem Rentenreformvorschlag für öffentliche Unruhe wegen der Absicht, das Rentenalter für Männer und Frauen auf 65. Lebensjahr zu erhöhen. Die SPD lobt sich nun, weil es ihr gelungen sei, hier das Schlimmste zu verhindern. Das gemeinsam mit den Regierungsparteien ausgehandelte Papier zur Rentenreform sehe einen späteren Termin zur Einführung einer längeren Lebensarbeitszeit vor, und augenzwinkernd und wählerumschmeichelnd fügt die SPD hinzu, was im Jahre 2001 sei, könne das „ohnehin autonome Parlament“ dann immer noch neu entscheiden.

Stimmt es wirklich, daß es sowieso egal ist, was jetzt zum Rentenalter beschlossen wird und was vielleicht erst in fünfzehn oder zwanzig Jahren in Kraft tritt? Das verkennet die Absichten, die die konservativ-liberale Politik mit der Rentenreform, speziell mit einer längeren Lebensarbeitszeit, verfolgt, und wie bereits die Ankündigung wirkt.

Die Lebensarbeitszeit ist keine starre Grenze, weder steht naturhaft fest, wann ein Arbeitsleben beginnt — darüber entscheidet der Kampf gegen Kinderarbeit, für Ausbildung etc. — noch steht naturhaft fest, wann es endet — hierüber entscheidet z.B. der Kampf um ausreichende Versicherung. Die Blümsche Rentenreform versucht nun diese Grenze der Lebensarbeitszeit mit der Arbeitsmarktentwicklung zu verkoppeln. Die Folgen ist eine Flexibilisierung, die mindestens so einschneidend ist wie die in den vergangenen Jahren von den Kapitalisten durchgesetzte Anbindung der täglichen oder wöchentlichen (jährlichen) Arbeitszeit an die jeweilige Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeitskraft. Die bislang in der Gesellschaft übliche Begründung für eine allgemeine Altersgrenze aus der Gegenüberstellung von durchschnittlicher Arbeitsintensität und nachlassenden physischen Kräften verschwindet. Stattdessen sorgt „Angebotsdruck“ bei der Rentenhöhe für Zufuhr auf den Arbeitsmarkt.

Eine erst für eine etwas weitere Zukunft beschlossene Flexibilisierung des Rentenalters wirkt bereits heute. Die Renten sind sicher, aber wer's kann, wird sich seine Lebensplanung einrichten; er wird sich je nach Stellung in der „Leistungshierarchie“ mehr oder minder krumm legen für die Bildung von Eigentum und Rücklagen, die vielleicht verhindern, daß er bis zum letzten Atemzug schinden muß. Ist aber erst einmal die gesetzliche Rentenversicherung für einen weiteren Teil der Lohnabhängigen nachrangig, können dann noch weit ein-

schneidendere Maßnahmen durchgesetzt werden.

In diesen Wochen diskutiert die IG Metall Anträge zum Gewerkschaftstag im November. Nun wird es vielleicht schwer sein, aus den Gewerkschaften heraus bei der SPD noch eine Sinnesänderung wegen der gesetzlichen Altersgrenze zu erreichen, zu sehr hat die SPD mit dem Rentenkonsens den Beweis von Regierungsfähigkeit verknüpft. Was aber vielleicht möglich wäre, sind Forderungen nach einer Mindestrente. Die SPD-Verhandlungskommission deutet immerhin an, daß sie dem sozialen Elend wegen ungenügender Rente nicht gleichgültig gegenüber steht. Eine ans durchschnittliche Lohn- und Gehaltsniveau gekoppelten Mindestrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung würde schließlich eine Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit zumindest erschweren.

Quellenhinweis: R. Dreßler u.a., Der Kompromiß zur Rentenreform, 8.2.1989 — (alk)

## Krankenpflegepersonal Tarifverhandlungen haben begonnen

Am 28. Februar hat die erste Verhandlungsrunde für eine bessere Eingruppierung des Kranken- und Altenpflegepersonals stattgefunden. Bereits am 24. Februar hatten Krankenpflegekräfte durch Flugblattaktionen, Informationsstände und Demonstrationen klargemacht, daß es ihnen mit ihren Forderungen bitter



In den letzten zwei Wochen protestierten in vielen Orten Krankenhaus- und Altenpflegepersonal gegen die Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne.

ernst ist.

Welche Ziele verfolgen die Dienstherrn in dieser Auseinandersetzung? Verhandlungen über bessere Einkommen hatten sie von Anfang an davon abhängig gemacht, daß die Arbeitszeit zukünftig am Arbeitsplatz beginnt und nicht wie bisher an der Arbeitsstelle. Diese Änderung käme einer wöchentlichen Arbeitszeitverlängerung von mindestens 1 Stunde gleich.

Hauptargument der Dienstherrn für Einkommenserhöhungen ist der Mangel an Pflegepersonal — vorwiegend in den Ballungsgebieten. Es besteht die Gefahr, daß die Dienstherrn versuchen werden, die erkämpfte, bundesweit einheitliche Tarifstruktur zu zerstören. So Birgit Breuel: „... Es wird darüber nachzudenken sein, ob den Ländern die Möglichkeit gegeben werden sollte, besser auf die jeweilige Wettbewerbslage am regionalen Arbeitsmarkt reagieren zu können.“ (1)

Der Mangel an Pflegepersonal, den die Dienstherrn ansprechen, ist vor allen Dingen der Mangel an Pflegepersonal mit Zusatzausbildung. MdL Lindhorst (CDU — Niedersachsen) skizziert was beabsichtigt ist: „Die Pflege am Krankenbett muß durch eine leistungsgerechte Bezahlung aufgewertet werden ... Ich nehme auch das Beispiel der Intensivstation in der MHH (Medizinische Hochschule Hannover, d. Red). Es gibt einen Unterschied zwischen dieser Schwester und jener Schwester.“ (2) Damit die Reaktion ihre mörderischen Pläne bezüglich der Krankenhäuser durchsetzen kann (Schließung weiterer 100000 Betten etc.), soll der Krankenpflegedienst stärker hierarchisch gegliedert werden, um den Widerstand zu unterterminieren.

Die ÖTV hat demgegenüber festgelegt: „Schwerpunkt der Forderung ist die Verbesserung der Eingruppierung des Krankenpflegepersonals am Krankenbett ... Und das ist die Gruppe der Krankenschwestern/pfleger (bisher Kr. III/IV), die die eigentliche allgemeine Pflege und psychosoziale Betreuung leistet — direkt am Patienten.“ (3) Daraus folgt für die ÖTV, daß die bisher niedrigste Einkommensgruppe (Kr. I) gestrichen wird, alle folgenden Einkommensgruppen, mindestens um eine Gruppe angehoben werden und die Möglichkeit eines Zeitaufstiegs neu eingeführt wird, wodurch Einkommensverbesserungen von über 280 DM erzielt würden.

Quellen: (1) Handelsblatt, 25.07.88; (2) Landtagsprotokoll (Manuskript S. 1051 bis 1105), Oktober 1988; (3) Argumentationshilfe, ÖTV-Tarifsekretariat, 31.01.1989 — (kar)

## BRD—Namibia

### BRD plant neokoloniale Umtriebe

Die Bundesregierung bereitet eine großangelegte Einmischung in Namibia vor. Einmütig beschloß der Bundestag am 24. Februar einen gemeinsamen Antrag von Abgeordneten aus CDU, CSU und FDP über „Die gemeinsame Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Namibia und alle seine Bürger“. Schon aus dem Titel wird das Vorhaben deutlich: Die westdeutschen Imperialisten beabsichtigen, ihre offizielle Vorherr-

schaft zu errichten. Tatsächlich trägt die BRD nur für einen geringen Teil der Bevölkerung Namibias die Verantwortung — nämlich diejenigen der etwa 20000 sich als deutschstämmig bezeichnenden Namibier, die westdeutscher Staatsangehörigkeit sind. Wollte die BRD den Unabhängigkeitsprozeß in Namibia tatsächlich unterstützen, so müßte sie diesen Leuten raten, entweder schleunigst in die BRD zurückzukehren oder ihre doppelte Staatsbürgerschaft aufzugeben um damit zu dokumentieren, daß ihre Loyalität in Zukunft nur einem unabhängigen Namibia und nicht mehr der früheren Kolonialmacht gehört. Zum anderen müßten die westdeutschen Konzerne und Banken, die bisher an der kolonialen Ausplünderung Namibias teilhatten, aus dem Land abziehen. Die Beschlußfassung von Bundestag und Regierung geht jedoch in eine andere Richtung.

Die Bundesregierung hat den Auftrag, erstens offiziell mit allen politischen Kräften in Namibia Kontakte und Gespräche zu fördern. Das heißt auch, daß die Regierung die Parteien der jetzigen

Marionettenregierung und der offen rassistischen Kräfte im Land, die bisher weitgehend von Stiftungen unterstützt wurden, künftig mit staatlichen Mitteln fördern kann. Zweitens hat sie den Auftrag, an der Ausarbeitung der namibischen Verfassung auf der Grundlage der 1982 festgelegten Verfassungsprinzipien mitzuwirken. Drittens soll sie über die Einhaltung der Menschenrechte wachen und auf Durchsetzung rechtsstaatlich-demokratischer Verhältnisse drängen. Und viertens soll die Bundesregierung Namibia zu einem „Modellfall deutscher Entwicklungshilfe“ machen.

Mit der Berufung auf die 1982 vereinbarten Verfassungsgrundsätze mischt sich die Bundesregierung in die stattfindenden Verhandlungen ein. Diese Grundsätze waren 1982 von der sogenannten Fünfer-Kontakt-Gruppe, nämlich der BRD, Frankreich, Großbritannien, USA und Kanada, der SWAPO als definitive Bedingung für Namibias Unabhängigkeit vorgelegt worden. Sie sind von westdeutschen „Verfassungsexperten“ ausgearbeitet worden und sehen

u.a. die Garantie des Privateigentums auch bei den Bodenschätzen vor. Die SWAPO hatte diesem Dokument zögernd zugestimmt, mit dem Hinweis, daß solche Bestimmungen nur für eine Übergangszeit gelten könnten. Die sogenannte Fünfer-Gruppe hatte sich selbst angeboten, im Rahmen der UNO, aber nicht als Beauftragte der UNO, Verhandlungen für die Unabhängigkeit Namibias zu führen. Die jahrelange Verhandlungstaktik der Vertreter der imperialistischen Staaten trug dazu bei, daß Südafrika seine militärische Herrschaft in Namibia aufrechterhalten konnte. Die Kontaktgruppe existiert nicht mehr. Vereinbarungen mit dieser Gruppe waren völkerrechtlich nie verbindlich. Jede Berufung der Bundesregierung auf solche Vereinbarungen beweist nur das Bestreben, die tatsächliche Unabhängigkeit Namibias zu verhindern und Namibia in neokolonialer Abhängigkeit vom westdeutschen Imperialismus zu halten.

Quellenhinweis: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/82; Bundestagsdrucksache Nr. 11/3934; FAZ v. 25.2.89 — (uld)

## Wintex/Cimex

# Übung von zivil-militärischer Zusammenarbeit für den Krieg

Am 24. Februar begann die NATO-Stabsrahmenübung Wintex-Cimex. Sie soll bis zum 9. März andauern. Bei dieser europaweiten Übung geht es um die Erprobung der Zusammenarbeit von Militärstellen und zivilen Körperschaften. Vorausgesetzt wird jeweils ein umfangreiches Kriegsszenario. Der genaue Inhalt des Szenarios wird geheimgehalten. An der letzten Übung vor zwei Jahren beteiligten sich 750 Bundeswehr- und 1 500 zivile Körperschaften, darunter

neben zahlreichen Gemeinden Landes-kriminalämter, der Verfassungsschutz und Industrie- und Handelskammern. Die SPD-regierten Länder Bremen, Hamburg, Saarland und Schleswig-Holstein haben für die diesjährige Übung ihre Beteiligung zumindest eingeschränkt. Die Landesregierung NRW will sich in gleichem Umfang wie vor etwa zwei Jahren an der Übung beteiligen. Die Wintex-/Cimex-Übungen finden zwar innerhalb der NATO statt. Sie sind aber

auch geeignet, Vorbereitungen für die Unterstützung von US-Truppen zu treffen, die im Rahmen des Wartimes Host Nation-Support (WHNS) durch die Bundesregierung geleitet werden. Welchen Umfang diese Notstandsübungen annehmen können und wie die Bundeswehr und zivile Stellen in die weltweiten Aggressionen von NATO-Mitgliedern eingebunden sind, enthüllt der im folgenden in Auszügen dokumentierte Bericht. Er ist dem Nachrichten- und Informationsdienst — Jugend / Militär / Gefängnisse — Nr. 5/89 entnommen.

## Brot, Dienstverpflichtungen und PKW-Beschlagnahme

Helmut Kohl mußte nicht warten, bis er selber Kanzler wurde, noch 1982 vereinbarte die sozial-liberale Schmidt-Genescher-Regierung mit den USA das „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (WHNS). Dieser zweiseitige Vertrag räumt den für die BRD vorgesehenen US-Truppen im Kriegs- und Krisenfall eine weitreichende Unterstützung durch Verbände der Bundeswehr, aber auch durch zivile Stellen ein, die über BRD-Verpflichtungen im Rahmen der NATO hinausgeht.

Das „Krise oder Krieg“ vorliegen und WHNS-Unterstützungsmaßnahmen durchgeführt werden, bestimmen dabei allein die US- und Bundesregierung, die Parlamente werden gar nicht gefragt. Dies ist in Artikel 1 des WHNS-Abkommens festgelegt. WHNS legt auch keinen besonderen Geltungsbereich fest; die klare Absicht der USA ist es aber, ihn über den NATO-Bereich hinaus für den Einsatz ihrer Schnelleingreiftruppe „Rapid Deployment Force“, beispielsweise an „unseren“ Ölquellen, zu nutzen. Die BRD würde dann die Funktion einer



Protest gegen WINTEX/CIMEX im Herbst 1988 in Hamburg



Drehscheibe für den Kriegsnachschub der USA erfüllen.

In einem „beschlossenen“ Krisenfall werden dann nach WHNS knapp 100000 Bundeswehrsoldaten in der BRD die US-Flugplätze sichern, Gefängnisse und Lazarette einrichten und den Nachschub der US-Truppen organisieren. Bundesbahn und Speditionen werden Bomben, Munition und Treibstoffe transportieren; die US-Soldaten werden von der BRD aus verpflegt, gekleidet und verschubt.

Über das genaue Ausmaß der Kriegsunterstützung hüllen sich offizielle Stellen meist in Schweigen. Folgende Aspekte, entnommen aus einem WHNS-Entwurf eines „Technischen Übereinkommens über zivile Leistungen“, ermöglichen einen kleinen Einblick in den Umfang dieser Kriegsunterstützung:

— Werkleistungen von Firmen (Wäscherei, Bäcker, Baumaterial, Druckerei etc.) direkt für die US-Streitkräfte ... Über das Arbeitssicherstellungsgesetz (ein Teil der Notstandsgesetze, d. Red.) sollen Beschäftigte dieser Firmen für diese Aufgaben bereitgehalten werden

1984 fiel der „Frankfurter Rundschau“ ein Erfassungsschreiben des NRW-Ministers Jochimsen in die Hände, mit dem er 9800 Bauunternehmer aufgefordert hatte, Zahl und Art ihrer Baumaschinen zu melden, um „in Erfüllung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten festlegen zu können, welche Geräte im Frieden für Maßnahmen der zivilen und militärischen Verteidigung in die entsprechenden Planungen einbezogen werden können.“ ...

1988 wurde die Aufstellung der für WHNS vorgesehenen sechs Unterstützungs-Kommandos der Bundeswehr abgeschlossen. Das WHNS Unterstützungs-Kommando 5 wurde vom Wehrebereichskommando V (Stuttgart) im Mai 1986 in Dienst gestellt. Es „versorgt“ im Krisen- und Kriegsfall das VII. US-Korps (Stuttgart-Möhringen) mit Personal und Material ...

So wie alle Kriegsvorbereitungen braucht WHNS schon im „Frieden“ eine militärisch strukturierte Gesellschaft, die auch im „zivilen“ Bereich auf den Ernstfall vorbereitet ist. Die Herstellung dieser von den Militärs sogenannten „Gesamtverteidigungsfähigkeit“ wird alle zwei Jahre ... geübt. Ein Schwerpunkt von CIMEX (Civil-Military Exercise) ist stets, den „zivilen“ Part der Mobilmachung in Ämtern und Behörden zu proben.

1987 wurde zu diesem Zweck ein Stockwerk im Stuttgarter Rathaus für die Öffentlichkeit gesperrt, und ein halbes Hundert dienstverpflichtete Beamte und Angestellte übten die zivile Kriegsunterstützung. Ebenfalls an WINTEX/CIMEX '87 beteiligt waren Stäbe des Landeskriminalamtes, des Regierungs-

## Verurteilung im CIMEX-Prozeß

Ende Januar verurteilte das Stuttgarter Landgericht den angeblich presserechtlich Verantwortlichen für ein Flugblatt zu Wintex/Cimex 87 wegen Aufforderung zu Straftaten — nämlich zum Verrat von Dienstgeheimnissen. Die antimilitaristische Initiative „Kein Frieden mit der Bundeswehr“ hatte vor zwei Jahren zwei Infos an Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verteilt, die sich gegen die NATO-Stabsrahmenübung Wintex und besonders gegen ihren „zivilen“ Teil Cimex sowie gegen die Volkszählung, die „Sicherheitsgesetze“ und das Katastrophen-„schutz“-gesetz wandten. Im ersten Info stand indirekt an die Kollegen und Kolleginnen gerichtet: „Macht Szenarien und Einlagen von Cimex der Bevölkerung bekannt!“

Dies hatte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft zum Anlaß genommen, Anklage zu Erheben, mit der sie in der ersten Instanz vor dem Amtsgericht scheiterte. Der Genosse, der im Impressum als c/o-Anschrift genannt war, wurde freigesprochen. Ein wichtiger Grund dabei war, daß es dem Gericht absolut nicht gelungen war, auch nur ansatzweise herauszufinden, was Inhalt der Übung ist und es auch so nicht beurteilen konnte, was hätte verraten werden können — z.B. daß in Stuttgart alle vierradgetriebenen Fahrzeuge erfaßt wurden oder wie 1985 freie Kapazitäten auf Friedhöfen. Das Amtsgericht unterstellte weiter als wahr, daß Berichte, z.B. im „Spiegel“, zutreffen, nach denen bei Wintex das Szenario regelmäßig im nuklearen Inferno endet — und erkannte darin zumindest den Ansatz zum „illegalen Staatsgeheimnis“. Schließlich sah es den Nachweis für die tatsächliche presserechtliche Verantwortung als nicht erbracht an.

Gegen diesen Freispruch ging die Staatsanwaltschaft in Berufung und erreichte ihr Ziel. Das Landgericht wollte gar nicht geklärt wissen, ob der Atomkrieg verfassungskonform ist

oder ob die Stay-put-Politik der NATO wichtige Grundrechte einschränkt (Stay-put heißt bleibe — und sterbe — zu Hause und bedeutet, daß „Fluchtbewegungen“ notfalls militärisch verhindert werden). Es vermied auch jeden Versuch zu klären, was bei Cimex so wichtig sein könnte, daß der Verrat (besonders an eine fremde Macht) der BRD schadet — hätte es doch dann klarstellen müssen, daß vor allem die Information der eigenen Bevölkerung verhindert werden soll. Das Landgericht ließ sich auch nicht durch eine Entlastungszeugin beeindrucken, die erklärte, daß es sich beim Angeklagten weder um Herausgeber noch um Verfasser im presserechtlichen Sinne handelte. Dem Gericht genügte die Mitgliedschaft in der antimilitaristischen Initiative, und diese wiederum war durch die Anwesenheit auf Treffen der Initiative und die *Gesinnung* des Angeklagten erwiesen. Dies auch der Kern des Urteils: Weil die Prozeßerklärung und das Schlußwort des Angeklagten die politische Übereinstimmung mit dem Inhalt des Flugblattes erkennen lassen, wird es ihm zugerechnet, und weil der Staat geschützt werden muß, wird verurteilt. In seiner Weisheit — Sorgen über den Atomkrieg sind berechtigt — erkannte das Landgericht bewußt „milde“ auf lediglich zehn Tagessätze à 20.— DM. So bleibt große Empörung aus, und es wird verschleiert, daß die Kostenentscheidung gegen den Angeklagten diesem Anwalts- und Prozeßkosten, die in die Tausende gehen, aufbürdet. Solche Urteil werden den Widerstand gegen Kriegsvorbereitungen nicht brechen können. „Kein Frieden mit der Bundeswehr“ und andere antimilitaristische Gruppen bereiten derzeit Gegenaktionen zu Wintex/Cimex '89 (Ende März, Anfang April) vor. Wir rufen zur Beteiligung an diesen Aktionen auf und zur materiellen Solidarität mit dem Verurteilten: Konto-Nr. 7149775, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 6005051, Kaiser, Kennwort Justiz. — (maw, Initiative „Kein Frieden mit der Bundeswehr“)

präsidiums, der Landespolizeidirektionen I und II in Stuttgart, der Forstdirektion und des Verbindungsforstamtes Stuttgart, der Autobahnpolizeidirektion Stuttgart und von Straßenbauämtern, der IHK und der Handwerkskammer Stuttgart, der Stuttgarter Verkehrsbetriebe und des Oberschulamtes ...

Was bei WINTEX/CIMEX von Behörden und Ämtern geübt wurde, halten diese vor der Bevölkerung geheim. Wer öffentlich von den an der Übung Beteiligten Auskunft fordert, macht sich der Aufforderung zu Straftaten — nämlich zum Verrat von Dienstgeheimnissen — schuldig, wie kürzlich das Stuttgarter

Landgericht in einem Berufungsverfahren feststellte (siehe Kasten) ...

Nicht nur möglich, sondern unbedingt erforderlich ist es, heute Stimme und Haupt gegen die Einübung zivil-militärischer Zusammenarbeit in WINTEX/CIMEX und gegen das Kriegsunterstützungsabkommen WHNS zu erheben.

Quellen: WINTEX/CIMEX. Die geheimen Kriegsspiele der NATO. Hrsg. Graswurzelrevolution; Dieter Deiseroth. Transitstelle Bundesrepublik? WHNS. NATO-Vertrag. Grundgesetz: Kein Frieden mit der Bundeswehr; WHNS — der Krieg rückt näher; Bundestagsdrucksache 11/851 v. 24.9.87 — (hak, Initiative „Kein Frieden mit der Bundeswehr“, Stuttgart)

## 30 Tage Hungerstreik

## Die Justizbehörden verhalten sich sträflich!

Christa Eckes in Köln-Ossendorf und Karl-Heinz Dellwo in Celle stehen nun seit 30 Tagen im Hungerstreik für die Forderungen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand, und wir müssen alle um ihren Gesundheitszustand besorgt sein. Von Amts wegen zur Stellungnahme verpflichtet wären die Justizminister des Bundes und der betroffenen Länder. Die Forderungen der Gefangenen sind ja von den Behörden als Beschwerden und Anträge aufzufassen. Auf Beschwerden und Anträge Gefangener nicht zu antworten, ist ein Vorgipfel von Barbarei. Anstatt eine umfassende Stellungnahme gegenüber den Gefangenen abzugeben, versuchen einige Beamte, die gesamte Öffentlichkeit in die Rolle von Komplizen ihrer Taten zu bringen.

Remmers, Minister für niedersächsische Justiz, sagt wörtlich: „Wir können und werden nicht nachgeben.“ Warum eigentlich nicht? In seiner Eigenschaft als Justizminister kann Remmers doch ohne weiteres! Internationale, von der BRD unterzeichnete Verträge verpflichten Remmers im Gegenteil, unmenschliche und menschenunwürdige Haftbedingungen in seinem Amtsbereich zu korrigieren. Remmers kann nicht nachgeben, weil er schon zu weit gegangen ist. Die Einrichtung einer Intensivstation im Gefängnis von Celle ist ein betoniertes Indiz für die Absicht, gefangene Menschen bis zum letzten Atemzug in einer unmenschlichen, quälenden und perfekten Abschirmung von der Außenwelt zu halten. Ein Remmers, der nachgibt, würde aus einem Mann, berufen, über Leben und Tod zu entscheiden, zu einer Person, die sich rechtfertigen muß und nicht rechtfertigen kann. Wenn die unter seiner Amtsleitung angelegten Einrichtungen auch benützt werden, hätten es alle gewußt und es geduldet, und die gesamte Öffentlichkeit wäre in seinen Schmutz verwickelt.

Als Justizminister könnte Remmers die Mißstände, auf die er durch die Erklärung der Gefangenen aufmerksam gemacht worden ist, ohne weiteres abstellen, er müßte das sogar tun, und er müßte es schnell tun, wenn eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Gefangenen besteht oder droht. Nur weil er die zu behebenden Mißstände selbst gestaltet hat und sich durch eine Korrektur angreifbar machen würde, will er nicht.

Wer ist denn überhaupt für die Haftbedingungen zuständig? Zunächst einmal sind die Staatsanwaltschaften, die die Verurteilung erreicht haben, für den Vollzug der Haft zuständig. Im Falle der Gefangenen aus RAF und Widerstand

oft die Bundesanwaltschaft, manchmal aber auch Generalstaatsanwälte der Länder. Sie können Haftbedingungen im Einvernehmen mit den Justizbehörden gestalten. Da die Staatsanwaltschaften auf Weisung der Justizminister arbeiten, sind letztlich die Justizminister des Bundes und der Länder zuständig. Den Vorsitz der Justizministerkonferenz hat zur Zeit NRW-Justizminister Krumsiek von der SPD. Bundesjustizminister ist Engelhard (FDP). Gekonnt und vornehm halten sich diese zuständigen Behörden im Hintergrund. Stattdessen schickt sich der „Spiegel“ an, den Verfassungsschutz als meinungsbildende Kraft einzuführen; der Verfassungsschutz sei für ein Nachgeben, die Generalbundesanwaltschaft, Spitzenfunktionär Rebmann,

aber dagegen.

Was hat der Verfassungsschutz mit der Sache zu tun? Dort werden alle Informationen über den Zustand der Häftlinge aus RAF und Widerstand gesammelt, in den dortigen Akten und Dateien entsteht ein Gesamtbild der Versuche, die Gesinnung der Gefangenen aus RAF und Widerstand zu brechen, zu locken und zu drohen, zu ködern und zu strafen. Es ist grob menschenrechtswidrig, durch Drohungen jemanden zur Aufgabe oder Verstellung seiner Gesinnung zu nötigen, und um so mehr, wenn es durch Einsatz rechtlich fragwürdiger, teils lebensbedrohender Mittel geschieht. Gefangene zu isolieren, Kranke in Haft zu halten, mit Entlassungsverweigerung Meinungsänderungen zu erzwingen, sind Aktivitäten, die nicht einfach geschehen. Sie werden von Menschen vollzogen und vor allem angeordnet. Dem Verfassungsschutzamt wird daran liegen, die Akten geschlossen zu halten, und aktuell, die zuständigen Minister bzw. Behörden aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu schaffen. — (maf, rül, sec)



### Erklärung von Karl-Heinz Dellwo zur Fortsetzung des Hungerstreiks

Ab heute setzen wir zu zweit den Hungerstreik fort. In diesem Rhythmus wird es sich fortsetzen, und später werden alle im Streik sein. Es bleibt trotzdem die ganze Zeit über unsere gemeinsame Aktion. Der Sinn der Kette war in der Erklärung von Helmut dargelegt: Sie werden nicht noch einmal die Situation herbeiführen können, in der sie uns innerhalb einer Woche mit 4—5 Toten konfrontieren. So haben wir eine lange Kampfphase.

Gesagt ist alles.

Unbedingt wichtig ist mir die Klarheit darüber, daß diese Stellung in der Kette eine freiwillige Entscheidung von mir ist, daß ich sie gewollt habe und daß sie auch einfach zu treffen war aus den Verhältnissen untereinander, daß hier der Kampf um und für sich zugleich auch der

um und für alle ist — und umgekehrt. Die Verhältnisse untereinander sind ein Wert an sich; sie brauchen keine besondere Erklärung. Darüber entwickelt sich auch die ganze Politik. Eine andere Lösung außer der ZL (Zusammenlegung) wird es mit uns nicht geben. Sie müssen uns dann schon niedermachen. Die Konsequenzen werden sie dann allerdings auch tragen müssen.

Zur Isolation und zur politischen Bestimmung des Kampfes dagegen, zu unserem Verhältnis zu den sozialen Gefangenen, mit deren Politisierungsprozessen wir immer solidarisch waren, nur darüber läuft ihre Befreiung — hab ich kürzlich einen Brief geschrieben. Den häng ich dran.

Karl-Heinz Dellwo, Celle, 15.2.1989

## Pressezusammenstellung

*Die Welt*, 23.2.89: RAF-Hungerstreik nicht auf Schonung angelegt. Justizminister Remmers korrigiert: Keine „Rotation“. Die am 1. Februar im gesamten Bundesgebiet begonnene Hungerstreik-Kampagne von 51 terroristischen RAF-Häftlingen ist entgegen ersten Analysen nicht auf physische Schonung der einzelnen Gefangenen durch eine zweiwöchige „Rotation“ der Nahrungsverweigerung angelegt. Der niedersächsische Justizminister Remmers (CDU) korrigierte diesen Eindruck gestern mit Hinweis auf den Wortlaut des Aktionsaufrufs, der die Unterschrift des RAF-Mitgliedes Helmut Pohl trägt.

Darin heißt es wörtlich: „Wir fangen alle zusammen an, nach zwei Wochen gehen wir in eine Kette über, bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei Wochen kommen die nächsten zwei wieder hinzu“ und so fort, um „einen langgezogenen Kampf“ zu führen. Die Terroristen wollen damit den Zusammenschluß in zwei großen Haftgruppen erzwingen. Remmers stellte klar, daß der Forderung nicht nachgegeben werde. Im übrigen sei „jede Chance“ zu suchen, die Häftlinge zur Aufgabe ihrer „unmenschlichen“ Hungertaktik zu bewegen.

Diese läuft nach Einschätzung des Ministers auf eine „Eskalationskette“ hinaus, die einen „Solidardruck der Nachrückenden auf die Beginner“ erzeuge, so daß diese trotz der relativ höchsten persönlichen Gefährdung kaum „aussteigen“ könnten. Diese Form der Druckkampagne nach dem Vorbild der irischen Terrororganisation IRA habe dort bereits zahlreiche Todesopfer gefordert. Tatsächlich haben jetzt die in Celle und Köln einsitzenden Häftlinge Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes den Hungerstreik fortgesetzt, als die übrigen RAF-Mitglieder ihn vor einer Woche plangemäß unterbrachen. Nach Informationen der WELT sollen der offenbar über Kontakthanwälte vermittelten Steuerung zufolge in der kommenden Woche Rolf Heißler und Gisela Dutzi wieder dazustoßen, nochmals zwei Wochen später Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt.

Für Dellwo und Eckes ist nach Remmers' Angaben in „drei bis fünf Wochen mit einer kritischen Situation“ ihres Gesundheitszustandes zu rechnen . . .

*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 23.2.89: „Wir können und wir werden nicht nachgeben.“ Mit diesen Worten nahm Justizminister Walter Remmers am Mittwoch vor Journalisten in Hannover zu der Forderung der inhaftierten RAF-Mitglieder Stellung, in deutschen Gefängnissen in zwei großen Gruppen zusammengelegt zu werden. Zugleich appellierte der CDU-Politiker an die Terroristen, den am 1. Februar begonnenen Hungerstreik nicht fortzusetzen . . .

Der Justizminister bekannt: „Das System dieses Hungerstreiks ist schlimm und unmenschlich. Der Solidardruck läßt den Hungerstreikenden offenbar keine Entscheidung, die Aktion abzubrechen.“

In der Celler Haftanstalt, wo Dellwo, Taufer und Folkerts seit 1982 in einer Kleingruppe zusammenleben, ist eine Intensivstation für die ärztliche Betreuung Dellwos eingerichtet worden. Allerdings lehnen die Terroristen derzeit eine medizinische Betreuung ab. Remmers berichtete weiter, eine Zwangsernährung werde es erst dann geben, wenn der Hungerstreikende bewußtlos geworden sei. Solange Dellwo in der Lage sei, seinen freien Willen zu bekunden, und die ihm täglich angebotenen Mahlzeiten ablehne, werde von einer Zwangsernährung Abstand genommen . . .

*Bild*, 23.2.89: RAF-Hungerstreik — Sterben nach Plan. Am 1. Februar begannen 51 RAF-Häftlinge mit einem Hungerstreik, um eine Zusammenlegung zu erreichen. Nach zwei

Wochen hörten 49 auf, nur Karl-Heinz Dellwo (Celle) und Christa Eckerts (Köln) hungerten weiter. Dies war die erste Stufe eines tödlichen Planes. Der Terrorist Helmut Pohl beschreibt ihn in einem abgefangenen Brief an andere RAF-Häftlinge so: „Wir fangen alle zusammen an, nach zwei Wochen gehen wir in eine Kette über, bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei Wochen kommen die nächsten zwei dazu, und so weiter.“ Niedersachsens Justizminister Remmers: „Weil immer neue Häftlinge in den Hungerstreik treten, können die ersten praktisch nicht aufhören. Sie stehen unter starkem psychologischen Druck.“ Der Plan stammt von der IRA, dort gab es bei einer ähnlichen Aktion vor einigen Jahren zehn Tote.

*Spiegel*, 27.2.89: Hungerstreik — Auf der Kippe. . . Über eine angemessene staatliche Reaktion auf den Hungerstreik und die Art des Umgangs mit inhaftierten Terroristen konnten sich Sicherheits- und Justizbehörden in Bund und Ländern noch nicht einigen. „Wenn in den nächsten 14 Tagen nicht mit Vernunft und Augenmaß gehandelt wird“, prophezeit ein Verfassungsschützer, „dann kriegen wir Verhältnisse wie 1977“ — bei der Mordserie im „Deutschen Herbst“. Denn „nicht nur die Kommandoebene der RAF“, so seine Einschätzung, „sondern auch das militante Umfeld kann kaum noch stillhalten. Der erste, der abkratzt, ‚legitimiert‘ doch sofort den bewaffneten Kampf.“

Die Sorge, daß der Hungerstreik Tote fordern könnte, scheint so realistisch wie die Gefahr einer darauf folgenden Welle von neuen Terroranschlägen. Zu lange währt schon der Streit darüber, ob nicht auch einsitzenden Terroristen endlich normale Haftbedingungen gewährt werden sollen.

Inzwischen wollen die Terroristen mehr als nur die Normalität: Sie fordern die Zusammenlegung aller rund 40 inhaftierten RAF-Kriminellen in ein oder zwei große Gruppen und die Freilassung von vier ihrer Genossen, die sie für haftunfähig halten . . .

Die Richter vom Düsseldorfer Oberlandesgericht haben sich bereits abgesichert und Vorsorge getroffen. Sie ordneten an, daß Zwangsernährung dann zulässig sei, wenn sich „schwerwiegende Gefahren für die Gesundheit“ der Hungernden „abzeichnen“ — nach RAF-Version die „Koma-Lösung“. In der Haftanstalt Celle wurde bereits eine Intensivstation eingerichtet . . .

Am Donnerstag vergangener Woche tagten in Köln die Verfassungsschützer aus Bund und Ländern und suchten nach Möglichkeiten, eine tödliche Zuspitzung der Lage zu vermeiden. Sie sind zu erheblichen Konzessionen bereit, doch die Justizbehörden — vor allem Generalbundesanwalt Rebmann — legen sich quer.

Beim Verfassungsschutz plädieren Experten für Gespräche mit der RAF und für vermittelnde Lösungen. Sie wollen » bis zu acht Häftlinge in mehreren Gruppen zusammenlegen; » die Besuche der Eltern und nahen Verwandten nicht mehr überwachen; » kranke Häftlinge wie Claudia Wannersdorfer, Bernd Rößner und Günter Sonnenberg entlassen.

Die Fachleute erörterten die Frage, ob nicht beispielsweise die in Berlin inhaftierten RAF-Frauen mit denen in Lübeck zusammengelegt werden sollten. Schließlich sei der Staat doch in der stärkeren Position.

Ob eine Zusammenlegung von Häftlingsgruppen den Zusammenhalt der RAF stabilisiere, sei überhaupt nicht ausgemacht. Im Gegenteil, viel wahrscheinlicher sei es, daß ideologische Festigkeit und Geschlossenheit in den zu erwartenden gruppenspezifischen Prozessen zerbröckelten. Ein Wiesbadener Terrorfahnder: „Die fallen sich doch bald entsetzlich auf die Nerven.“

Doch ein Durchbruch zu Vernunft und Menschlichkeit scheitert einstweilen am starren Generalbundesanwalt . . .

## In UN-Mission

## Bald BRD-Militärbeobachter in Mittelamerika und Namibia

Endlich scheint es sicher, daß die BRD im Rahmen der UNO zu einem militärischen Einsatz kommen und damit erstmals seit dem Kriegsende an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt wird. Der Einsatz ist zwar klein, auf jeden Fall aber ein Durchbruch, der von westdeutschen Politikern wie Wischniewski und Geißler sorgfältig vorbereitet wurde. Die fünf mittelamerikanischen Staaten, die 1987 das Friedensabkommen unterzeichnet hatten, haben die Vereinten Nationen um die Entsendung einer „kleinen militärischen Beobachtergruppe“ gebeten, die darüber wachen soll, daß „keiner der fünf Staaten in einem Nachbarland kämpfende Rebellen unterstützt oder auf seinem eigenen Gebiet duldet“. Fest steht, daß mit dieser Aufgabe die NATO-Länder Spanien, Kanada und die BRD beauftragt werden. Nicht sicher ist, ob dabei Soldaten zum Einsatz kommen werden. Einstweilen betont das Außenministerium, für diesen Einsatz kämen „nur“ Spezialisten der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und von Ministerien in Betracht. Das Scholz-Ministerium will die Bundeswehr im Einsatz sehen.

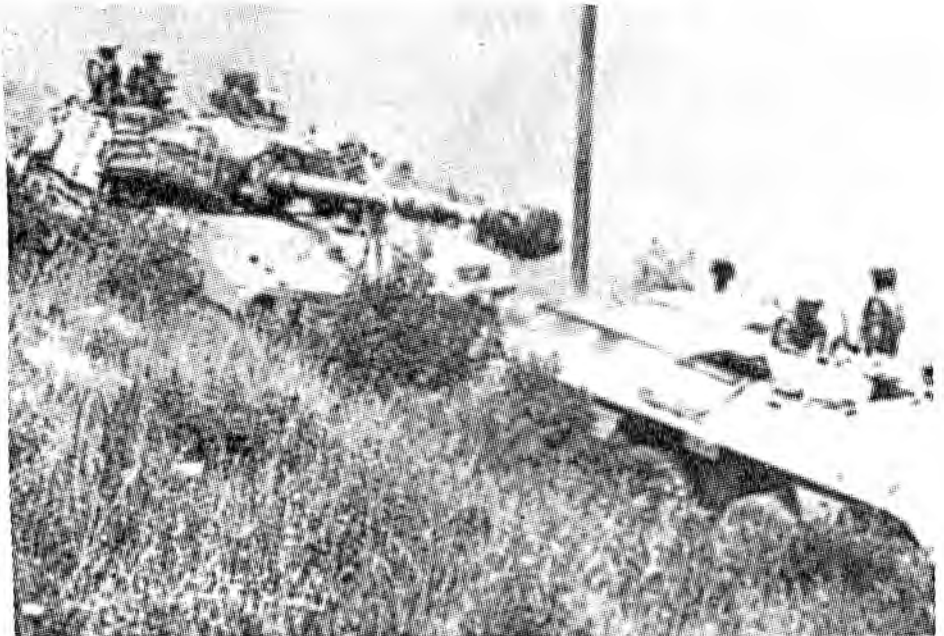
Inzwischen zeichnet sich ab, daß nicht nur das Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua Einsatzort westdeutscher Kriegsbeobachter wird, sondern auch Namibia. Wie langfristig auf diesen Einsatz hingearbeitet wurde, zeigt ein Aufsatz des Referenten im Außenministerium für Grundsatzfragen der Vereinten Nationen, H.-P. Kaul, von 1983: „Nach Auffassung der meisten internationalen Beobachter ist die Unabhängigkeit der ehemaligen deutschen Kolonie nur noch ein Frage der Zeit. Das UN-Sekretariat hat bereits Vorbereitungen für die Aufstellung der vorgesehenen Namibia-Friedenstruppe UNTAG eingeleitet. Entsprechend dem bisherigen starken Engagement unseres Landes in der Namibia-Frage gehen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und die internationale Öffentlichkeit offenbar wie selbstverständlich davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle der UNTAG erstmals durch ein substantielles Kontingent bei einer friedenssichernden Operation der UN dauerhaft personell vertreten sein wird.“ Jetzt, wo die Unabhängigkeit akut wird, verstärkt die BRD hektisch ihre diplomatischen Bemühungen: Genscher lädt die SWAPO ein und die Botschaft in Namibia wird wieder eröffnet; beides zu werten als Vorbereitungen für den Einsatz westdeutscher Militärbeobachter.

Diese bevorstehenden UN-Einsätze der BRD mögen noch klein und nicht

sehr imperialistisch wirken, sie eröffnen aber weitere Möglichkeiten, wie am Beispiel Österreichs zu verfolgen ist, welches wegen seiner Neutralitätserklärung die internationalen Vorbehalte nach dem Zweiten Weltkrieg schneller zerstreuen konnte als die BRD. Ab 1960 gab es ganz kleine österreichische Kontingente für die UNO im Sanitätsbereich (Kongo, Zypern). Ab 1965 wurde dann systematisch der weltweite Einsatz österreichischer Truppen vorbereitet. Zunächst beschloß der Nationalrat das „Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen inter-

Einheiten und Luftlandetruppen der Bundeswehr gestärkt und gestrafft werden, um ganz offensichtlich für schnelle Einsätze, wo auch immer in der Welt, gerüstet zu sein. Bei den Vorbereitungen für UN-Militäreinsätze der Bundeswehr wird die BRD allerdings nicht sieben Jahre auf den Einsatz warten müssen, denn UN-Truppen werden in absehbarer Zukunft nicht nur in Mittelamerika und Namibia eingerichtet werden, sondern vermutlich auch im Westsahara-Konflikt in Kampuchea.

Der Einsatz von Militärbeobachtern durch Polizei und BGS ist für die BRD bedeutend, kann aber einen Truppeneinsatz nicht ersetzen. Auch die reine Unterstützerrolle für UN-Truppen scheint ihr nicht angemessen (Bisher gab die BRD ca. 550 Millionen DM plus Transport- und Materialleistungen wie Lufttransport des norwegischen, Ausrüstung des nepalesischen Kontingents im Libanon). Zu verlockend scheinen die Vor-



UN-Truppen im Libanon 1982: Einer der ganz wenigen Versuche durch einen niederländischen UN-Panzer (links), den israelischen Vormarsch zu behindern.

nationaler Organisationen“ als Rechtsgrundlage, dann ging es an den Aufbau entsprechender Truppenteile, ein regelrechtes „UNO-Bataillon“ aus Jägertruppen wurde eingerichtet. Diese Spezialtruppen kamen allerdings erst sieben Jahre später zum Einsatz auf Zypern, weil bis dahin kein weiterer Einsatzbedarf für UNO-Truppen bestanden hatte. Seither sind österreichische Soldaten bei allen wichtigen UN-Einsätzen militärischer Art vertreten; sie stellen inzwischen über 10 % aller Soldaten im UN-Einsatz.

In der BRD wird seit einiger Zeit bei Regierung, Opposition und beim Militär über die Rechtsgrundlage für den Einsatz westdeutscher Soldaten diskutiert (siehe Politische Berichte 18/88), während gleichzeitig die luftbeweglichen

teile unmittelbaren militärischen Einsatzes, wie dies wiederum an den österreichischen Erfahrungen abzulesen ist. Die Österreichische Militärische Zeitschrift wertet die UN-Einsätze als bedeutend für die internationale Achtung, die Österreich erfährt. Weiter: „Für den militärischen Bereich ist die Tatsache wesentlich, daß in einem Friedensheer, in dem es in wenigen Jahren keine kriegsgedienten Soldaten mehr geben wird, Erfahrungen im Zusammenleben über einen längeren Zeitraum auf engstem Raum unter Einwirkung von Hitze, Kälte und Trennung von den Angehörigen nur bei den UN-Bataillonen gemacht werden können. Kadersoldaten haben dort unter einsatzmäßigen Bedingungen Menschen mehrere Monate lang zu führen, wozu sie in Österreich keine Gele-

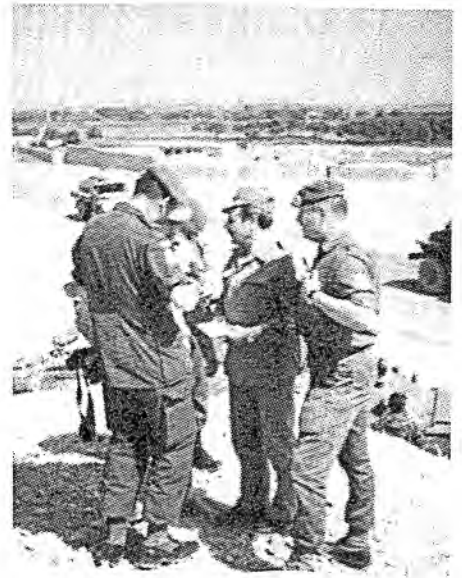


genheit hätten ... Dies führt zu Selbstvertrauen und zur Erkenntnis, daß die eigenen Verhältnisse keinen Vergleich zu scheuen brauchen.“ (5/85) „Für das Bundesheer selbst konnte die Erfahrung gewonnen werden, daß der überwiegende Teil der Freiwilligen mit gestärktem Selbstvertrauen von ihrem Einsatz zurückkehren.“ (6/83) Darüberhinaus können natürlich durch unmittelbares Dabeisein bei Kriegshandlungen militärische Erfahrungen gewonnen werden, die bei einem möglichen eigenen Einsatz von Nutzen sein können. Neben der wachsenden Einflußsicherung sind diese militärpraktischen Vorteile besonders wichtig für die Bundeswehr, weil diese selbst durch Militärberater in verschiedensten Ländern, durch Katastropheneinsätze und durch Manöver nicht gewonnen werden können.

Bezogen auf die BRD kann daher als sicher gelten, daß sich die Regierung nicht mit einem Einsatz von Nicht-Soldaten als Beobachter zufrieden gibt. Einstweilen gilt der Beschluß des Bun-

dessicherheitsrates von 1972, der besagt, westdeutsche Soldaten dürften außerhalb der NATO nicht eingesetzt werden. Die Regierung hält deshalb eine Einigung mit der SPD in dieser Frage für angebracht, wo es ja bekanntlich Etliche gibt, die mitziehen würden. Eine neue Verfassungsinterpretation durch den Bundessicherheitsrat wäre da eine von verschiedenen Lösungen.

Es sei noch auf einen anderen Aspekt hingewiesen. Oben beschriebener Vorgang stellt praktisch den Wiedereintritt des Rechtsnachfolgers des Dritten Reiches auf Kriegsschauplätzen der Welt dar. Fast zeitgleich und ebenso unauffällig ist es der anderen großen Achsenmacht, Japan, gelungen, die Fühler an internationale Militärkonflikte zu bekommen. In der UN-Beobachtermission für den sowjetischen Truppenrückzug aus Afghanistan befinden sich auch Berater aus Japan. Die meisten beteiligten Länder an dieser Mission haben Offiziere entsandt, während Japan „aus innenpolitischen Gründen“ Nicht-Soldaten



UN-Patrouille in Afghanistan Anfang Mai 1988

## UN-Truppen — Immer für den Frieden?

Gegenwärtig befinden sich ca. 10000 Soldaten im Einsatz als UN-Friedenstruppe in Zypern, Syrien (Golan), Libanon, Palästina, Indien/Pakistan, Iran/Irak, Afghanistan/Pakistan. Von den 1983 beteiligten 23 Ländern kommen 13 aus Europa, neun sind Mitglied der NATO, zwei des Warschauer Paktes.

1988 wurde den UN-Truppen der Friedensnobelpreis zugesprochen — eine Entscheidung, die man bedauern kann, nicht bloß deshalb, weil die UN-Friedenstruppen verschiedenen interessierten Mächten die Gelegenheit für kriegspraktische Beobachtungen und Erfahrungen geben. In keiner Chronik der UN-Friedenstruppen wird die Intervention der US-Army 1950 in Korea auch nur erwähnt, obwohl erst der Beschluß des UN-Sicherheitsrates, UN-Truppen nach Süd-Korea zu entsenden, den Einmarsch ermöglichte. Bei diesen „UN-Truppen“ handelte es sich fast ganz um US-Einheiten, verstärkt durch Verbände u.a. aus der Türkei. Den Korea-Krieg der USA wird niemand als Friedensaktion werten können, weshalb die UN dieser Aggression das Attribut „Peace-Keeping“ (friedenssichernd) nicht zusprechen mochten.

Aber auch der Einsatz von „echten“ Friedenstruppen hinterließ bisweilen Zweifel an der Neutralität dieser Verbände, wie dies am Beispiel des israelischen Überfalls auf den Libanon 1982 deutlich wird. Im Südlibanon waren 6000 Mann der UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon) stationiert, als im Juni 1982 die israelische Aggression begann. Die UNIFIL-Stel-

lungen wurden dabei überrannt oder umgangen. Die PLO, der der Überfall Israels galt, erhob gegenüber den UN-Truppen sofort den Vorwurf der praktischen Kollaboration mit den Angreifern. Tatsächlich bestätigte später ein französischer UNO-Offizier, die UNO-Soldaten hätten Anweisung gehabt, nicht einmal den Versuch zu unternehmen, den israelischen Vormarsch zu stoppen. Infolge dieser Tatenlosigkeit wurde die UNO bei den folgenden Ereignissen völlig an den Rand gedrängt durch die USA, die den israelischen Überfall von Anfang an deckten. Den israelischen Truppen gelang die Einschließung West-Beiruts und damit vieler palästinensischer Freiheitskämpfer. Der UNO-Generalsekretär machte daraufhin den von der PLO unterstützten Vorschlag, den Abzug der eingeschlossenen Kämpfer unter UN-Überwachung stattfinden zu lassen. Stattdessen setzen die USA die Bildung einer sog. Friedenstruppe aus US-Army, französischer und italienischer Armee durch, die die Entwaffnung der PLO und deren Abzug übers Meer durchführte. Die UN waren den Machtinteressen der USA unterlegen. Der Verdacht entsteht, daß die UN-Truppen nur solange friedenserhaltend wirken können, wie es großen imperialistischen Mächten in den Kram paßt.

Abschließend sei auch erwähnt, daß der sowjetische Außenminister 1988 den UN-Truppen in Pakistan vorwarf, die Einhaltung des Genfer Abkommens zum Truppenabzug aus Afghanistan nicht genügend zu überwachen.

Quellenhinweis: UN-Basis-Informationen, Deutsche Gesellschaft für die VN, Oktober 1988: ÖMZ 1/83, 6/83, 5/86; NZZ 30.11.88

zur Stärkung der „politischen Komponente“ geschickt hat. Nach Österreich und Italien (schon lange im UNO-Geschäft) sind mittlerweile die Achsenmächte komplett wieder in der Lage, sich auf internationalem Parkett auch militärisch zu bewegen. Das ist sehr beunruhigend.

Quellenhinweis: Kans-Peter Kaul: UN-Friedenstruppen: Versuch einer Bilanz, in: Vereinte Nationen 1/83; Österr. Milit. Zeitschrift 6/83, 5/85, 6/88; Neue Zürcher Zeitung v. 30.11.88; Welt, FAZ und FR im Februar 1989 — (jok)

## Südafrika/Azania

### Politische Gefangene im Hungerstreik

Erst am 9.2. meldete die bundesdeutsche Presse, am 23. Januar sei eine große Zahl schwarzer Gefangener in den Hungerstreik getreten. Den knapp 200 Häftlingen im Diepkloof-Gefängnis bei Soweto schlossen sich rasch 105 Gefangene im St. Alban-Gefängnis von Port Elizabeth an, Häftlinge in Durban, Kimberley und anderen Orten folgten.

Die politischen Gefangenen sind zum Teil seit über zwei Jahren im Gefängnis, ohne daß ein Verfahren gegen sie eröffnet wurde oder auch nur eine Vernehmung stattfand. Mindestens 2500 Menschen sind insgesamt betroffen, darunter 1800 unter 18 Jahren. Die Häftlinge fordern ihre Freilassung oder eine ordentliche Anklage vor Gericht.

Laut Presseberichten ist der gesundheitliche Zustand vieler Streikender besorgniserregend. Einige wenige wurden freigelassen, andere in Krankenhäuser eingeliefert. Dort erhielten sie kaum die notwendige medizinische Behandlung.

Trotz Veranstaltungsverbot sowie Verbot jeglicher Presseberichterstattung löste der Hungerstreik eine Welle des

Protests und der Solidarität im ganzen Land aus. Zwei Tage lang schlossen sich über 40 Rechtsanwälte dem Hungerstreik an, da der südafrikanische Minister für Recht und Ordnung, Adriaan Vlok, sich geweigert hatte, die Rechtsanwälte der Streikenden zu treffen.

Organisationen und Persönlichkeiten solidarisierten sich mit den Forderungen der Häftlinge, so die Organisation für Soziale Dienste (OASSA), die Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte (NADEL) sowie die Vereinigung der Ärzte und Dentisten (NAMDA). Unter dem steigenden Druck kam es am 13.2. zu Verhandlungen. Das Rassistenregime deutete seine Bereitschaft an, eine beachtliche Zahl von politischen Gefangenen freizulassen. Daraufhin stellten viele Häftlinge den Hungerstreik ein. Als offensichtlich wurde, daß die Zahl der Freigelassenen 30 nicht überstieg, haben in Durban, Pietermaritzburg und East London Gefangene den Hungerstreik wieder aufgenommen. Das Regime hat erklärt, es werde die Verhaftung ohne Verfahren unter dem Ausnahmerecht nicht aufgeben. Südafrika sei Opfer gehässiger internationaler Kampagnen. Erneut mußten über 20 Gefangene in Krankenhäuser eingeliefert werden, ihr Zustand scheint äußerst kritisch.

Die DGB-Jugend Baden-Württemberg unterstützt die Forderung der Gefangenen nach „Freiheit oder Anklage“. Die UNO-Menschenrechtskommission legte zur Apartheids-Debatte in Genf einen Report vor, in dem die „Formen von Staatsterrorismus“ in Südafrika angeprangert werden.

Quellenhinweis: div. taz; div. F.R.; UZ vom 17.2. und 22.2.89 — (and)

## Kanada-USA

### Bush besucht Premier Mulroney

Seinen ersten auswärtigen Staatsbesuch nach Amtsübernahme unternahm Präsident Bush am 10. Februar in Kanada bei Premierminister Mulroney. Er folgte damit Reagans Beispiel von 1981, der sieben Wochen nach seinem Amtseid zu Premierminister Trudeau flog. Bush hatte es noch eiliger, ein Zeichen zu setzen, und hat den Termin noch am Tag vor seiner Amtseinführung vereinbart.

Für den progressiv-konservativen Mulroney und für die kanadische Presse verbinden sich mit dieser Geste des Entgegenkommens Hoffnungen auf amerikanische Zugeständnisse. Denn während der Ära Reagan hat dem kanadischen Präsidenten sein sehr ähnliches Parteibuch beim amerikanischen Oberkollegen nicht viel genützt. Da war die unterschiedliche ökonomische Potenz wichtiger als die gemeinsame ökonomische Philosophie der Marktwirtschaft. Reagan bekam von Mulroney den amerika-

nisch-kanadischen Freihandelsvertrag, den er wollte, aber das kostete Mulroney fast den Wahlsieg, weil anhand zahlreicher Auseinandersetzungen zwischen USA und Kanada deutlich geworden war, daß der Vertrag über die Beseitigung von Schranken dem Kampf um den Höchstprofit dient. Und Mulroney bekam praktisch nichts dafür von Reagan; seine regelmäßigen Beschwerden über US-amerikanische Schädigung kanadischer Interessen, etwa im Bereich des Umweltschutzes, waren in den Wind gesprochen. Gegen die Verursachung des sauren Regens, der seit Jahren zunehmend die kanadische Natur schädigt, geschah unter Reagan so gut wie nichts.

Bush hat bei seinem Besuch in Kanada eine baldige Übereinkunft gegen die Luftverschmutzung zugesagt. Er will auch im Haushalt die Finanzierung der amerikanisch-kanadischen Vereinbarung über Forschung auf dem Gebiet der „sauberen Kohle“ sichern; Reagan hatte die dafür erforderlichen 2,5 Mrd. Dollar zusammengekratzt. Spätestens Ende des Jahres sollen ferner Verhandlungen über eine Übereinkunft beginnen, durch die ein Zeitplan für die Reduzierung der Emissionen in Amerika festgelegt wird. Eine solche Übereinkunft zwischen den Regierungen braucht nicht wie ein Gesetz dem US-Kongress vorgelegt zu werden und kann demnach dort auch nicht blockiert werden. Nach Presseberichten gibt es diesbezüglich Widersprüche zwischen verschiedenen Regionen der USA, da die schwefelhaltige Kohle im Osten abgebaut und in den Kraftwerken des Mittelwestens verfeuert wird, was dann in Neuengland und Ostkanada zu Umweltschäden führt.

Vermutlich ist jedoch die Einigung zwischen Bush und Mulroney über einige Umweltschutzmaßnahmen nur publikumswirksame Fassade. Es liegen nach wie vor die Beschwerden der amerikanischen Stahlindustrie auf dem Tisch, daß subventionierter kanadischer Stahl in den USA zu Dumpingpreisen angeboten werde und deswegen zumindest eine freiwillige Selbstbeschränkung der kanadischen Stahlimporte fällig sei. Mehrere Dumping-Verfahren wurden angestrengt. Der amerikanische Handelsbeauftragte hat im letzten Herbst eine Entscheidung in dieser Frage abgeblockt, um den Wahlsieg Mulroneys nicht zu gefährden, aber jetzt stehen einige Fälle zur Entscheidung an.

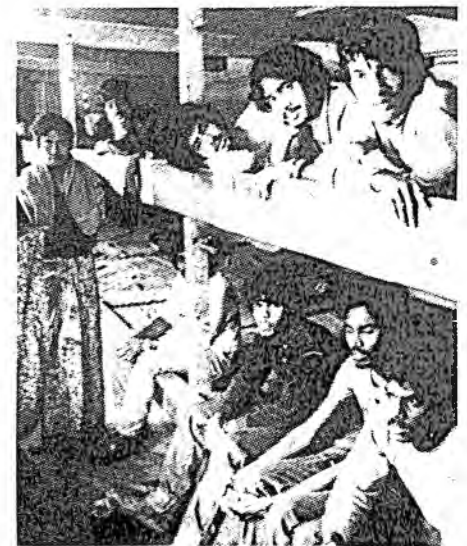
Auf kanadischer Seite liegen ebenfalls Beschwerden vor, so über die US-amerikanischen Qualitätsmerkmale für Sperrholz und die Bestimmung des Wollanteils in Kleidungsstücken. Ein Schlichtungsverfahren im Rahmen des neuen Freihandelsabkommens soll angerufen werden. Ein amerikanischer Kanadaexperte meinte: „Die beiden wollen bestimmt nicht, daß bekannt wird, wieviel im Handelsbereich noch strittig ist.“

Quellen: Maclean's, 23.1. u. 6.2.89; FAZ und International Herald Tribune v. 13.2.89 — (mfr)

## Schweiz

### Wachsende Armut in „reicher Schweiz“

Wenn in der bürgerlichen Öffentlichkeit von der Schweiz die Rede ist, wird gewöhnlich das Bild eines wirtschaftlichen Musterlandes gezeichnet: eine seit Jahren auf Hochtouren laufende Konjunktur, niedrige Arbeitslosenraten und hohe Löhne. Die gesellschaftliche Wirklichkeit im „Bankenparadies“ sieht ganz anders aus. Hunderttausende Menschen müssen in dem Neunmillioneneinwohnerland ein Dasein in Armut fristen. Eine zunehmende Zahl von Menschen kann sich nicht einmal mehr ein Dach über dem Kopf leisten. Im ganzen Land platzen die Notunterkünfte aus allen



Asylbewerber in der Schweiz. Aus ihnen rekrutieren die Kapitalisten billigste Arbeiter.

Nähten, in Zürich beispielsweise hat man damit begonnen, Blechcontainer aufzustellen, in denen Obdachlose untergebracht werden.

Die Obdachlosigkeit ist nur die Spitze des Eisbergs. In jüngster Zeit haben Wissenschaftler damit begonnen, statistische Daten über die „versteckte Armut“ zu erheben. Eine Baseler Ökonomin hat jetzt Zahlen präsentiert. Danach müssen in der Schweiz rund 570000 Menschen mit Einkünften von weniger als 13900 Franken jährlich auskommen. Das entspricht etwa 1400 DM im Monat, wobei berücksichtigt werden muß, daß das Preisniveau für Konsumgüter in der Schweiz beträchtlich höher liegt als in der BRD. 170000 Menschen, so die Studie, haben weniger als 9000 Franken im Jahr (etwa 900 DM monatlich) zur Verfügung. Das statistische Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz betrug 1986 im Durchschnitt 34000 Franken (etwa 3250 DM monatlich). Diese Zahlen vermitteln einen Eindruck, wie weit die Schweizer Bourgeoisie Teile der Arbei-

terklasse materiell gedrückt hat. Besonders betroffen sind die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Beispiel Gastgewerbe: Schätzungsweise 120000 Beschäftigte arbeiten in diesem für die Schweiz finanziell wichtigen Sektor. Zwei Drittel davon kommen aus dem Ausland, die Mehrzahl sind Saisonarbeiter. Die Löhne im Gastgewerbe gehören mit zu den niedrigsten, die Arbeitsbedingungen zu den schlechtesten in der Schweiz. Nach Angaben des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit betrugen die Durchschnittslöhne in diesem Bereich 1986 2524 Franken und lagen damit um 32% unter dem Durchschnitt. Die Schere hat sich in den vergangenen Jahren noch geöffnet: 1978 lagen die Löhne in der Branche erst 25% unter dem Durchschnittslohn. Laut tariflicher Regelung bekommt eine ungelernte Arbeitskraft im ersten Beschäftigungsjahr 1682 Franken. Netto bleiben davon ungefähr 900 Franken übrig. Dafür müssen die Beschäftigten buchstäblich bis zum Umfallen schuften: Wochenarbeitszeiten von 55 bis 65 Stunden gelten als die Regel, teilweise gibt es Spitzen bis zu 90 Stunden.

Quellenhinweis: Südkurier, 7.2.89; WoZ, 1.7.88, 2.12.88 — (jüg)

## Nord-West-Kurdistan

### Neue Hungerstreiks in den Gefängnissen

Am 9. Februar 1989 begannen 160 politische Gefangene im Gefängnis von Eskisehir (ein Gefängnis vom Typ E, d.h. mit Zellen für je mehrere Gefangene) einen erneuten Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen und gegen den erneuten Versuch der Gefängnisleitung, den Erlaß des Justizministers vom 1. August 1988 anzuwenden. Inzwischen sind in den Gefängnissen Diyarbakir (Typ E), Canakkale und Ceyhan ca. 500 politische Gefangene erneut im Hungerstreik, darunter allein 240 PKKler in Eskisehir. Die meisten Hungerstreikenden sind gefangene PKKler. Türkische Linke (gefangene Mitglieder von TKP-B, Dev Sol u.a.) beteiligen sich an der Aktion. Im Oktober/November vorigen Jahres war die Justiz gezwungen, unter dem Druck einer landesweiten Hungerstreikkampagne der Gefangenen und ihrer Angehörigen den Erlaß zur Verschärfung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen vom 1.8.88 vorläufig auszusetzen, bzw. seine Nicht-Anwendung zuzusagen. Das Justizministerium versprach damals, den Erlaß zugunsten der Gefangenen zu ändern. Anlaß für den erneuten Beginn des Hungerstreiks war, daß die Gefängnisleitung von Eskisehir die meisten Hafterleichterungen wieder zurückgenommen hatte. Zur Unterstützung der Hungerstreiken-

den begannen am 21.2. in Ankara 13 Angehörige der Gefangenen einen Solidaritätshungerstreik. Die wichtigsten Forderungen der Gefangenen sind die gleichen wie schon während des letzten großen Hungerstreiks:

1. Anerkennung als politische Gefangene und Kriegsgefangene.
2. Änderung des Haftstatuts vom 1.8.1988.
3. Recht auf Gebrauch der Muttersprache bei der Verteidigung.
4. Schluß mit den strafweisen Verlegungen in andere Gefängnisse.
5. Verlängerung der Besuchszeiten.
6. Weiterleitung der zugesagten türkischen Pressepublikationen an die Gefangenen.
7. Freier Briefverkehr unter den Gefangenen.
8. Aushändigung der von Angehörigen zugeschickten Sachen.

9. Erlaubnis von Telefongesprächen mit Angehörigen.

10. Kranke Gefangene sollen schnellstens behandelt werden.

11. Hofgang soll den ganzen Tag erlaubt sein (bisher zwei Stunden am Tag).

12. Ungehinderte Besuche zwischen den Gefängnisblöcken.

13. Keine Beschränkungen und Verbote sportlicher Aktivitäten.

14. Die Matrasen aus Schwamm sollen ausgewechselt werden.

15. Erleichterungen bei der Hygiene: Seife, Rasiercreme usw.

16. Die Beleuchtung soll verbessert werden.

17. Bademöglichkeit mit warmem Wasser soll gesichert werden.

Die Angehörigen der Gefangenen haben die Öffentlichkeit aufgerufen, den Hungerstreik der Gefangenen erneut zu unterstützen. — (rül)

## Sri Lanka

### Blutige Parlamentswahlen im Februar

Die ersten Parlamentswahlen nach elf Jahren, die am 15. Februar in Sri Lanka trotz heftiger Unruhen durchgeführt wurden, sollten ein „Prüfstein für die Demokratie“ werden. Tatsächlich dürfte diese Wahl die blutigste in der Geschichte Sri Lankas gewesen sein.

Etwa 1000 Menschen wurden während des Wahlkampfes ermordet. Nach inoffiziellen Angaben ist die Zahl noch wesentlich höher. Wahlhelfer wurden brutal terrorisiert, auf offener Straße erschossen, verbrannt, kamen bei Bombenanschlägen ums Leben. Allgemein wird die singhalesische „Volksbefreiungsfront“ JVP (Janatha Vimukthi Pera-

muna) für die politischen Morde verantwortlich gemacht. Sie rief nicht nur zum „Wahlboykott“ auf, sondern unterstrich den Aufruf mit Morddrohungen gegen Kandidaten und Wahlhelfer.

Die JVP bildete sich 1967 als militante Gruppierung mit weitgehend linksradikalen Phrasen. Mit diesen Phrasen und singhalesischem Nationalismus gewann sie die Unterstützung von Studenten und vor allem singhalesischer Landbevölkerung für eine bewaffnete Revolution. Bei den Präsidentschaftswahlen 1982 gewann ihr Führer Wijewera etwas über 400000 Stimmen. Mehrmals wurde die Partei verboten. Nach den Pogromen an



Teepflückerinnen in Sri Lanka. Schon die britischen Kolonialherren rekrutierten tamilische Pflückerinnen auf ihre Teeplantagen auf Sri Lanka, um nationale Widersprüche zu schüren und die Tamilen als billigste und rechtloseste Arbeitskräfte ausbeuten zu können.



In Altamira im brasilianischen Amazonas-Gebiet begann am 20. Februar das erste regionale Treffen aller Indianer der Xingu-Völker im brasilianischen Amazonas-Gebiet. Die Indianer protestierten mit ihrem mehrtägigen Treffen (Bild) gegen die Staudamm-Programme der brasilianischen Regierung und imperialistischer Konzerne und den damit verbundenen fortgesetzten Landraub von Großgrundbesitzern und Konzernen. Mehrere Stämme sind durch den Raub ihres Landes und die mit den Staudammprojekten verbundene Zerstörung ihrer Jagdgebiete von der Vernichtung bedroht. — (rül)

### Italien: Neofaschist freigesprochen

Der faschistische Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vor genau 20 Jahren, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen und etwa 100 Menschen verletzt wurden, bleibt ungesühnt. Am 20. Februar sprach ein italienisches Berufungsgericht den Neofaschisten Delle Chiaie und seinen Mitangeklagten Fachini frei. Die Staatsanwaltschaft hatte lebenslange Haft beantragt. Damit sind alle Anklagen wegen des Bombenanschlags auf die Landwirtschaftsbank ergebnislos beendet. Unmittelbar nach dem Anschlag 1968 hatten Regierung und Polizei versucht, diesen linken Organisationen anzulasten. Die erst später eingeleiteten Verfahren gegen

Neofaschisten endeten dann alle in der letzten Instanz ohne Verurteilung. — (rül)

### Schweden: Gewerkschaften wollen 7-8% mehr Lohn

Der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes, Stig Malm, hat Lohnforderungen von 7 bis 8% angekündigt. Dies sei notwendig, um wenigstens eine Verbesserung der Realeinkommen um 1% zu erreichen. Die Metallgewerkschaft hat ihre Forderungen bereits veröffentlicht. Sie fordert Lohnerhöhungen von mindestens 6% sowie zusätzliche Zuschläge für die Bezieher von Niedriglöhnen. Die Kapitalisten wollen höchstens 3% mehr Lohn zugestehen. — (poj, AGM)

### Spanien: Aktionsfront von CCOO und UGT

Die beiden größten spanischen Gewerkschaften, die kommunistischen Arbeiterkommissionen CCOO und der sozialistische Gewerkschaftsbund UGT, haben eine gemeinsame Aktionsfront für die Tarifaueinandersetzungen mit den Kapitalisten in diesem Frühjahr geschlossen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bemerkt säuerlich, die CCOO feiere das Zustandekommen dieser seit zehn Jahren angestrebten gewerkschaftlichen Einheitsfront als „historisches Ereignis“ und folgert besorgt: „Das läßt für dieses Frühjahr viele Streiks in Spanien erwarten.“ CCOO und UGT haben ein von Kapitalisten und Regierung gefordertes Tarifrähmenabkommen abgelehnt. In der Textilindustrie haben die Gewerkschaften bereits zu Streiks aufgerufen. Sie fordern u.a. Lohnerhöhungen von umgerechnet 7%. Bei einer Teuerungsrate von 1988 bereits 5,7% würde eine solche Lohnerhöhung die Lohnsenkungen der vergangenen Jahre nur zu einem geringen Teil rückgängig machen. Beide Gewerkschaften, die zusammen etwa eine Million Mitglieder haben, fordern außerdem eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 37 Stunden und eine Anhebung der Mindesteinkommen auf 58000 Peseten, das sind umgerechnet 930 DM im Monat. Bisher liegen die Mindesteinkommen bei umgerechnet 770 DM im Monat. Die Regierung hat die Forderungen der Gewerkschaften abgelehnt. Sie will höchsten Lohnerhöhungen von 3% zustimmen. Die reaktionäre Partido Popular hat im spanischen Parlament Gesetzentwürfe zur Einschränkung des Streikrechts vorgelegt.

Quellen: FAZ, 20.2.; Handelsblatt, 20.2. — (rül)

der tamilischen Bevölkerung und dem Höhepunkt des tamilischen Unabhängigkeitskampfes 1983 veränderte die JVP ihre Politik drastisch. Sie wurde zur führenden Kraft eines singhalesischen Chaunivismus. Die JVP, die wegen ihrer Vergangenheit in bundesdeutschen Zeitungen wie der „Welt“ auch heute noch als „linke“ Partei bezeichnet wird, wandte sich gegen Zugeständnisse in Richtung auf eine notwendige Teilautonomie der tamilischen Gebiete. Das Eingreifen indischer Friedenstruppen gab der JVP 1987 neuen Aufwind. Zusammen mit der führenden Oppositionspartei SLFP forderte die JVP den Abzug der indischen Truppen. Kurz vor Beginn des Wahlkampfes Ende 1988 entschied sich die JVP für einen Boykott. Sie operierte aus dem Untergrund, terrorisierte vor allem Mitglieder, Wahlhelfer und Kandidaten der linksgerichteten oppositionellen SLFP. Sechs der insgesamt 14 ermordeten Parlamentskandidaten waren

Mitglieder der SLFP. Selbst die Oppositionsführerin Bandaranaike entkam im Februar nur knapp einem Bombenanschlag während einer Wahlveranstaltung; 38 Menschen erlitten Verletzungen, unter den Zuhörern brach Panik aus. Noch am Wahltag selbst wurden 56 Menschen getötet.

Bundesdeutsche Zeitungen erwähnten die singhalesische JVP häufig in einem Atemzug mit der im Norden operierenden LTTE. Die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) warfen anderen tamilischen Gruppen deren Beteiligung an der Wahl vor; sie hätten „die tamilische Sache für ihre engstirnigen politischen Ambitionen“ verraten. Drei ehemals militante Tamilengruppen waren eine Allianz eingegangen, um an den Wahlen teilzunehmen. Zeitungen berichteten davon, daß auch einzelne LTTE-Gruppen die Waffen niedergelegt hätten und Wahlen befürworteten. Jedoch sprach sich die LTTE insgesamt für einen Wahlboy-

kott aus und versuchte, durch bewaffnete Angriffe diese zu verhindern, dies geschah aber vor einem anderen politischen Hintergrund als bei der JVP.

Entgegen anderslautenden Meldungen wird in tamilischen Gegenden noch immer gekämpft. In Neluwewa wurden beispielsweise im Januar vier Soldaten und drei weitere Menschen von LTTE-Kämpfern erschossen und dabei vier T-56-Gewehre erbeutet. Anfang Februar wurden in Jaffna und Trincumalee bei Angriffen tamilischer Guerillas neun indische und mehrere lankanische Soldaten getötet, zwei Maschinengewehre erbeutet. Zeitungsmeldungen deuten darauf hin, daß auch andere Tamilengruppen den bewaffneten Kampf fortsetzen. In Colombo wurden vor kurzem vier bewaffnete Jugendliche festgenommen, die verdächtigt werden, der Tamil Eelam Liberation Organization (TEELO) anzugehören.

Trotz massiver Bedrohungen haben



## El Salvador: Massaker der Armee

Eine Eliteeinheit der salvadorianischen Armee hat am 13. Februar ein Lazarett der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN überfallen und zehn Verwundete und zwei Sanitäterinnen ermordet. Nach einem Bericht des Rechtshilfebüros der Kirche vergewaltigten die Soldaten eine mexikanische Ärztin und eine 14-jährige Krankenschwester, bevor sie beide erschossen. — (rül)

## Iran-Schweiz: Schwunghafter Asylanten-Handel

Sympathisanten der Volksfedayin Irans/ Minderheit (OGFPI) haben bei der Besetzung des iranischen Konsulats in Genf enthüllende Dokumente über einen schwunghaften Handel Schweizer Stellen mit dem Iran über Daten von Asylbewerbern gefunden und auf einer Pressekonferenz in Paris veröffentlicht. Darin hatte ein Schweizer Rechtsanwalt dem iranischen Konsulat die Namen, Fluchtgründe, Adressen usw. von mehr als 5000 iranischen Flüchtlingen in der Schweiz dem Konsulat zum Kauf angeboten. Die Daten könne er aufgrund guter Verbindungen zur Schweizer Polizei beschaffen. Die iranische Regierung solle ihm dafür 5000 Schweizer Franken zahlen. Die OGFPI hat die Veröffentlichung weiterer Dokumente angekündigt. — (edi, VF)

## Portugal: Streiks gegen reaktionäre Arbeitsgesetze

Mehrere zehntausend Transportarbeiter protestierten am 24.2. mit einem 24-stündigen Streik gegen die von der portugiesischen liberal-konservativen Regierung unter Ministerpräsident Silva

vorgelegten neuen Arbeitsgesetze. Kernstück des Gesetzespakets ist die Aufhebung von Kündigungsschutzbestimmungen, die die Gewerkschaften nach dem Sturz des faschistischen Salazar-Regimes 1974 durchgesetzt hatten und die die imperialistischen Konzerne in Portugal schon lange außer Kraft setzen wollen. Schon im vergangenen Jahr hatte die Regierung ähnliche Arbeitsgesetze vorgelegt, war damit aber nach heftigen Protesten vor dem Verfassungsgerichts-

hof gescheitert, der Teile der geplanten Gesetze als „verfassungswidrig“ abgelehnt hatte. Zu den Streiks hatte die Allgemeine Konföderation der Portugiesischen Werktätigen — Nationale Interessindical aufgerufen. Einen Tag vor den Streiks hatte die Regierung die Lohnabhängigen der Lissabonner U-Bahn dienstverpflichtet. Für den 10. März rufen die Gewerkschaften zu einem landesweiten Generalstreik gegen die Arbeitsgesetze der Regierung auf. — (rül)



Seit dem 20. Februar streiken im jugoslawischen Kosovo-Gebiet mehrere zehntausend albanische Lohnabhängige gegen die Unterdrückungspolitik der serbischen und jugoslawischen Regierung gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo. Die Industrie im Kosovo ist durch den Generalstreik praktisch lahmgelegt. Etwa 1300 Minenarbeiter in den Blei- und Zinkgruben von Trepcia sind zusätzlich in den Minen in einen Hungerstreik getreten (Bild). Die streikenden Arbeiter fordern u.a. eine schriftliche Zusicherung, daß die geltende serbische Verfassung nicht angetastet wird. Die serbische Regierung will die Autonomie des Kosovo einschränken. Außerdem verlangen die Streikenden den Rücktritt des mit serbischer Hilfe ins Amt gelangten Parteichefs des Kosovo und die Wiedereinsetzung des abgesetzten albanischen Parteichefs der Region. Die jugoslawische Regierung hat am Montag paramilitärische Sondereinheiten der Polizei ins Kosovo geschickt. — (rül)

am 15. Februar rund 65% der 9,37 Millionen Wähler ihr Votum abgegeben. Die Wahlbeteiligung fiel in den einzelnen Gegenden jedoch sehr unterschiedlich aus. Sie erreichte in städtischen Wahlbezirken bis zu 80%, während auf dem Land zum Teil weniger als 1% zur Wahlurne ging. Von den ersten 183 ausgezählten Mandaten gewann die Regierungspartei UNP 102, während auf die SLFP 55 Mandate entfielen. Die UNP gewann damit zwar die Wahl, verlor aber ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament. Insgesamt wurden 196 Mandate direkt gewählt, 29 Mandate werden unter den Parteien entsprechend ihrem Stimmanteil vergeben. Nach der Wahl hatte die Regierung eine Ausgangssperre verhängt. Dennoch kam es zu weiteren politischen Morden. Die JVP rief einen „Generalstreik“ aus, der in mehreren Bezirken durchgeführt wurde.

Inzwischen hat die SLFP-Führerin Bandaranaike, die ebenso wie der Spit-

zenkandidat der UNP den Großgrundbesitzern Sri Lankas angehört, die Präsidentschaftswahl vom Dezember offiziell angefochten. In einer 38 Seiten langen Eingabe berichtete sie über Gewalttaten, Einschüchterungen und Bombenanschläge gegen ihre Parteimitglieder. Insgesamt 49 Wahlbezirke seien überhaupt nicht ausgezählt worden, was etwa dem Votum von 45000 Wählern entspreche. Wegen dieser Vorfälle und anderer Unregelmäßigkeiten forderte sie, die Präsidentschaftswahl für null und nichtig zu erklären. Die Präsidentschaftswahl war für die 72-jährige Oppositionspolitikerin die letzte Chance, an das Regierungssamt zu gelangen. Über ihre Eingabe sollte am 23. Februar erstmals verhandelt werden.

Europäische Reiseunternehmen mußten ihre Kunden, vor allem Deutsche und Franzosen, wegen der Auseinandersetzungen zurückschicken, strichen alle Angebote aus ihren Programmen und

warteten die Wahlen ab. Die Unternehmen Kuoni (Frankreich), Jahn-Reisen und Meiers Weltreisen (BRD) informierten nun das lankanische Tourist Board über Regressansprüche ihrer Kunden.

Während CDU/CSU-Politiker tamilische Asylbewerber als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abkanzeln und mit Abschiebung bedrohen, werden mit der nahezu bankrotten Regierung Sri Lankas Geschäfte gemacht. Auch das Mahaweli-Staudamm-Projekt, das die Verschuldung Sri Lankas stark steigern wird und vermutlich vor allem den Strombedarf ausländischer Niederlassungen in Sri Lanka decken soll, wird mit 650 Millionen DM aus Entwicklungshilfemitteln mitfinanziert. Noch im November 1988 hatte CSU-Entwicklungshilfeminister Klein in Sri Lanka Millionenbeträge zugesagt.

Quellenhinweis: Welt, 11.2.; Sri Lanka News, 1. und 8.2.; Südasiens 1/89, Zeitschrift des Südasiens-Büros Wuppertal — (fh)

## Veröffentlichungen

### Buchbesprechung: Deutsche Deserteure

1987 erschien im Rotbuch Verlag, Westberlin, von Norbert Haase das Buch „Deutsche Deserteure“ (Nr. 328, 14 DM), welches sich mit Fahnenflucht in der Wehrmacht beschäftigt.

Aus dem Vorwort: „Man stelle sich vor, jemand wollte ein Denkmal des Deserteurs errichten: es gäbe einen Sturm der Entrüstung ... Abgesehen also davon, daß der Heldenkult des Soldaten, der in Denkmälern zum Ausdruck kommt, für den Deserteur nicht angemessen ist, wird es auch deshalb kein Denkmal des Kriegsdienstverweigerers geben, weil er all jene Demokraten provozieren würde, die sich selbst die Erinnerung verstellen wollen, wie positiv sie einmal zum Vaterland des Dritten Reiches gestanden hatten, und hier gilt die Faustregel: je bedeutsamer die Position im öffentlichen Leben, umso hartnäckiger die innere Sperre, anzuerkennen, was einmal war.“

Bemerkenswert ist Erich Schwinge, Verfasser des maßgeblichen Kommentars zum NS-Militärstrafgesetzbuch, von 1940-45 Vorsitzender des Kriegsgerichtes der Division Nr. 117 in Wien. Ab 1946 war Schwinge Rechtsprofessor, zeitweilig auch Rektor an der Universität Marburg und langjähriger Vorsitzender der hessischen FDP. 1980 nahm Schwinge in der rechtsradikalen Strategiezeitschrift „Nation Europa“ Stellung zu seiner Vergangenheit: „Die 10000 bis 12000 Todesurteile waren — das darf man nicht vergessen — der Preis dafür, daß Westeuropa vor bolschewistischer Überflutung bewahrt blieb.“ Von der Staatsanwaltschaft Marburg, dem Generalstaatsanwalt Frankfurt und dem Oberlandesgericht wurden die Klageerzwingungsverfahren des Schwinge-Opfers Anton Reshny abschlägig beschieden.

Karrieren ehemaliger Wehrmachtsrichter sind in der BRD häufig:

1964 wurde Matthias Hoogen Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, CDU-Abgeordneter war er bereits seit 1949. Hoogen war Kriegsgerichtsrat bei der Luftwaffe und Oberstabsrichter der Kurlandarmee, u.a. verantwortlich für das Todesurteil gegen den Deserteur Felix Stolz vom 24. April 1944, vollstreckt am 18. Juli 1944.

Gerhard Gaul (1902-1982) wurden drei vollstreckte Todesurteile nachgewiesen, wegen Fahnenflucht, Wehrmittelbeschädigung und Disziplinlosigkeit, vollstreckt in den Jahren 1942 und 1943. Seit 1967 war Gaul Justizminister Schleswig-Holsteins, später CDU-Wirtschaftsminister. Ihm wurde das Große Bundesverdienstkreuz und die Ehrenbürgerschaft der Stadt Leipzig verliehen.

Ernst Kanter. Jahrgang 1895, war be-

rüchtigt. Im Oberkommando des Heeres am Aufbau der Militärjustiz beteiligt, wurde er Mitglied des 2. Senats des Reichskriegsgerichts. Seit Februar 1942 waltete er als oberster Kriegsrichter in Dänemark, unter seiner Leitung wurden 103 Dänen hingerichtet. Kantner persönlich hat 12 Todesurteile gegen deutsche Soldaten zu verantworten. Nach dem Krieg: Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium, seit 1958 Vorsitzender des 3. Staatsschutzsenates des Bundesgerichtshofes.

Kein Wehrmachtsrichter wurde verurteilt. Die Richter stellten der BRD sechzehn Landgerichtsdirektoren, drei erste Staatsanwälte, zehn Senatspräsidenten, drei Gerichtspräsidenten und zwei Bundesrichter.

Hauptsächlich werden im Rotbuch die Schicksale einzelner Deserteure geschildert. Motive von Fahnenflüchtigen liegen nicht immer an der Oberfläche, den



Deserteure wurden in der deutschen Wehrmacht standrechtlich erschossen.

Akten der Henker sind sie kaum zu entnehmen. Fahnenflucht als politisch bewußter Widerstand war eher selten.

Etwa der österreichische Landarbeiter Franz Mattersberger, der vor seiner Desertion durch antideutsche und zersetzende Äußerungen auffiel; die gemeinsam flüchtigen Otto Eulenstein und Kurt Henschel, die bei ihrer Festnahme sowjetische Propagandaflugblätter bei sich trugen. Es werden einige Fälle von hochgradig begabten Deserteuren dargestellt, was etwa das Fälschen von Ausweis- und Lebensmittelkarten anging.

Haase ist ein liberaler, pazifistischer Autor. Er stellt etwa die These auf, die Linke würde sich nicht mit dem Thema beschäftigen, da Deserteure als Feiglinge verschrien seien und dies dem linken Heroismus abträglich wäre, der ebenfalls militaristische Züge aufweise, was an der Bezeichnung „Rotfrontkämpferbund“ deutlich würde. Dennoch ist sein Buch streckenweise sehr spannend und unterhaltsam. — (zww)

### „Politikvermittlung und politische Führung“

Wolfgang Schäuble, Kanzleramtsminister seit 1984, schrieb den Aufsatz „Erfolgreich regieren“, der sich mit politischen Maßnahmen zur Überwindung von Differenzen im Regierungslager und der Unterdrückung oppositioneller Auffassungen allgemein befaßt.

„Die Regierung der Koalition der Mitte sieht sich mit einem auffallenden Widerspruch konfrontiert: breite und wachsende Zustimmung in der Bevölkerung zu den realen Ergebnissen ihrer Politik und gleichzeitig erhebliche Kritik — auch und gerade aus den Reihen der eigenen Anhänger — an dem Erscheinungsbild dieser Politik.“ Schäuble zählt zu den Kritikern der Regierungspolitik nicht die an Arbeiterinteressen orientierte Opposition. Für ihn sind die Grünen ein gerade noch zu akzeptierender Gegner. Ihm geht es um Einheit: „Streit widerspricht dem Harmoniebedürfnis der meisten Menschen, aus dem sich etwa eine Grundneigung für große Koalition oder Allparteienregierungen erklärt ...“

Er behauptet, daß die Politik gegen Interessen unterer Einkommen kaum auf ernsthafte Kritik stößt — woraus allgemeine Zustimmung abzuleiten sei: „Wer zustimmt, hat normalerweise wenig Anlaß, sich überhaupt zu äußern, weswegen eine schweigende Mehrheit, so es sie jeweils gibt, immer eine zustimmende ist — und andernfalls eben keine schweigende ... Das gilt auch für die eigenen Reihen der jeweiligen Regierungsmehrheit ... Dabei fällt zusätzlich ins Gewicht, daß zumindest kurzfristige Medienbetrachtungen aus den eigenen Reihen derjenige sehr viel leichter findet, der mit originären und originellen, also von der offiziellen Linie abweichenden Beiträgen auffällt.“

Er spricht sich außerdem gegen „Basisdemokratie“ aus und bevorzugt das System der repräsentativen Politik: „Die Zustimmung der Wählermehrheit ist nicht für die einzelnen Entscheidungen und zu jedem Zeitpunkt erforderlich, sondern sie gilt als Entscheidungsmandat für eine ganze Legislaturperiode ... Regierungssystem und Wahlrecht jedenfalls machen in der Bundesrepublik Deutschland Regierung und Mehrheit tendenziell besonders anfällig für Widerspruch in der öffentlichen Meinung ... Im übrigen hat uns ein Übermaß an Zustimmung für Regierende in Deutschland in diesem Jahrhundert jeweils nicht sehr viel Gutes gebracht.“

Schäuble ermittelt Flügelinteressen, die hauptsächlich verschiedene Wahlschlappen zu verantworten hätten: „Aufgabe der Politikvermittlung ist es dabei, die Perspektive auf Erhalt und Wiederengewinnung der Mehrheit gegen alle zentrifugalen Tendenzen offenzuhalten ... Daran gemessen, arbeitet die Regierung Kohl seit dem Herbst 1982 erfolgreich.“

Schlußendlich frohlockt er, daß die reaktionäre Politik dieser Regierung erfolgreich bleiben wird: „Angesichts ihres unbestreitbaren Erfolges bei der Lösung schwieriger Aufgaben ist der innere Zusammenhalt der die Majorität bildenden Koalition in diesen Jahren trotz aller Diskussionen eher gewachsen ... und die Mehrheitsfähigkeit für die nächste (Legislaturperiode, d. Red.) nahezu uneingeschränkt positiv beurteilt werden.“

W. Schäuble, Erfolgreich regieren, in: Die politische Meinung, Nr. 242 — (mal)

## Sozialpolitisches Programm des DGB

Seit Oktober 1988 existiert der Diskussionsentwurf für ein neues sozialpolitisches Programm des DGB. Die Ausarbeitung dieses Entwurfs basiert auf der Beschlußfassung des letzten Bundeskongresses aus dem Jahre 1986.

Der sozialpolitische Ausschuß des DGB stellt den Entwurf vor der Beschlußfassung des nächsten Bundeskongresses des DGB zur Diskussion. Die damalige Beschlußfassung war u.a. mit der Feststellung verbunden, daß die derzeit noch gültigen Vorstellungen des DGB keine ausreichende Verankerung in der Mitgliedschaft gefunden hätten.

Der neue Entwurf leistet eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Sozialpolitik leider nur in Bezug auf sehr allgemeine Kriterien, also in etwa mit den Begriffen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Ellbogengesellschaft. Die Lebenslage der einzelnen Lohnabhängigen und ihrer Angehörigen differenziert nach Einkommensklassen erfährt keine detaillierte Analyse.

Insofern die Wirkungen der Politik der Bundesregierung und der Arbeitgeberverbände auf die Bedingungen der Arbeit und die Tätigkeit der Sozialversicherungen (z.B. Gesundheitsreform) nicht ausreichend verarbeitet sind, bietet der Entwurf Ansatzpunkte für Kritik. So gibt es beispielsweise zwar ein Kapitel „Arbeitszeitverkürzung und Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses“, jedoch keine Aussagen zu den Aufgaben gewerkschaftlicher Politik zur Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses.

D.h. keineswegs, daß nicht eine Reihe sinnvoller Forderungen erhoben und auch wohl begründet sind. Es bedeutet, daß der Entwurf in seinen einzelnen Abschnitten zu wenig Anhaltspunkte liefert für eine auch betrieblich begründete Gewerkschaftspolitik. Die Lage der Belegschaften sozial betrachtet, einschließlich der Wirkungen der Tätigkeit der Sozialversicherungen z.B. im Hinblick auf Frühverrentungen oder der immer mehr ansteigenden Form von zeitlich befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten mit allen Problemen, die dies auch für die betriebliche Interessenvertretung hervorruft, wird nicht erörtert. Stellungnahmen gewerkschaftlicher Körperschaften sind erforderlich. — (brr)

## Lohndaten

# WSI zu Lohnstruktur und Lohnflexibilisierung

Im folgenden werden zwei Untersuchungen besprochen, die beide in den WSI Mitteilungen 10/88 veröffentlicht wurden. Zum einen die Untersuchung „Lohnstruktur und Lohnflexibilität — eine empirische Analyse“ von Martin Koller, Mitarbeiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Zum anderen die Untersuchung „Flexibilisierung der Lohnstruktur: Eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Sackgasse“ von Rudolf Welzmüller, der am WSI wissenschaftlicher Referent ist.

Die erste Untersuchung setzt sich mit folgenden Behauptungen und Zielen der Kapitalisten auseinander:

- Die Löhne müssen stärker nach Branchen, Regionen und Qualifikationen differenziert werden, so seien Arbeitslose besser vermittelbar;

- die „marktwidrige Nivellierung“ der Löhne zerstört die Indikator- und Lenkungsfunction der Lohnstruktur;

- die stärkere Spreizung der Löhne zugunsten der Facharbeiter und zu Lasten der unqualifizierteren Tätigkeiten vermindert den hohen Anteil von ungelerten Arbeitslosen;

- Verbesserung der Konkurrenzsituation, Schaffung interner Leistungsanreize, Verhinderung von Bummellei, innerbetriebliche Umschichtungen.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit dem Lohngefälle zwischen den Regionen, innerhalb der Regionen und der Entwicklung dieser regionalen Lohnstrukturen. Sie geht nicht nur von den traditionell ausgewählten Lohnstatistiken aus, die nur den Stundenlohn oder

Wochenlohn mit der Annahme der ganzjährigen Beschäftigung hochrechnen. Diese Annahme trifft nicht zu. Dadurch wird deutlich, daß die Streuung der Durchschnittsverdienste über die Regionen wesentlich größer ist, als bisherige Analysen vermuten lassen.

Bei den regionalen Lohndifferenzen schwingen natürlich die Lohndifferenzen einzelner Personengruppen und betriebliche Merkmale im Hintergrund mit: Der Frauenerwerbsanteil, Teilzeitquoten, Alters- und Qualifikationsstruktur, Betriebsgrößen und Branchenstruktur.

1986 wurde ein durchschnittlicher Tagesverdienst von 96 DM erzielt. Es gibt inzwischen viele Arbeiter, die mehrere Beschäftigungsverhältnisse haben. Nur zwei Drittel der Arbeitnehmer sind ganzjährig beschäftigt und auf fünf Arbeitnehmer kommen sechs Arbeitsverhältnisse. 1986 war der Bruttoverdienst je Beschäftigungsverhältnis 26687 DM, der tatsächliche Bruttojahresverdienst pro Kopf 30816 DM. Wird ein ganzjähriges Beschäftigungsverhältnis vorausgesetzt (wie bei den üblichen Statistiken), statt wie hier tatsächlich 321 Tage, so wären es 35040 DM.

Vergleicht man die Verdienste von Männern und Frauen, die nur in Vollzeit beschäftigt sind, so bleibt eine Lohndifferenz von 32% beim Tagesverdienst und 34% beim Jahreslohn. Die alte Lohndiskriminierung. Die Entwicklung seit 1980 zeigt hier keinerlei Verbesserung. Die Differenzierung nach dem Alter: Die Einkommen steigen mit zunehmendem Alter auf das 3,5-fache der Löhne der Jugendlichen unter 20 Jahren.



Zu den niedrigen Nettolöhnen tragen die regional stark differierenden Lohnunterschiede und untere Eingruppierungen wesentlich bei.

das Dreifache wird derzeit schon mit 25 bis 29 Jahren erreicht, der Spitzenverdienst von 40- bis 44-jährigen und danach eine leichte Absenkung. Hier kommt vor allem auch die durchschnittliche Dauer der Beschäftigung zum Tragen.

Von erheblicher Bedeutung sind die Unterschiede zwischen den Branchen: Im Energie- und Bergbaubereich und im Versicherungs- und Kreditwesen sind die Verdienste am höchsten. Sie sind wesentlich höher als im verarbeitenden Gewerbe, im öffentlichen Dienst, im Bausektor und im Handel. Am niedrigsten sind die Löhne nach wie vor in der Land- und Forstwirtschaft.

Hinter den unterschiedlichen Branchenstrukturen verbergen sich häufig Betriebsgrößeneffekte: So wird in Großunternehmen deutlich mehr an Lohn gezahlt als in Klein- und Mittelbetrieben.

Die zweite Untersuchung belegt mit Bedauern, daß es den Gewerkschaften seit 1974 tarifpolitisch nicht gelungen ist, die Spanne zwischen obersten und untersten Verdiensten zu verengen. So betrug im öffentlichen Dienst 1974 die Relation 136,4%, 1987 134,8%. Es hat also keine Nivellierung stattgefunden und es hat keine Verschiebung zugunsten der unteren Einkommen gegeben.

Als tarifpolitische Beispiele, die die Lohnstruktur betreffen werden genannt:

— Bei VW wurde 1979 ein Tarifvertrag über Lohn differenzierung vereinbart, der die bisher 28 Lohngruppen auf zwölf Lohnniveaus reduzierte. Es wurden insbesondere die innerhalb der Lohngruppen noch bestehenden Lohnstufen beseitigt. Allerdings betrug die Differenz zwischen oberster und niedrigster Gruppe 46,1% und reduzierte sich nur auf 45,8%.

— Bei Vögele Mannheim wurde ein „Gemeinsamer Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte“ vereinbart. Kriterium für die Eingruppierung ist nun die Qualifikation.

— Im Tarifbereich der chemischen Industrie wurde 1987 ein einheitlicher Entgelttarifvertrag abgeschlossen. Die Einkommensdifferenzierungen werden nicht eingeeengt. Für neu eingestellte Angestellte kann sogar eine ausgeweitete Differenzierung nach unten stattfinden. Die nun gültige Anzahl der Entgeltstufen ist in einigen Tarifregionen größer als die Zahl der bisherigen Lohn- und Gehaltsstufen.

Die Tatsache, daß in der Lohnpolitik noch viel durch die Tarifverträge festzulegen ist, wird von den Kapitalisten zunehmend unterlaufen. Durch die Ausweitung der Teilzeitarbeit, verbunden mit der Produktivitätspolitik der Intensivierung und durch die Variation der Arbeitszeit- und Arbeitsvertragsgestaltung (Zeitverträge, Leiharbeiter).

In der ersten Untersuchung wird auf-

gezeigt, daß nach wie vor ein starkes regionales Lohngefälle besteht. Die regionalen Durchschnittswerte hängen von der Auswahl und der Größe der für den Vergleich gewählten Gebietseinheiten ab. Auf der Basis der 179 Arbeitsmarktregionen ergeben sich Unterschiede in den durchschnittlichen Jahresverdiensten, die in den Extremen bis zum Verhältnis 1:2 streuen. Für Wolfsburg und Düsseldorf wurde ein Index von 130 errechnet, für Rothenburg ob der Tauber und Cham dagegen nur Werte von 64 bzw. 58. Als Durchschnittstageslöhne in den Kreisen wurden errechnet: Wolfsburg 124 DM, Leverkusen und Ludwigshafen 118 DM, München 113 DM, Erlangen und Düsseldorf 111 DM, dagegen im Oberrhein 79 DM, Schweinfurt, Schleswig und Flensburg 77 DM, Neustadt/Aisch, Regensburg und Passau 76 DM, Pirmasens 74 DM und Cham 73 DM.

Zu den Gebieten mit relativ hohen Lohnsätzen gehören die Ballungsgebiete im Rhein-Ruhrgebiet, Rhein-Mainge-



Frauen mit Vollzeitarbeitsplatz erhalten 34% weniger Lohn als Männer.

biet, Großraum Stuttgart, München, Bremen, Hamburg, Hannover und Helmstedt. Am anderen Ende der Skala rangieren die seit langer Zeit als strukturschwach gekennzeichneten Gebiete: Südosten und Norden von Bayern, Westmittelfranken, Alpenvorland, Emsland, Nord-Niedersachsen, Ostholstein und Trier und Pirmasens. Die Durchschnittsverdienste hängen auch von den Regionstypen ab, von den strukturellen Gegebenheiten wie Branchenstruktur und Zentralität. Nach wie vor sind die Verdienstmöglichkeiten auf dem Lande geringer als in den Städten und Ballungsgebieten. Es gibt ein Gefälle von „Innen nach Außen“. In den peripheren Regionen liegen die Lohnsätze etwa um 20%

niedriger. Keinerlei Anzeichen also für den behaupteten Trend zur Lohnnivellierung.

Die zweite Untersuchung bemängelt, daß die Fragen der Lohnstruktur in der öffentlichen sowie auch in der wissenschaftlichen Diskussion üblicherweise nur im direkten Zusammenhang mit der Tariflohnpolitik erörtert werden. Doch daneben treten noch folgende Einflüsse: Die Einstufung in verschiedene Lohn- und Gehaltsgruppen ist in hohem Maß auch von den jeweils herrschenden Arbeitsmarktbedingungen abhängig. Vor allem ist das Einkommen abhängig von der Erreichbarkeit, der Dauer und der Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse — möglicherweise noch in höherem Maß als von Lohnsatzvariationen.

Zur Funktion der Lohnunterschiede werden in der Untersuchung angeführt: Lohnunterschiede sind ein Lohnsenkungsinstrument, das erreichen soll, daß die produktiven Sektoren der Wirtschaft die benötigte Anzahl Arbeiter erhalten. Desweiteren soll erreicht werden, daß am Arbeitsplatz die optimale Leistung erbracht wird.

Die Behauptung, daß die Absenkung der Löhne eine zusätzliche Nachfrage erzeugt, stimme nur für den Bereich der konsumbezogenen Dienstleistungen (wie z.B. Zunahme der Haushaltshilfen wie derzeit in den USA). Das fördere aber nur vorindustrielle Tätigkeiten und weitet Erwerbstätigkeit unterhalb der Armutsschwelle aus.

Eine Chance für eine bessere Position auf dem Arbeitsmarkt sieht die Untersuchung in der Ausweitung der Qualifikation. Die Unternehmer verfolgen derzeit eine Doppelstrategie: Einerseits weitere Qualifikation nur für bestimmte Beschäftigtengruppen und andererseits die Schaffung von billigen flexiblen Randbelegschaften durch weitere Lohn differenzierung nach unten, rapide Zunahme von unsteten Arbeitsverhältnissen.

In der Untersuchung wird es als sinnvoll erachtet, eine weniger differenzierte Lohnstruktur anzustreben. Es sollte aber soviel an Differenz erhalten bleiben, daß einerseits eine gewünschte Verteilung der Arbeitskräfte auf Branchen und Qualifikationsstufen und andererseits die Arbeitsproduktivität erhalten bleiben.

Es wird als Vorteil angesehen, daß durch die technische und arbeitsorganisatorische Umstrukturierung zur Erhaltung und Erhöhung der Produktivität Formen der Arbeitsteilung entstehen, die weniger zersplittert sind.

Eine Politik zur Verringerung der Unterschiede in der Lohnstruktur habe nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie verknüpft werde mit verstärkter Arbeitsmarktpolitik, verstärkter Qualifizierung und gewerkschaftlich orientierter Produktions- und Arbeitspolitik. — (AGM/reg)



## „Kassiert bei Benz, nicht bei uns!“

*Mannheim.* Gegen den nochmaligen Protest von etwa 600 Demonstranten verabschiedete der Gemeinderat am 23.2. einen „Nothaushalt“ für 1989. Ursprünglich sollte ein Doppelhaushalt verabschiedet werden. Statt zwei dauerten die Haushaltsberatungen vier Tage. Die Demonstration stand unter dem Motto: „Kassiert bei Benz, nicht bei uns!“ Der DGB und auch die ÖTV konnten sich immer noch nicht entschließen, die Demonstration offiziell zu unterstützen, obwohl die Haushaltsberatungen eine totale Einstellungssperre und Streichung der Honorargelder für Aushilfen brachten. Das politische Ergebnis der Beratungen ist für die Opposition wenig erfreulich: Die Grünen verschafften der SPD die Möglichkeit, von der Erhöhung der Gewerbesteuer von 395 auf 430 Punkte abzurücken, indem sie ihre Zustimmung dazu von einer teilweisen Rücknahme der sozialen Streichungen abhängig machten. So einigten sich SPD und CDU auf 413 Punkte, die Grünen stimmten gegen die Erhöhung, und eine Rücknahme wurde nur in einem Punkt ebenfalls von SPD und CDU gemeinsam beschlossen. — (tht)

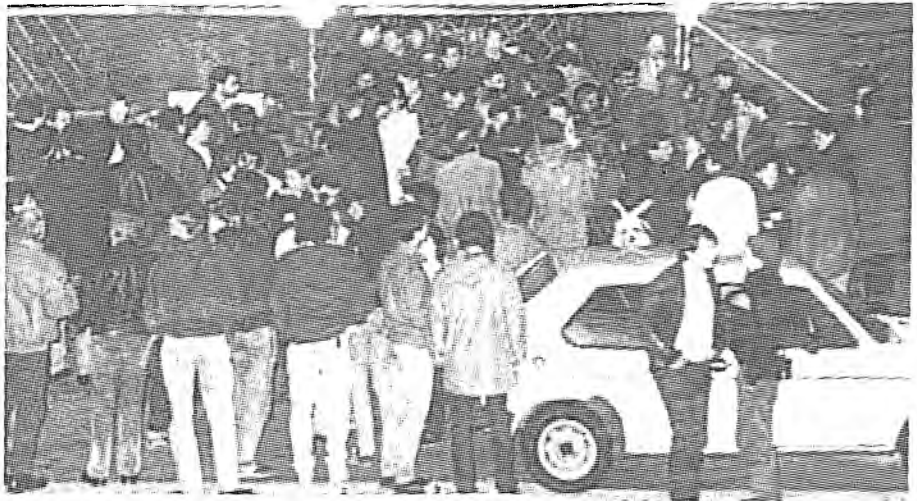
## Grüner Parteijugendverband in Schleswig-Holstein gegründet

*Schleswig/Bad Oldesloe.* Bundesweit treffen sich seit geraumer Zeit unregelmäßig „grün-alternativ-bunt-autonome“ Jugendgruppen (das sogenannte „gaba“-Spektrum). Besonders linke Gruppen (KB-Jugend, „Maulwurf“) setzen sich darin gegen die Gründung einer offiziellen grünen Parteijugend ein; sie wollen ein offenes linkes Jugendbündnis.

In der letzten Zeit werden aus grünen Partei- und grünlichen Jugendkreisen aber doch die Stimmen lauter, der Grünen Partei ihre eigene Jugendorganisation zu schaffen. In Schleswig-Holstein hat nun am 19. Februar erstmals eine grüne Landesdelegiertenkonferenz einen offiziellen Landesjugendverband aufgenommen, die vor einiger Zeit gegründete Grün-Alternative Jugend. Die GAJ hat rund 100 Mitglieder und arbeitete in der letzten Zeit landesweit auch in Bündnissen mit Jugendlichen aus dem BWK u.a. zusammen. Sie möchte gegen die „Erstarrung“ der Grünen Partei arbeiten.

Sicherlich positiv, daß damit im Jugendbereich ein erster Schritt getan ist gegen eine Verklumpung verschiedenster linker Strömungen mit verschiedenem Klassenbezug unter grüner Hegemonie, wie es sie vor und während der Entstehung der Grünen Partei ja gegeben hat.

Die eigenständige Organisierung grüner Jugendlicher schließt ja Bündnisse mit revolutionären Kräften nicht aus, fördert sie eher. — (uga)



Innerhalb einer Woche fanden in Leverkusen und Köln zwei Veranstaltungen der Republikaner statt. Die Veranstaltung in Leverkusen konnte verhindert werden. In Köln verlegten die Republikaner kurzfristig ihre Mitgliederversammlung ins „Alt Köln“. Das nutzte aber nichts: 500 Antifaschisten versammelten sich und protestierten gegen die Republikaner. — (jöd)

## Stadt gegen Betätigungsverbot für Cengiz Yürü

*Nürnberg.* Nach längerem Taktieren will die Stadt Nürnberg nun davon absehen, gegen Cengiz Yürü, einen Nürnberger türkischer Nationalität, Sanktionen wegen seiner politischen Betätigung zu verhängen. Dies teilte der Oberbürgermeister dem Innenminister mit. Auf ministerielles „Ersuchen“ hatte die Ausländerbehörde ein Verbot der politischen Betätigung und eine Einschränkung des Aufenthalts auf den Bezirk Mittelfranken angedroht. Der breite Protest hatte Ende Januar seinen sichtbaren Höhepunkt in einer Protestveranstaltung des DGB gefunden: „Ob Türke, Italiener ... oder Deutscher — wir lassen keinem die politische Betätigung verbieten.“ Zu einer Rüge des Ausländeramts konnte sich die SPD nicht durchringen. Das schränkt die politische Wirksamkeit des erzielten Erfolges ein. Abzuwarten bleibt, ob und wie das Innenministerium reagieren wird. — (mas)

## Schönhuberbuch Herstellung verweigert

*Westberlin.* Kollegen des zum Springerkonzern gehörigen Ullsteinverlages haben sich geweigert, eine Neuauflage von Schönhubers Buch „Ich war dabei“ als Taschenbuch herzustellen. In dem Buch verherrlicht Schönhuber seine SS-Vergangenheit. Den 42 Kollegen wurden zunächst arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht. Dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Westberlin, Galinski, hatte der Verlag auf seinen Protest hin geschrieben, es handele sich um ein Dokument der Zeitgeschichte. Heinrich Lummer wollte das Urteil über das Buch dem mündigen Bürger überlassen. Inzwischen hat die Verlagsleitung sich

nach einer Gesellschafterversammlung entschlossen, einen Materialband über das Für und Wider des Buches herauszubringen und die Taschenbuchausgabe von Schönhubers Erguß an den Münchner Herbig Verlag delegiert. — (chk)

## Erfolgreiche Demonstration gegen NPD

*Göttingen.* Am 17.2. demonstrierten in Nordheim zwischen 1500 und 2000 gegen die Kreisversammlung der NPD in einem städtischen Saal. Die NPD sagte die geplante Veranstaltung kurzfristig ab, die Gegenveranstaltung fand trotzdem statt. Im Kern richtete sich die Demonstration gegen die steigenden Aktivitäten von Faschisten aller Schattierungen. Initiiert wurde die Demonstration vom antifaschistischen Arbeitskreis Nordheim, heraus kam ein breiter antifaschistischer Zusammenschluß örtlicher Gruppen (Grüne, ev. Jugend, Verein Ausländer und Deutsche, Jusos, Schülervertreter und Einzelpersonen), dem sich nach etwas Zögern auch DGB und SPD anschlossen, die dann viele ihrer Mitglieder mobilisierten. Geredet haben u.a. der Bürgermeister und der Landrat (beide SPD). Die SPD Nordheim fordert ein Verbot der NPD, der FAP, der Republikaner und anderer faschistischer Organisationen. Bürgermeister Tölle stellte fest, daß die Unterschiede zwischen NPD und FAP nur mikroskopisch klein seien. Erst Ende Januar hatte es in Nordheim eine NPD-Veranstaltung zur Europawahl gegeben, bei der die FAP den „Saalschutz“ übernahm. Gegenüber der Situation von vor zwei Jahren, als Faschisten Überfälle auf türkische Jugendliche durchführen konnten, markiert die Demonstration einen wichtigen politischen Fortschritt. — (kek)

## Kommunalwahlkampf in Frankfurt

## Forderungen an die Kommune gehen unter

Direkt nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses von Westberlin, ca. sechs Wochen vor den Kommunalwahlen in Hessen, geht die CDU in die Offensive. Umfragen im November sagten ihr für Frankfurt den Verlust der Macht und ein Stadtparlament mit SPD und GRÜNEN an der Spitze voraus. Wesentlich dazu beigetragen habe die nicht enden wollende Aufdeckung von Korruption der Frankfurter Stadtverwaltung. Inzwischen kriegte die CDU Oberwasser: Nach rechts hin abgedeckt durch die NPD, die mit Unterstützung von Freys DVU mehrfach Massenwurfsendungen in Frankfurter Briefkästen tätigte, hat sie „Ausländer und Scheinasylanten“ zum Thema Nr. 1 erkoren.

Offiziell schätzt man in Frankfurt 20000 Wohnungssuchende, so viele sind

Frankfurt beschäftigt sind, zu denen, die in Frankfurt wohnen, beträgt fast 1:1.

Diese Situation steht in krassem Widerspruch zu dem Wahlmotto der CDU „Unser Frankfurt, eine Stadt fürs Leben“. Die propagandistische Lösung dieses Widerspruchs ist laut CDU: Keine weiteren „Scheinasylanten“. Die tatsächliche und naturwüchsige „Lösung“ aber ist die Vertreibung derer aus Frankfurt, für die die Mieten z.B. die Grenze der Bezahlbarkeit überschritten haben. Zum Beispiel für Frankfurter mit ausländischer Staatsangehörigkeit: War man bisher von einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 25% ausgegangen, hat die Volkszählung jetzt ergeben, daß trotz fast richtig errechneter Bevölkerung der Ausländeranteil nur 20,3% beträgt, in absoluten Zahlen: statt 144810

sozialen Sicherung muß für jeden einzelnen Anreize schaffen, sich wirtschaftlich vernünftig zu verhalten ...“ Die CDU hat diese Linie in ihrem Kommunalprogramm: „Die CDU tritt ein für die Stärkung von Eigenverantwortung und Gemeinschaftsbewußtsein ... Nicht jede Aufgabe innerhalb der Stadt muß von der öffentlichen Hand übernommen werden.“ Die bisherige CDU-Magistratspolitik zeigt, welche Aufgaben von der „öffentlichen Hand“ übernommen werden und welche nicht. Zum Beispiel: Verkauf von städtischem Grundbesitz zum Bau eines Bürohochhauses mit millionenhoher Schadenshaftung, im Falle daß nicht rechtzeitig alle Bauhindernisse aus dem Weg geräumt sind. Nicht jedoch: Nutzung und Vergrößerung städtischen Eigentums zur Befriedigung eines Grundbedürfnisses an preiswertem Wohnraum. In dieser Richtung läßt auch das Programm der SPD nichts erwarten, die sich im wesentlichen auf die Verantwortung des Bundes beruft. Eher schon das der GRÜNEN, die den genossenschaftlichen Wohnungsbestand erhalten und erweitern wollen.

Die Kandidatur faschistischer Organisationen hat antifaschistische Kräfte in Frankfurt zu Ansätzen einer Bündnispolitik veranlaßt. Forderungen für eine antifaschistische Kommunalpolitik wurden aufgestellt. Bisher wenig ermittelt wurden konkrete soziale Interessen, an denen die NPD verstärkt anknüpft, um sie faschistisch zu wenden.

(Quellen: IHK-Mitteilungen, 15.2.89; versch. Ausgaben der FR; Kommunalwahlprogramme) — (udi)



beim Wohnungsamt registriert. Da die Bedingungen für die Aufnahme in die Liste der Wohnungssuchenden kürzlich verschärft wurden, gehen Stadtteilinitiativen von etwa 40000 aus. Der Anteil der Miete am Nettoeinkommen wird von einem der größten Makler mit 39% angegeben. Bei der Wohnungsfrage treten die Widersprüche zur Stadtplanung hervor. Zehn Hochhäuser sollen in den nächsten drei Jahren in Innenstadtnähe entstehen — für Büroräume, Hotels u.ä. — der Neuzugang von städtisch gefördertem Wohnraum hingegen sinkt von 1299 Einheiten 1984 auf 310 Einheiten 1987 und 400 1988. Gleichzeitig gibt es einen im Verhältnis zum Bund überdurchschnittlichen Zuwachs an Arbeitsplätzen (1977-87 10,5%, Bund 1,7%) und das Verhältnis von Menschen, die in

leben nur 125410 ausländische Menschen in Frankfurt.

Das Problem der Wahlkampfdebatte liegt sowieso darin, daß sie einseitig um die Frage „kommunales Wahlrecht für Ausländer“ — nein (CDU und FDP) oder ja (SPD und GRÜNE) geführt wird. Ganz ins Hintertreffen geraten sind Fragen nach kommunalen Leistungen für jene, die sie benötigen — egal ob Ausländer oder nicht. Bedürfnisse werden angemeldet, aber von Seiten der Kapitalisten. IHK-Präsident Messer formulierte sie zuletzt nachlesbar anläßlich des Jahresempfangs der IHK: „Die Ethik der Generationenhaftung bedeutet Verzicht auf Verschuldung zu Lasten der Nachfolger — und zugleich mehr persönliche Verantwortung und weniger Wohlfahrtsstaat. Eine Neuordnung der

### Bosch/Türkei

## Arbeitergelder für Expansion

Stuttgart. Die wirtschaftliche Eroberung der Türkei steht für die Robert Bosch GmbH und die Daimler-Benz AG als Schwerpunkt fest. Daimler-Benz: In der Stadt Akaray in der Mitte Anatoliens hat der Konzern inmitten eines ländlichen Gebietes die modernste Fabrikationsanlage der Türkei hingestellt. In Akaray sollen 3600 Lastwagen, 600 Unimogs, 1200 Geländewagen und etwa 600 Dieselmotoren gefertigt werden. Damit will Daimler-Benz die Nummer eins auf dem türkischen Lkw-Markt werden. Die Robert Bosch GmbH vergrößert die Produktionskapazitäten in der Stadt Bursa zum zweiten Mal, die Fertigungsfläche soll 1990 das Siebenfache der Fläche von 1985 betragen.

Seit dem Militärputsch von 1980 machen Daimler-Benz und Bosch glänzende Geschäfte. Die Erklärung des Booms liegt im Export in den Nahen und Mittleren Osten (Golfkrieg), in der Aufrüstung des türkischen Militärs, im wachsenden Tourismusgeschäft und im steigenden

Konsum der sich bereichernden, besitzenden Klassen in der Türkei. Die Stundenlöhne der Arbeiter sind mit 4,40 DM einschließlich Lohnnebenkosten bei ausgebildeten Fachkräften extrem niedrig. Die Wirtschaftspolitik Özals, Abbau von Zöllen und Begünstigungen ausländischer Investitionen, findet den Beifall der bundesdeutschen Manager. Die Robert Bosch GmbH vermerkt dazu: „Die Türkei wurde für Auslandsinvestitionen attraktiv.“

Die CDU-Landesregierung Baden-Württembergs unterstützt nach Kräften die Expansion in Richtung Türkei. Im Haushalt wird dies als „Entwicklungshilfeprojekt“ ausgewiesen. Zum Beispiel wird damit ein Technisches Gymnasium in Istanbul finanziert. 48 Jugendliche werden dort in Elektronik, Steuer- und Regeltechnik ausgebildet — natürlich auf Deutsch. Außerdem bezuschusst die Landesregierung Kurse der Robert Bosch GmbH, in denen rückkehrwillige türkische Arbeiter im Diesel- und Elektronikbereich geschult werden. Diese Arbeiter sollen dann in der Türkei dazu beitragen, das Kundendienstnetz der Robert Bosch GmbH sprunghaft zu vergrößern. Dafür brauchen die Rückkehrer aber nicht nur Kenntnisse in Elektronik, sondern auch ein „Startkapital“, um die Bosch-Werkstatteinrichtung kaufen zu können. Ersparnisse und die eingezahlten Rentenversicherungsgelder werden für solche Investitionen wohl draufgehen.

Quellenhinweis: Werkszeitung Bosch-Zünder 5/88; Geschäftsberichte. — (ros)

## ÖTV

### Aktionen zur Tarifverhandlung

*München.* In der letzten Woche protestierten in den städtischen Krankenhäusern Schwabing, Bogenhausen, Harlaching und am Uniklinikum Großhadern ÖTV-Mitglieder und andere Lohnabhängige für ihre gewerkschaftlichen Forderungen. Bislang hat davon die örtliche Presse allerdings noch nicht so richtig Notiz genommen. In den Wochenendausgaben fanden sich über die örtlichen Versammlungen und öffentlichen Aktionen nur dürftige Meldungen.

Im größten städtischen Krankenhaus, Schwabing, hat der Personalrat am Donnerstag, den 23. Februar, um 8 Uhr zu einer ordentlichen Personalversammlung eingeladen. Tagesordnungspunkte: die Stellensituation und die Tarifverhandlungen. Die Versammlung war wegen der Brisanz der Themen mit über 500 Beschäftigten — vorwiegend aus dem Pflegebereich, mehrheitlich Krankenschwestern und Pfleger, vereinzelt auch Ärzte — gut besucht. ÖTV-Mitglieder brachten auf Stelltafeln ihre Forderungen zum Ausdruck. Da wurde eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedin-

gungen gefordert und darauf aufmerksam gemacht, daß die Stellensituation unakzeptabel war. Alles Forderungen, die auch bei der großen Demonstration der ÖTV im November 1988 eine Rolle gespielt haben.

Der Personalratsvorsitzende W. Lusar legte den Schwerpunkt in seiner Rede auf die Stellensituation, die noch nie so schlecht in den letzten Jahren gewesen sei. Über 50 offene Stellen könnten nicht besetzt werden. Die Fluktuation nehme weiter zu. Bei diesen Ausführungen wurde deutlich, daß offensichtlich qualifizierte Leute, sofern sie in diesem Ausmaß überhaupt vorhanden sind, nicht mehr bereit sind, unter diesen Arbeitsbedingungen und mit der schlechten Bezahlung im Krankenhaus zu arbeiten. W. Lusar kritisierte dann die Haltung des städtischen Personalreferenten Dr. Frieling, dessen Dienststelle bisher nicht bereit sei, die Ansprüche der Beschäftigten für Wege- und Umkleidezeiten nach Paragraph 15/7 BAT zu erfüllen. Mit einer Unterschriftensammlung unter einen Brief an den Personalreferenten soll den Forderungen der Beschäftigten Nachdruck verliehen werden. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts ist schon im September 1988 verkündet worden, und bisher erfolgte von der Stadt noch keine Reaktion.

Der ÖTV-Vertrauensleutekörper des Schwabinger Krankenhauses brachte in die Personalversammlung eine Resolution zu den Tarifverhandlungen ein, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. In dieser Resolution wird eine baldige Erfüllung der Forderungen durch die öffentlichen Arbeitgeber verlangt und darauf hingewiesen, daß Umfang und Struktur der Forderungen noch verbessert werden müßten.

Am Freitag, den 23. Februar, führten die ÖTV-Vertrauensleute des Schwabinger Krankenhauses eine Aktion durch, an der sich ca. 300 Beschäftigte beteiligten (Menschenkette vom Krankenhaus bis zum Scheidplatz). Die Krankenbesucher wurden über die gewerkschaftlichen Forderungen informiert. — (ödi)

## Sitzwachen

### Dauerstreik ausgesetzt

*Würzburg.* Nach fast fünfwöchiger Dauer haben die Sitzwachen an der Universitätsklinik Würzburg ihren Streik ausgesetzt. Das Streikziel, die Anhebung des vor acht Jahren festgesetzten Stundenlohnes von zehn auf 13 DM, haben sie bislang nicht erreicht.

Bereits Anfang Dezember 1988 haben sich die Sitzwächter an den Kanzler der Universität mit ihrer Lohnforderung sowie der Bezahlung eines Sonn- und Feiertagszuschlages von 1,50 DM gewandt. Dies entspricht der bundesdurchschnitt-

lichen Vergütung der Sitzwachen. Nach einem weiteren Schreiben und einem einwöchigen Warnstreik auf der Chirurgischen und der Medizinischen Intensivstation bot der Kanzler: Erhöhung des Stundenlohns um 42 Pfennig ab 1. Februar 1989 in Anlehnung an den ebenfalls vor acht Jahren festgelegten Stundenlohn an der Universitätsklinik Erlangen. Die Sitzwächter lehnten ab und beschlossen einen unbefristeten Streik auf allen Stationen unter den Forderungen:

- Anlehnung des Stundenlohns an den Krankenpflegetarif unter Berücksichtigung der tariflichen Gehaltserhöhung;
- Neudefinition des Arbeitsgebietes des Sitzwächters als Stationshelfer entsprechend der veränderten Aufgabenbelastung auf Station.

In der Würzburger Universitätsklinik arbeiten ca. 300 Sitzwachen. Sie werden nach Bedarf eingestellt als Urlaubs- oder Krankheitsvertretung oder auf unterbesetzten Stationen. Die meisten Sitzwächter sind Medizinstudenten oder ehemalige Krankenschwestern und -pfleger, die wie das feste Pflegepersonal voll im Stationsbetrieb mitarbeiten. Allein 1988 wurden durch die Sitzwächter 130000 Fehlstunden im Pflegebereich überbrückt, eine Einsparung von 70–80 Vollzeitpflegekräften.

Durch den Streik sind auf vielen Stationen Engpässe aufgetreten. Dem Pflegepersonal wurde z.T. der Urlaub gestrichen, fast überall wurden Überstunden gemacht. Operationstermine wurden abgesetzt, weil die anschließende Patientenversorgung nicht gewährleistet war. Trotz Proteste des Pflegepersonals, von Stationen, Kliniken, Gewerkschaften und Parteien erklärte sich der Kanzler nicht zu weiteren Verhandlungen bereit. Die Sitzwächter haben nun eine Petition an den Bayerischen Landtag gerichtet. Die VV der Sitzwächter hat beschlossen, falls keine neuen Angebote bis nach den Semesterferien vorliegen, den Streik fortzusetzen. — (hem)



Streik-Information für die Bevölkerung und die Vollzeit-Pflegekräfte

## Studentenbewegung

## Soziale Interessen werden kaum thematisiert

**Braunschweig.** In Niedersachsen haben wie in anderen Bundesländern seit Beginn des Semesters zahlreiche Aktionen der Studenten gegen ihre katastrophalen Studienbedingungen stattgefunden. Im Mittelpunkt stand dabei die von der bürgerlichen Öffentlichkeit als „Hochschulnotstand“ betitelte Situation: In vielen Fachbereichen und Hochschulen übersteigt die Zahl der Studierenden die der Studienplätze inzwischen um mehr als das Doppelte. Diese seit Jahren von der Politik der „Überlast“quoten herbeige-

vor Weihnachten mehr als 1000 Studenten eine Tagung der von der Landesregierung ins Leben gerufenen Strukturkommission, die — bestehend aus „unabhängigen“ Kapitalisten, Professoren, Rektoren plus Gewerkschaftsvertretern — ein Konzept in eben diesem Sinne erarbeiten soll. Hauptforderung der Demonstration war paritätische Mitbestimmung, um eine Umgestaltung der Hochschulen ausschließlich entlang den Interessen der Konzerne verhindern zu können.



führte Lage, die eben solche Überschreitungen der eigentlichen Zahl der Studienplätze vorsieht, ist für die Reaktion nicht unerwünschter Begleitumstand, sondern Bestandteil ihrer Hochschulpolitik, die wie die gesamte Bildungspolitik die Bildungsstandards senkt, gleichzeitig die Konkurrenz unerträglich anstachelt und so die Elitebildung vorantreibt.

So ist oft die Konfrontation mit den verheerenden Zuständen in Lehrveranstaltungen, Bibliotheken, Mensen usw. der Ausgangspunkt für Proteste der Studenten, und im Vordergrund stehen Forderungen nach sofortiger Abhilfe, d.h. nach mehr Personalstellen, besserer Ausstattung, Baumaßnahmen usw. Zusätzlich werden Forderungen nach tatsächlichen Mitbestimmungsrechten erhoben, um sich der vielfältigen Planungen der Landesregierung zur Umstrukturierung der niedersächsischen Hochschullandschaft erwehren zu können. So blockierten z.B. in Braunschweig kurz

Auffallend wenig ist dagegen die Rede von den sozialen Interessen. Zwar finden sich in verschiedenen von Vollversammlungen usw. verabschiedeten Forderungskatalogen auch solche nach ausreichender Studienfinanzierung oder einfach „Verbesserung der Bafög-Regelungen“ (Technische Universitäts-Vollversammlung Braunschweig), aber sie spielen eine untergeordnete Rolle und beschränken sich eben auf das Bafög.

Dabei stellt sich die soziale Lage schärfer da denn je:

— der Anteil der überhaupt vom Bafög geförderten Studenten hat den absoluten Tiefpunkt erreicht. Mittlerweile erhalten es weniger als 20 Prozent der Studierenden in der BRD und kaum die Hälfte davon den eh viel zu geringen Höchstsatz.

— Dadurch ist inzwischen mindestens die Hälfte der Studenten gezwungen, zur Sicherung des Lebensunterhaltes auch im Semester einer Lohnarbeit nachzugehen.

— Die Realeinkommen der Studierenden sind seit Jahren ständig gefallen, und bewegen sich nach den verschiedenen Untersuchungen in jedem Fall weit unter dem vom Deutschen Studentenwerk errechneten Mindestbedarf von 1000 DM. Die HIS in Hannover hatte für 1985 noch einen Wert von ca. 840 DM herausgefunden, in dem aber bereits die sogenannten unbaren Leistungen (z.B. sachliche Zuwendungen der Eltern) eingerechnet sind. In einer regionalen Untersuchung für die Technische Universität Braunschweig ist 1988 gar nur noch ein Einkommen von durchschnittlich 719 DM ermittelt worden, was damit sogar deutlich unter dem Bafög-Höchstsatz liegt!

— Hinzu kommen Faktoren wie die überdurchschnittlichen Mietsteigerungen gerade in den niedersächsischen Hochschulorten, die Auswirkungen der Blümschen Gesundheitsreform, die Studenten ab dem 14. Fachsemester bzw. ab 30 Jahren aus der studentischen Krankenversicherung aussondert u.v.a.m.

Diese Verelendung trifft die Studierenden jedoch je nach Klassenherkunft höchst unterschiedlich. Sie ist Ausdruck davon und hat zur Folge, daß die soziale Selektion im Bildungswesen an den Hochschulen ihren Höhepunkt findet: So hat sich der Anteil der Studienanfänger, deren Eltern höchstens den Hauptschulabschluß haben, bereits im Wintersemester 1986/87 im Vergleich zu 1983/84 um fünf Prozent vermindert.

Solange sich die Interessen der armen Studierenden in den Auseinandersetzungen kein Gehör verschaffen und statt der Studienfinanzierung durch Eltern und Lohnarbeit kein allgemeines und ausreichendes Ausbildungsentgelt gefordert wird, wird die Reaktion auf diesem Weg weitergaloppieren. Die geringfügigen Zugeständnisse, die der Protestbewegung gemacht wurden, betreffen fast nur die Ausstattung der Hochschulen. So hat die Landesregierung die beabsichtigten Einsparungen an den Hochschulen für 1989-91 im Umfang von ca. 88,5 Millionen DM vorerst aufgehoben.

Und während Möllemann in der Bundestagsdebatte am 18.1. gar eine Hochschulrahmengesetz (HRG) -Novellierung mit „Verbesserung der studentischen Mitwirkung“ in Aussicht stellte, bewegt sich in der sozialen Frage nichts bzw. nichts Gutes. Während die Bafög-Mittel noch einmal um fünf Millionen DM gekürzt wurden, erhöhten sich die Ausgaben für die „Begabtenförderung“ erneut um drei Millionen DM. Und auf einer Tagung im November 1988 bekräftigte der Staatssekretär des Möllemann-Ministeriums noch einmal, daß auch bei der für Juli 1990 geplanten Bafög-Reform eisern am Grundsatz der Subsidiarität festgehalten wird, das Interesse hauptseitig den Familien mit sogenannten mittlerem Einkommen gilt und das Ganze wohl mit Bildungskreditmodellen garniert werden dürfte. — (ank)



## Studentenstreik Forderungen meist unerfüllt

*Westberlin.* Welche Forderungen, die in Westberlin zu regeln wären, sind erfüllt? Zur Wohnungslage der Studenten sind bislang Notmaßnahmen, wie die halbjährige Nutzung ehemaliger Schwesternwohnheime, im Gespräch. Bezüglich der Kuratoriumsbeschlüsse zur Umstrukturierung der FU ist die Zusammenfassung in größere Fachbereiche und Untergliederung in wissenschaftliche Einrichtungen (WE), in denen die Professoren unumschränkt herrschen, weiterhin beschlossene Sache. Philosophie, Lateinamerikainstitut, psychologisches Institut und Osteuropainstitut haben eine Galgenfrist von einem Jahr erhalten, um ihre Auflösung in die jeweils von rechtsbürgerlichen Professoren dominierten größeren Fachbereiche anzubahnen. Mit einer SPD/AL-Koalition würden sich hier die Chancen für den Erhalt der Selbstständigkeit verbessern, ebenso wie durch den Ausgang der Wahlen zu den Unigremien im Januar, der zum Verlust der Mehrheit von FU-Präsident Heckelmanns Anhängern im Akademischen Senat geführt hatte. Heckelmann hat deshalb von seinem Recht Gebrauch gemacht, diese Wahlen wegen Unregelmäßigkeiten wiederholen zu lassen. Am 10. Mai könnte vielleicht eine demoralisierte Studentenschaft und eine ermutigte Professorenschaft ein anderes Wahlergebnis bescheren.

Für das Weltrauminstitut von Furrer ist ein Vertrag abgeschlossen. Der Fachbereichsrat des OSI hat Ende November der Gründung des sogenannten Anti-OSI seinen Segen gegeben. Änderungen werden noch von rot-grün erhofft. Die SPD hat deutlich gemacht, daß eine Schließung von An-Instituten oder der Akademie der Wissenschaften nicht in Frage kommt, höchstens behutsame Demokratisierungen. Eine gesetzliche Erweiterung der Mitbestimmung wird in den engen Grenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils erwogen. Im Streik sind an einigen Instituten viertelparitätische Kommissionen eingerichtet worden, z.B. am OSI, FB 2 der HDK und am Institut für technischen Umweltschutz der TU. Deren Entscheidungen werden, allerdings ohne rechtliche Bindung, von den Fachbereichsräten übernommen. Auch mit der ersten Rate von 10 Mio. DM aus dem Überlastmittelfond ist die Personalsituation weit vom geforderten Stand von 1981 entfernt. Die knapp 4 Mio. DM für die TU gleichen nur die Streichungen des letzten Jahres aus. Von den 51 Tutorienstellen an der FU entfallen z.B. sechs auf die Germanistik, nach dem verlangten Schlüssel von einem Tutor je 20 Studienanfänger wären ca. 37 nötig. Die autonomen Seminare bleiben fast überall Privatsache der Studenten.



Polizei schlägt eine Gasse für studierwillige Mediziner

Die Forderung nach Stellenquotierung für Frauen hat sich in keinen verbindlichen Regelungen niedergeschlagen. Ebenfalls unerfüllt sind die Forderungen der studentischen Beschäftigten und der Studenten, die von TUSMA/Heinzelmannchen vermittelt werden, nach Mindestabsicherungen.

Von den Streikzielen her ist die Fortsetzung im Sommersemester notwendig. Schwierig wird das, weil die Streik Auswirkungen sehr verschieden waren: Von Semesterabkennung bis noch alle Scheine ergattert, oft unter demütigenden Bedingungen. Dazu kommen Hausverbote und Strafverfahren. Die Frage ist, ob dies mehr zermürt oder den Widerstand neu entfacht. — (chk)

## Stahl-Manteltarif Kapitalisten greifen Tarifurlaub an

*Essen.* Die Stahlkapitalisten haben die seit 1984 laufenden Manteltarifverhandlungen für die Stahlindustrie NRW, Südwestfalen und Bremen erheblich zugespißt. Seit langem liegt von ihrer Seite ein Katalog vor, der umfangreiche Verschlechterungen vorsieht. Jetzt drängen sie auf einen Abschluß zu ihren Bedingungen. Dabei berufen sie sich auf eine Verbandsklage zur Auslegung des bisherigen Tarifvertrags, die vom Düsseldorf-Arbeitsgericht Ende letzten Jahres in erster Instanz positiv beschieden wurde.

Schwerpunkt des Angriffs auf den Manteltarif ist der Urlaub. Die Stahlkapitalisten wollen den Urlaubsanspruch der Konti-Schichtarbeiter von 30 auf 27 Tage zusammenstreichen. Die Begründung: Da die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf in der Stahlindustrie 36,5 Stunden für Konti-Schichtarbeiter durch zusätzliche Freischichten umgesetzt wird, arbeiten sie im Jahresschnitt weniger als fünf Tage die Woche, der Grundlage für die Berechnung des Tarifurlaubs. Eine als Schutz gedachte Klausel in § 14,3 des Manteltarifvertrags steht

der Kürzung auch nach Ansicht des Arbeitsgerichts nicht entgegen.

Mit diesem Vorstoß greifen die Stahlkapitalisten gerade den Teil der Belegschaften an, dessen Gesundheit durch Schichtwechsel, Nacht- und Wochenendarbeit ohnehin am meisten ruiniert wird. Rund 50% der Stahlbeschäftigten arbeiten in Konti-Schicht, für sie wäre die Arbeitszeitverkürzung teilweise wieder beseitigt. Die beabsichtigte Kürzung von Sonderfreistellungen für Umzug, Todesfälle usw. und der Verfall des Urlaubsanspruchs würden auch die anderen Teile der Belegschaften empfindlich treffen.

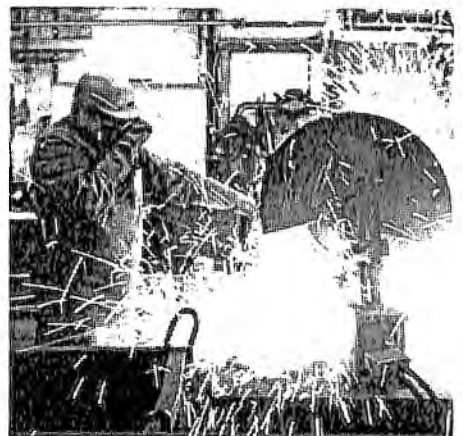
Doch damit nicht genug: Die Stahlkapitalisten wollen die Verdienstsicherung für ältere Arbeiter um 10% kürzen, den Kündigungsschutz für Arbeiter über 50 Jahre verschlechtern, die Ankündigungsfrist für Kurzarbeit von einer Woche auf Schichtbeginn (!) verkürzen und unregelmäßige Mehrarbeit bis zu einer halben Stunde allgemein nicht mehr bezahlen.

1988 konnten die Stahlkapitalisten die Abkoppelung der Stahl-Ecklöhne von den Metall-Ecklöhnen durchsetzen — die IG Metall jubelte über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 36,5 Stunden. Jetzt zeigt sich, daß das zu früh war. Eine Abwehr der vielfältigen Angriffe ist nicht einfach. Bedingungen sind allerdings vorhanden, die Auftragsbücher der Stahlkapitalisten sind randvoll.

Die Tariffkommission der IG Metall hat die Betriebsräte aufgerufen, Mehrarbeit zu verweigern. In zahlreichen Betrieben fanden in den letzten Wochen außerordentliche Betriebsversammlungen statt. Bei Klöckner Bremen wurde der Protest gegen die Angriffe auf den Manteltarif verknüpft mit einer betrieblichen Lohnforderung nach 0,50 DM mehr die Stunde, 80 DM im Monat für Angestellte.

Die längst vorhandene Möglichkeit, die Manteltarif-Verhandlungen für gescheitert zu erklären, erwägt die IG Metall zur Zeit noch nicht.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 3.2.; Stahl-Informationen I u. 2/89 — (wof)



Harte Arbeit in der Stahlindustrie

## Roma im unbefristeten Hungerstreik

## Für ein endgültiges Ende der Vertreibungspolitik

*Hamburg.* „Wir haben angefangen mit dem Hungerstreik, weil wir buchstäblich in den letzten Wochen von Senat und Behörden in die Enge gedrängt worden sind. Wir mußten diesen Hungerstreik beginnen, weil die Menschen, die mit uns den Streik machen, effektiv aus ihren Behausungen hinausgetrieben werden, aus Asylheimen, wo sie auch immer wohnen. Wir sind nach Neuengamme gegangen, weil es für uns — wie für viele Deutsche, aber für uns auch besonders — eine gewisse Kontinuität bedeutet. Wir sind im KZ Neuengamme gut aufgehoben. Es ist ein Ort, in dem unsere Vorfahren sicher untergebracht waren, es ist ein Ort, an dem wir heute noch sicher untergebracht sind. Wir werden bewacht, wir werden — das ist der Unterschied zu früher — gut behandelt.

räumen läßt, sie sollen ruhig kommen, sie sollen uns rausholen, sie sollen ihre ganze Brutalität in der Öffentlichkeit beweisen. Es wird an den Dingen nichts ändern. Räumen sie uns fünfzehn, und jagen uns davon, werden wir am nächsten Tag wieder da sein und am übernächsten Tag auch. Sollten sie das Haus zumachen, und uns nicht mehr reinlassen, werden wir auf dem Totenfeld campieren, da wo die 55000 Toten ruhen. Sollten sie das auch unmöglich machen, werden wir gegenüber campieren. Und wir werden weiter hungerstreiken. Sollten sie die Leute verhaften, werden die nächsten fünfzehn kommen und streiken. Wir haben so viele Menschen, die verzweifelt sind und die von der Ausweisung bedroht sind, wir können das wochen- und monatelang durchführen. Wir

Deutschen, daß sie eine Lösung finden, und zwar rasch, weil z.B. unsere Nachbarn in Frankreich und in Holland und in Skandinavien dieses Problem vor einigen Jahren zu lösen begonnen haben, zumindestens anfangen.

Also Bleiberecht für alle Roma in Deutschland, Status egal wie auch immer. Ob man die deutsche Staatsangehörigkeit gibt oder nicht. Unser Herz hängt nicht an solchen Kleinigkeiten. Wir sind ja schon jahrhundertlang ohne Papiere ausgekommen. Wir verlangen einfach, daß für dieses Volk, das seit Jahrhunderten zu den ersten Europäern gehört, dieses Volk, das ein Anrecht darauf hat, sich Internationalisten, Europäer zu nennen, dieses Volk, das in jedem Land dieser Welt zu finden ist, daß auch dieses Volk so angesehen wird, wie man die guten Nachbarn in Europa behandelt, wie die Franzosen, die Italiener, die Spanier und alle anderen. Daß es Probleme gibt, rechtliche Probleme, ist klar. Das ist eine Frage, die europäisch gelöst werden muß. Deshalb haben wir uns auch jetzt, vielmehr unser Anwalt, an die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg gewandt und eine Klage gegen die Bundesrepublik geführt. Wir müssen unbedingt erreichen, daß dieses Problem der heimatlosen Roma europäisiert wird. Wir müssen erreichen, daß eine neue Konvention geschaffen wird, wir müssen erreichen, daß die Roma als ethnische Minderheit anerkannt werden, daß sie als Kultur anerkannt werden mit ihrer eigenen Sprache, mit ihrer eigenen Kunst, daß sie als Volk anerkannt werden, weil sie nämlich seit ihrem Aufkommen und Bekanntwerden nie als Volk anerkannt wurden — auch heute nicht. Weder im Westen noch im Osten. Die Roma sind das letzte Volk, das nirgends als solches anerkannt wird. Obwohl eindeutig feststeht, daß sie ein Volk sind, mit allem Drum und Dran. Ein Volk ohne Territorium. Wir verlangen noch nicht mal ein Territorium. Wir verlangen einfach, daß wir als Volk anerkannt werden ebenso wie alle anderen Völker dieser Welt.

Viele unserer Menschen kommen aus Jugoslawien, kommen aus Rumänien, kommen aus Polen, kommen aus der Tschechoslowakei, Menschen, die in diesen jeweiligen Ländern unterdrückt wurden — aus welchen Gründen auch immer. Was ganz schnell passieren mußte, ist natürlich, daß auch in diesen Ländern, wie im Westen natürlich auch, ein Umdenkungsprozeß geschieht, daß hüben wie drüben den Menschen endlich klargemacht wird, daß diese Roma, die



Roma-Kongreß „Ausländische Roma in der Bundesrepublik“ vom 22. — 25.2.89 in Köln (rechts auf dem Foto der Vorsitzende der Roma und Sinti Union Hamburg, R. Kawczinski). Die 400 Teilnehmer unterstützten in einer Resolution einstimmig die Forderungen der Hungerstreikenden in Hamburg. Für die Roma in Köln wurde ein Medizincontainer übergeben. — (anl)

Dies ist aber für uns die letzte Etappe. Dieses Lager, was ein Ort des Schreckens war für unsere Vorfahren, ist für uns die letzte Station. Wir haben diesen Hungerstreik begonnen und führen ihn durch, weil wir damit ein Zeichen setzen wollen, daß die Situation der Roma in diesem Lande derart brutal geworden ist, derart aussichtslos, daß nur ein solcher Schritt in der Öffentlichkeit noch etwas bewirken kann. Wir werden, und das haben wir auch schon dem Senat klargemacht, wir werden in diesem Konzentrationslager bleiben, bis endlich eine politische Lösung gefunden wird, bis die siebenhundert von der Ausweisung bedrohten Roma in Hamburg das Bleiberecht bekommen. Auch wenn der Senat uns

werden das auch tun.

### Bleiberecht für alle Roma

Was wollen wir damit erreichen: Wir wollen Bleiberecht für alle in diesem Lande lebenden Roma. Das sind in der ganzen Bundesrepublik ungefähr 4500 bis 5000 Roma. Wir wollen erreichen, daß das, was in anderen Ländern praktiziert wird, auch hier in der Bundesrepublik gemacht wird, daß die Menschen, die keine Papiere haben, keine Staatsangehörigkeit haben, die absolut nicht zum deutschen Kulturkreis gehören, ebenso leben können wie Chinesen, wie Afghanen, wie Bayern und Hamburger auch. Wir verlangen eine europäische Lösung, aber insbesondere verlangen wir von den

man verächtlich Zigeuner nennt, ein sehr altes, gutes Volk sind, das eine sehr alte und eine sehr wache Kultur besitzt. Es ist ein soziales Problem. All dies, was hier und anderswo passiert, mit uns passiert, ist nur möglich, weil die sozialen Verhältnisse andere Menschen dazu bringen, gegen andere vorzugehen, daß ein Klima der sozialen Mißgunst geschaffen wird und die Roma letztendlich die Opfer davon sind.

### Status einer ethnischen Minderheit

Eigenartiger Weise sind die einzigen im ‚Ostblock‘, die nicht leiden, und nicht verfolgt werden, die Roma, die in der Sowjetunion leben. Das ist ein interessanter Punkt. In der Sowjetunion genießen sie einen Minderheitenstatus, in der Sowjetunion findet eine sehr, sehr gute Aufklärung statt in der Bevölkerung, in der Sowjetunion leben die ‚Zigeuner‘ glücklich. Sie werden als ethnische Minderheit akzeptiert, sie werden als Kulturvolk akzeptiert, sie werden gefördert, ihre Sprache — Romanes — wird nicht nur gestattet, sondern gefördert und propagiert. Es gibt auch Schulen, in denen Romanes gelehrt wird. Mir hat jemand erzählt, daß es jetzt sogar eine Zeitung gibt, obwohl Romanes eigentlich eine rein mündliche Sprache ist. Also in der Sowjetunion wird das getan, was wir überall erwarten, von allen anderen Ländern erwarten. Weil eben das System, bei allen Vorbehalten, die ich auf anderen Gebieten hätte, dieses System, zumindest was die ethnischen Minderheiten, die religiösen Minderheiten angeht, eben fortschrittlicher ist als alle anderen in Westeuropa und den übrigen Ländern des Warschauer Pakts.

### Der Teufelskreis der Vertreibung

Es gibt genug von unseren Leuten, die immer noch gern ihre alten Gewerbe ausüben könnten und das auch wollen. Die es auch ganz gut verkaufen würden, wenn sie könnten, Sie dürfen es nicht. Weil es ein Gewerbe ist, ein schwarzes Gewerbe. Wenn sie an die Grenze kommen, sind sie erst mal illegale Ausländer, Fremdlinge, Andersartige, Nicht-deutsche. Also weder Blut noch Boden. Ich erkläre dir hier, wie die Kette funktioniert. Sie kommen schwarz über die Grenze, z.B. von Jugoslawien nach Österreich, von Österreich nach Deutschland. Sie melden sich, dummerweise kann man wahrscheinlich da nur sagen, aber sie wissen es eben nicht anders, als Asylbewerber. Meistens zuerst in Zirndorf. Da wird ihnen dann so'n Scheinchen ausgestellt, daß sie Antrag auf Asyl gestellt haben. Als Asylsuchender darf man nicht arbeiten. Soweit Du Sozi kassierst, darfst Du gar nichts mehr tun. Sie werden in Bruchbuden untergebracht. Versuchen sie, anderswo unterzukommen, geht das Geja-

ge wieder los. Wollen sie auf Plätze, werden sie von den Plätzen verjagt. Sie müssen zurück in die Hundehütten, Kattunbleiche (Asylwohnheim in Hamburg, d. Red.) oder wo auch sonst immer. Die Kinder möchten zur Schule. Die Kinder gehen eine zeitlang zur Schule und dann wird der Asylantrag abgelehnt, die Duldung geht zu Ende. Die Familie bekommt Angst, sie geht in den Untergrund, die Kinder können nicht mehr zur Schule gehen, es gibt keine Sozialhilfe mehr. Sie werden völlig abgeschnitten, total marginalisiert, total kriminalisiert. Dann gehen natürlich die Kinder betteln, nicht im Auftrag der Eltern oder von irgendwelchen Schleppern, sondern sie gehen betteln, weil sie nichts zu essen haben, ganz einfach. Die Kinder klauen. Das ist Überlebenskriminalität. Sie gehen in Kaufhäuser und tun das, was bei den deutschen Jugendlichen zum Sport geworden ist in den letzten Jahren, was ihre Nachbarn auch tun. Nur sie tun das, weil sie das müssen, sonst würden sie verrecken. So. Wenn sie in Kaufhäusern klauen, klauen sie sich Nahrung, oder sie klauen sich was zum anziehen. Schal, Handschuhe, Strümpfe, Schuhe. Dabei werden die meisten erwischt. Dann, was die Eltern betrifft, sind sie noch Asylsuchende, ist das Verfahren noch nicht beendet, wird eine Akte angelegt in der Ausländerbehörde. Jeder Verdacht, jede Bemerkung der Polizei wird in diese Akte aufgenommen. Da braucht nur irgendwo ein Rom im Park rumzusitzen, die Luft genießen, Zigarette rauchen, die Menschen anzusehen, die da vorbeidefilieren, fröhlich und fett. Kommt ein Polizeibeamter und will ihn überprüfen. Überprüft den Namen. Und sofort wird diese Überprüfung in die Akte der Ausländerbehörde eingefügt. Sofort. Verdacht. Verdacht des Rumbettelns, des Einbruchs, Verdacht des Autodiebstahls. Immer Verdacht. Sobald diese Akte genug Verdachtspunkte aufweist, ist der Fall gelaufen. Er bekommt kein Asyl. So wirds gemacht. Sie haben keine einzige Chance. Nicht die geringste, hier durchzukommen. So wird es seit Jahrhunderten gemacht. Wenn man als Schnittpunkt das Jahr 45 nimmt, als dieses beschissene Regime zerkloppt worden ist, wird so verfahren. Es ist so, daß seit Gründung der BRD es keinem einzigen Rom gelungen ist, hier in Deutschland Asyl zu bekommen. Keinem einzigen.

Wir haben es erlebt vor ein paar Tagen. Zwei kleine Kinder von polnischen Roma, Mädchen und Junge, gehen spazieren, sind bunt angezogen, du kennst sie, ganz bunt. Wie es komischerweise jetzt modern wird in Deutschland. Da sie aber durch Hautfarbe, durch ihr Benehmen auffallen, hat sie irgendeine Portiersche bei der Polizei angezeigt. Kam gleich ein Funkwagen, Verdacht auf Bettelei. Die Kinder wurden im Funkwagen

mitgenommen, aufs Revier gebracht. Da haben wir sie dann auch abgeholt. Es hat sich rausgestellt als Märchen, war nichts. Aber die Akte hat einen Punkt mehr. Noch zwei, dreimal, dann haben die Eltern ihr Asylverfahren verloren. Und sie können machen, was sie wollen. Meistens braucht man sie gar nicht auszuweisen. Man braucht ihnen nur genügend Angst einzujagen, dann rennen sie nach der alten Methode der Zigeuner und nach der alten Methode der Staatsmacht: Stiefel drauf, die haun schon ab. Tun sie ja auch, weil sie genau wissen, daß sie den Kampf nicht gewinnen können.

Wir haben aber diesen Kampf jetzt anders begonnen. Wir sagen, ihr wollt uns nicht respektieren, wir haben keine andere Möglichkeit mehr, wir gehen dahin zurück, wo wir herkommen. Alle, die wir den Hungerstreik machen, haben Eltern, Großeltern, Verwandte, Cousins, Onkel in Konzentrationslagern verloren — ohne Ausnahme. Also kehren wir dahin zurück, wo wir schon einmal waren und bleiben da, weil es für uns effektiv die letzte Möglichkeit ist. Viele, die streiken, haben keine Wohnung mehr, keine Bleibe mehr, bekommen keine Sozialunterstützung mehr, weil ihr Asylantrag abgelehnt worden ist. Zum Teil sind schon Haftbefehle unterwegs. Also ist dieses gottverfluchte Konzentrationslager für uns die einzige Möglichkeit. Es ist ein Kreis der Hölle, den wir nur durchbrechen können, befürchte ich, wenn durch unseren Hungerstreik in der Öffentlichkeit bekannt wird, daß wir auch dafür bereit sind, zu sterben.

### Schlußpunkt

Es gibt noch einen Punkt, auf den ich hinweisen möchte. Während man in Hamburg die Rom vertreibt, kriminalisiert, demoralisiert, ins Elend treibt, sie in ständiger Furcht hält, sie von allem abschneidet, — während diese Menschen hier 1989, fünfzig Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wie Verbrecher behandelt werden, verspeist in Hamburg eine Dame ihre Pension, die als eine der Hauptverantwortlichen anzusehen ist für die Ermordung der Zigeuner während der Nazi-Zeit. Frau Dr. Ruth Kellermann. Sie war eine Assistentin von Prof. Dr. Ritter, dem Zigeunerspezialisten in der Nazi-Zeit. Frau Kellermann ist vor drei Jahren von der RCU angezeigt worden und seit drei Jahren ruht der stille See. Es passiert überhaupt nichts. Ein Staatsanwalt, der sich zu sorgsam mit der Akte von Frau Kellermann beschäftigte, wurde abgelöst. Und jetzt liegt die Akte im Safe bei der Staatsanwaltschaft und es geschieht nichts.“

Auszüge aus einem Gespräch mit M. Lang, Pressesprecher der Rom und Cinti Union Hamburg und Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin — (mek)

## Lehrer führen Streik durch

**Bremen.** Obwohl noch vor einigen Wochen an vielen Schulen nur Minderheiten für einen Streik eintraten, war mit dem Ergebnis der Urabstimmung (82% der GEW-Mitglieder stimmten für Streik) klar, daß sich die Bereitschaft zu Kampfmaßnahmen verbreitet hatte. Am 23. 2. beteiligten sich 4000 bis 4500 (von insgesamt 7000) Lehrern. Gesorgt hatte dafür die Haltung des Senats, nur die Lehrer von der Arbeitszeitverkürzung auszunehmen. Gegen den Streik wandten sich die FDP und die Schülerunion, später auch CDU und Beamtenbund. — (wjo)

## Bosch: Proteste hatten Erfolg

**Stuttgart.** Ende letzten Jahres mußte bundesweit ein Drittel der Facharbeiter und Zeitlöhner bei der Robert Bosch GmbH schlechtere Bewertungen und damit Rückstufungen hinnehmen, weil die Firmenleitung eine neu abgeschlossene Betriebsvereinbarung zu „Grundsätzen zur Entlohnung“ entsprechend ausgelegt hatte. Betriebsräte, Gesamtbetriebsrat, Arbeiter und Meister protestierten. Der

**Stuttgart.** Am 20.2.89 demonstrierten 12000 Schüler gegen die Politik des Mayer-Vorfelder-Ministeriums. Parolen wie „Stoppt MV“, „Wegen MV machen wir blau“, „Aufruhr — Widerstand. MV ins Legoland“, Forderungen gegen die Wehrdienstverlängerung, die Zensur von Schülerzeitungen, für mehr Mitbestimmungsrechte der Schüler, v.a. die Anerkennung einer Landeschülervertretung, bestimmten den Demonstrationzug. An ca. 100 Schulen in Stuttgart und den Nachbarkreisen wurde in der Regel ab Klasse 8 gestreikt. — (zem)

Protest hatte Erfolg, die Bosch-Firmenleitung trat in den Verhandlungen mit dem Lohnausschuß des Gesamtbetriebsrates den Rückzug an. Folgendes wurde vereinbart: Bei künftigen Bewertungen wird die höhere Punktzahl als höhere Leistungszulage ausgezahlt und nicht auf den „Besitzstand“ aus der Bewertung von 1988 angerechnet. Alle Besitzstände bis 30 DM, die aus der Bewertung von 1988 resultieren, werden um ein Drittel erhöht und gehen dann über in die persönliche Zulage. Damit hat die Bosch-Firmenleitung ihr Ziel der Lohnsenkung nicht durchgesetzt. — (ros)



## Klares Votum gegen Samstagsarbeit

**Düsseldorf.** Am 17.3. beginnen die Tarifverhandlungen (Gehalt, Arbeitszeit) für die ca. 200 Tsd. Angestellten im privaten Versicherungsgewerbe. Die Tarifkommission der HBV hat u.a. beschlossen: Anhebung der Gehälter und Auszubildendenvergütungen um 5,5%, Verkürzung der wöchentlichen Regelarbeitszeit von derzeit 38,75 auf 37 Stunden. Zur Vorbereitung der Tarifrunde hatte HBV ca. 60 Tsd. Fragebogen (Rücklaufquote 10%) verteilt. Danach waren 85% der Angestellten gegen Samstagsarbeit und 75% gegen die Einführung eines Dienstleistungsabends. — (ola)

## Adolff-Textilwerk führt Vierschicht ein

**Westberlin.** Die Adolff-Textilwerke führen die 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in der Abteilung Spinnerei ein. Dafür muß Vierschicht gearbeitet werden von Sonntag 24.00 bis Samstag 22.00 Uhr. Der bisher freie Samstag fällt weg. Ursprünglich hatte sich die Betriebsleitung zu 16 Neueinstellungen verpflichtet. Das u.a. hatte den Betriebsrat bewogen, zuzustimmen. Stattdessen wurden nur einige Kollegen aus der Abteilung, wo der künstliche Fußballrasen hergestellt wird, wegen der dort eingeschränkten Produktion umgesetzt. Außerdem werden Überstunden verlangt und manchmal müssen die Arbeiter mit dem Vierschichtrhythmus auch

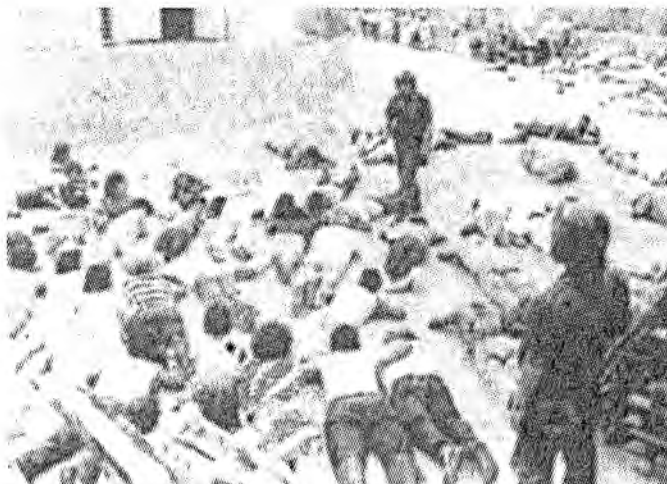
noch an ihrem freien Tag kommen. Die Arbeitszeitregelung ist bis zum 30.4. befristet. Dann tritt der Tarifvertrag über die 39-Stundenwoche in Kraft und es wird neu verhandelt. — (chk)

## JAV-Wahlen: Erste Ergebnisse

**Hannover.** Am 25.01.89 fand in Peine eine Konferenz für Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) in der Metallwirtschaft statt. Ca. 250 niedersächsische JAV-Mitglieder waren anwesend. Der IGM zufolge hat sich die Zahl der Vertretungen bei den Wahlen Ende 1988, die aufgrund von Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig wurden, von zuletzt ca. 4000 auf fast 11000 erhöht. Jetzt mögliche Listenwahlen gab es in Niedersachsen lediglich in einem Betrieb. Über 80% wurden erstmalig gewählt. Der Anteil von Frauen und kaufmännischen Auszubildenden ist gestiegen. — (rog)

## Uniklinik zahlt Wegzeiten

**Heidelberg.** An den Unikliniken, Bereich Chirurgie, zahlt der Dienstherr jetzt die vom Pflegepersonal beantragten Wege- und Umkleidezeiten. 10 Minuten pro Schicht werden abgegolten. Damit wird die tarifliche Festlegung, daß die Arbeitszeit nicht am Arbeitsplatz, sondern an der Arbeitsstelle beginnt, anerkannt. Die Orthopädische Klinik verweigert wiederum die geforderte Bezahlung. — (irs)



In Peru traten die Bergarbeiter in einen ganztägigen Streik, mit dem sie gegen die Entführung und Ermordung ihres Gewerkschaftsvorsitzenden, Saul Cantoral, am 13.2. protestierten. Die Gewerkschaft macht eine rechtsextreme Todesschwadron dafür verantwortlich (Foto: Polizeieinsatz gegen Arbeiter). Am 9.2. wurde der Generalsekretär des peruanischen Bauernverbandes CCP, Hugo Blanco, zusammen mit einem örtlichen Sekretär und anderen im Anschluß an eine Demonstration von 8000 Bauern verhaftet. Der peruanische Innenminister erklärte, die Bauern hätten die Polizei angegriffen, Blanco habe die Demonstration in subversiver Absicht geleitet. Er soll, des Terrorismus angeklagt, vor ein Sondergericht gestellt werden. — (anl)



## BASF/USA

## Solidarität der IG Chemie nötig

*Mannheim.* Mitte 1984 wurden 370 Arbeiter vom BASF-Konzern in Geismar/USA nach einer Auseinandersetzung um einen betrieblichen Tarifvertrag ausgesperrt. Die BASF wollte Lohnkürzungen, eine stärkere Lohndifferenzierung, die Kürzung des Krankenversicherungszuschusses und die Abschaffung gewisser Arbeitsplatzgarantien für ältere Arbeiter durchsetzen. Der Widerstand der OCAW (Oil, Chemical and Atomic Workers Union) gegen die Angriffsaussperrung dauert bis heute an. Sie kämpft inzwischen auf verschiedenen Ebenen u.a. zusammen mit Umweltschutzorganisationen und der Anti-Apartheid-Bewegung gegen die BASF-US-Division, die zu den 100 größten Firmen in den USA zählt, denn, „wir haben nichts mehr zu verlieren“, so der Präsident der lokalen OCAW-Gruppe.

Im Geismar-Werk werden hochgiftige Substanzen produziert. Mit dem Einsatz von unerfahrenen und unausgebildeten Arbeitskräften als Streikbrecher und Zeitarbeiter nimmt die BASF schwere Verstöße gegen Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften sowie Unfälle in Kauf. Dies berge die Gefahr einer zweiten Bhopal-Katastrophe in sich, so die OCAW.

Zu den Kampfmaßnahmen der OCAW gehörte eine nationale Boykott-Kampagne gegen BASF-Produkte, Enthüllungen über Verstöße gegen Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen, die in einem Fall zu einer Strafe von 4,3 Millionen Dollar — der höchsten, die jemals verhängt wurde — führten, sowie Aktionen gegen die Lieferung von Computern an die südafrikanische Polizei.

Nicht umsonst machte die BASF Edwin Stenzel zum Präsidenten ihrer US-Division, ein berüchtigter Gewerkschaftsfresser, der bereits in etwa fünf nordamerikanischen BASF-Werken die Gewerkschaft vernichtete oder verkrüppelte, und in Geismar die OCAW wegen Geschäftsschädigung und Verletzung des Betriebsgeheimnisses zu belangen versuchte.

Als 110 Wartungsarbeiter, darunter die meisten aktiven Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, entlassen und durch Zeitarbeiter ersetzt werden sollten, bot die OCAW eine Gehaltskürzung um 2,90 Dollar/Std. an. Die BASF lehnte ab und stellte Ersatzarbeitskräfte zu 3 Dollar über dem OCAW-Angebot ein. Bis heute sind noch mehr als 100 Arbeiter ausgesperrt. (nach AFL-CIO „news“ 22.10.88).

Der OCAW geht es darum, gegen das allgemeine gewerkschaftsfeindliche Klima in den Südstaaten der USA sowie gegen die immer brutalere Lohnsenkungs- und hire und fire-Politik durch internationale und nationale Konzerne einen Erfolg zu erringen.

Im Interesse ihrer Mitglieder in den westdeutschen BASF-Werken hätte die IG Chemie allen Grund, die OCAW nach Kräften zu unterstützen, wenn sie verhindern will, daß die Konzernführung immer wieder mit dem Verweis auf die „besseren Rahmenbedingungen“ in den USA, nämlich weniger Lohn, geringere Sicherheits- und Umweltschutzaufgaben, Kapital dorthin transferiert und danach strebt, die miesen US-Standards unter der Parole „den Industriestandort Bundesrepublik erhalten“ auch hier durchzusetzen. Leider lassen sich die IG Chemie-Führung und ihre Funktionäre aus dem Gesamtbetriebsrat stattdessen zum Sprachrohr der Konzerninteressen degradieren.

Im Juni 1988 äußerte sich der BASF-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Blumenthal in der Ludwigshafener „Rheinpfalz“ zu den Aktionen der OCAW anlässlich der BASF-Aktionärsversammlung dahingehend, man könne „eine Suppe auch totkochen“. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der BASF AG war Blumenthal in diesem Frühjahr zusammen mit einer Aufsichtsratsdelegation in Geismar. Obwohl die Belegschaft über die Visite informiert gewesen sei, habe es keinerlei

Aktionen gegeben. „Warum machen die hier in Deutschland so einen Krach, wenn in Geismar alles friedlich ist?“

Auf Anfrage erklärte gestern ein BASF-Sprecher, daß die Aussperrung im Werk Geismar „de facto und de jure zu Ende ist“ ... (RP, 23.6.88)

### Dokumentiert: Die OCAW an die IG Chemie

Am 5.7.1988 protestierte der Präsident der OCAW mit einem Schreiben an Hermann Rappe gegen die Äußerungen Blumenthals, die er als nahezu beleidigend und höchst unzutreffend charakterisierte, und er versicherte, „daß das Geismar-Thema weit von einem Ende entfernt ist. Wie Du über häufige Kontakte zwischen uns und Deinem Büro weißt, hat BASF fast ein Drittel der Arbeitskräfte in Geismar gekündigt und durch Zeitarbeiter ersetzt. Die Gruppe, die rausgeschmissen wurde, enthält — schierer Zufall — fast alle Gewerkschaftsführer des Werks. Bestimmte andere Arbeiter wurden unter Bedingungen wiederingestellt, die allein von der BASF diktiert wurden. Es gibt in Geismar keinen Tarifvertrag jeglicher Art.

Außer dem fortwährenden und mutigen Widerstand der Gewerkschaft in Geismar und der nationalen Gewerkschaft, ist die Angelegenheit derzeit vor Gericht anhängig und wurde kürzlich vom Vorstand der International Labor Organization kritisiert.“

Zum Blumenthalbesuch in Geismar: „... Es waren weder die Beschäftigten in Geismar noch deren Gewerkschaft jemals über diesen Besuch informiert worden. Beschäftigte berichteten von der Anwesenheit von vermuteten, nicht näher bekannten Würdenträgern, die mehreren Hubschraubern entstiegen und dann in abgedunkelten Limousinen über eine Straße, an der zuvor Barrikaden errichtet worden waren, in einen abgelegenen Teil des Werks gebracht wurden. Bis H. Blumenthal darüber in der ‚Rheinpfalz‘ berichtete, hatten wir keine Ahnung von seiner Anwesenheit oder derjenigen anderer Mitglieder der IG Chemie.

... hätte H. Blumenthal die Gewerkschaft über sein Kommen unterrichtet, wäre für ihn eine herzliche Begrüßung arrangiert worden. Wir fragen uns, weshalb ein solcher Empfang verschmäht wurde, und weshalb man es im Interesse der internationalen Solidarität für so notwendig erachtet, sich hinter Hubschraubern und verbarrikadierten Straßen zu verstecken.“

Leider liegt die Antwort von H. Rappe nicht vor, aber ein weiterer Brief der OCAW vom 2.9.88:

„(...) Bei verschiedenen Gelegenheiten, speziell in Hannover Ende 1985 und im Frühjahr 1986, wurde uns bei Zusammenkünften mit Deinem Vorstand und Personal deutlich gesagt, daß Deine Gewerkschaft alles in ihrer Macht stehende unternommen hat, um die ausgesperrten Mitglieder unserer Gewerkschaft in Geismar zu unterstützen. Deine Leute erklärten, mehrere Appelle an den Aufsichtsrat gerichtet zu haben, daß persönliche Treffen mit Mitgliedern des Vorstands stattfanden, und daß auf Seiten des Unternehmens kein Entgegenkommen zu erreichen war. Zusätzlich wurde uns mitgeteilt, daß Deine Gewerkschaft gegenüber unserer Position zu Fragen des Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltschutzes bei BASF in Louisiana Unbehagen empfinde, und wir keine Unterstützung oder dergleichen von Deiner Gewerkschaft in diesen Streitpunkten erwarten dürften.

(...) Wir sind ähnlich verwirrt, mehr noch verblüfft, daß Dein Verständnis dieser Auseinandersetzung in so vielen Punkten mit demjenigen des Konzerns übereinstimmt ...

Ich kann nur wiederholen, daß wir beabsichtigen, weiterhin so viel Druck wie möglich auf die BASF in den USA, Deutschland und anderswo auszuüben, um eine Änderung ihrer Politik gegenüber den Beschäftigten in Geismar durchzusetzen.

Es war immer unser Wunsch, Konflikte mit der IG Chemie zu vermeiden, da dies beiden Seiten schaden würde. Wir müssen daher Deine Organisation bitten, alles zu tun, um Aussagen zu vermeiden, die angetan sind, den Charakter der Auseinandersetzung zu verharmlosen oder zu verzerren ...

gez.: Joseph M. Misbrenner, Präsident“

eigene Übersetzung — (ede)



Sowjetische Jugendliche bei der Prüfung

Film: Ist es leicht, jung zu sein?

## Perestroika: Jugend, so wird's werden!

Durchaus viele befinden für einen Ausdruck von Freiheit, Drogen zu konsumieren und die eigenen Ohren im Rocklärm zu zerstören. Solcher neuzugewinnenden „Freiheit“ für die Sowjetunion das Wort zu reden, scheint zentrales Anliegen bei der Auswahl von Interviews und Szeneneinstellungen durch den Autor Juris Podnieks für den sowjetischen Dokumentarfilm „Ist es leicht, jung zu sein?“ aus dem Jahr 1986 gewesen zu sein. Mit dem ständigen „Marlborogefühl“ im Hintergrund wird hier das propagiert, wozu Jugendliche in den imperialistischen Staaten schon lange wegen Ausweglosigkeit der Situation und gefördert durch das gesellschaftliche Bild von „Freiheit“ mit dem Resultat der Aufgabe sinnvoller und fortschrittsgerichteter Reproduktion gedrängt werden. Die den „natürlichen Generationskonflikt“ als Ursache zugrundelegende Darstellung von Jugendproblemen und -rebellionen unterscheidet sich in nichts von ähnlichen Machwerken in den westlichen Medien. Dargestellt wird in dem Film das damals noch eher geringe „Konfliktpotential“ rebellierender Jugendlicher, das in der Perestroika-UdSSR der Zukunft durch Wiederakzeptanz von

Arbeitslosigkeit und ähnlichem vergrößert werden wird. Einige hundert Jugendliche, die z.T. in Drogenabhängigkeit geraten sind, verleihen ihrer Unzufriedenheit mit ihrer Situation Ausdruck, indem sie nach einem Rockkonzert in einer lettischen Kleinstadt einen Personenzug überfallen und demolieren. In den darauffolgenden Gerichtsverfahren beweist die Justiz Unnachgiebigkeit und praktiziert die exemplarische Verurteilung einzelner: Einer der Jugendlichen wird trotz insgesamt doch geringen Sachschadens der Aktion (5000 Rubel) zu drei Jahren Strafkolonie verurteilt, sechs weitere zu Bewährungs- und Geldstrafen. In den mit Teilnehmern der Aktion ein Jahr nach deren Stattfinden am 7.7.1985 geführten Interviews wird der Protest aufgearbeitet, wie es in der BRD mit „Reue- und doch Verständnis-Bekundungen“ gegenüber den Studentenprotesten der späten 60er Jahre üblich ist: Da wird von damals fehlendem Lebenssinn berichtet, um gleich im Anschluß die heute „bessere“ Lebensperspektive zu beschwören. Die beruflichen Aussichten der Interviewten — Arzt, Architekt, Künstler — gehen Aufschluß über das

Klientel, das dem Autor als Adressat seines Erneuerungsauftrufes am Herzen liegt. Probleme tauchen für die gezeigten Jugendlichen stets auf, weil ihnen ein „normales“ Leben (heiraten, Familie, Auto) nach im Westen propagiertem Maßstab versagt zu werden droht. So lautet denn der Tenor des Films „Wir wollen doch bloß wie

die im Westen sein“, wodurch er im Einklang mit der Vermittlung von Hoffnungen auf mehr Entfaltungsfreiheit für die Jugend der werktätigen Intelligenz deutlich die Drohung an die Arbeiterjugend enthält, im Zuge der Umgestaltung noch stärker deklassiert und, wo sie sich wehrt, verfolgt zu werden. — (uga)

Roma—Sinti Filmtage

## Gegen das „lustige Zigeunerleben“

Parallel zum Kongreß „Ausländische Roma in der BRD“ fanden in Köln die Roma—Sinti Filmtage statt. Die Filme stammen aus Ungarn, Jugoslawien, Großbritannien, Frankreich, Italien und der BRD. Die Auswahl erfolgte unter Mitarbeit von Verbänden der Sinti und Roma, ihr Hauptanliegen ist, Filme zu zeigen und diesen zur Verbreitung zu verhelfen, die nicht das aus Operetten und Filmen bekannte Klischee vom lustigen Zigeunerleben verbreiten, sondern sich mit der Realität befassen. Insbesondere die vorgeführten Spielfilme, die zum größten Teil aus Ungarn und Jugoslawien stammen, sind bisher in der BRD kaum bzw. noch nie gezeigt wurden. Nur ein Teil dieser Filme ist deutsch synchronisiert, zum Teil auch nicht mit Untertiteln in deutscher Sprache versehen. — (uld)

### Gyuri: Roma in Ungarn

Gyuri, ein junger Roma, lebt mit seiner Familie in einer ärmlichen Siedlung auf dem Lande. Da er keine siebenjährige Schulbildung hat, bekommt er nur Beschäftigung als Hilfsarbeiter in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Er beschließt, nach Budapest zu gehen, um dort

bessere Arbeit zu suchen und die Abendschule zu besuchen. Vorerst findet er nur schwere Arbeit in einer Ziegelei. Sein Freund und sein Bruder fahren entmutigt nach Hause zurück. Gyuri macht neue Erfahrungen. Er sieht, daß die Arbeiter, die in der Werkssiedlung wohnen, auch schlecht leben, obwohl ihnen seit Jahrzehnten neue Wohnungen versprochen worden



Gyuri beschließt, nach Budapest zurückzukehren.

sind. Er lernt Freunde kennen, und mit ihrer Hilfe bekommt er bessere Arbeit. Trotzdem sehnt er sich nach seiner Familie und fährt zurück. Dort erkennt er bald, daß er sich verändert hat, und beschließt, wieder nach Budapest zu gehen. Der Regisseur Pa'l Schiffer war bei der Vorführung anwesend und erklärte seine Arbeitsweise. Die Filmhandlung ist nicht erdacht. Vielmehr hat das Filmteam Gyuri begleitet und sich bemüht, seine Erfahrungen darzustellen, ohne die Beteiligten, Gyuris Kollegen in den Fabriken, die Mitglieder des Romaclubs und die Familie in ihrem normalen Leben zu stören. Der Film bewirkte, daß die Romagruppe besser untergebracht wurde in Bauernhäusern der Umgebung. Allerdings hat sich ihr Zusammenhalt gelockert. Schiffer nennt diese neue Form des Films „Dokudrama“. Derzeit arbeitet er an einem Film über Arbeiter, die er seit fünf Jahren durch ihre Arbeit und ihr tägliches Leben kennt. (Kein Verleih — anl)

### Lustig wär' das Zigeunerleben

Der im Auftrag des ZDF 1980 erstellte Film stellt die Vorurteile, die nicht nur in alten Operetten, sondern auch in neueren westeuropäischen Spielfilmen über das Leben der Sinte und Roma verbreitet werden, deren tatsächlichen Lebensumständen gegenüber. Insbesondere die neueren Filme stellen die Zigeuner als

gewalttätige, mit Klappmessern bewaffnete, musikbegeisterte und mit Wonne umherwandernde Leute dar. Dagegen wenden sich Sinte, die Berufsmusiker und Handwerker sind. Sie erklären, daß ihr Wanderleben, sofern es stattfindet, zum großen Teil erzwungen ist durch die wenigen Berufe, die sie erlernen können. Da viele der heutigen Eltern durch die KZ-Haft Analphabeten geblieben sind und die Verachtung und Verfolgung der Zigeuner in der BRD fortgesetzt wurde, haben es auch die Kinder schwer, eine Schulausbildung zu erhalten. So bleibt ihnen kaum anderes übrig, als ihre traditionellen Handwerke von den Eltern zu erlernen und damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. — (uld)

### Such Dein Glück, Zigeuner

Der Film des tschechischen Regisseurs Dusan Klein ist 1986 nach einem Roman von Josef Pohl gedreht. Kurz nach Kriegsende trifft ein junger Lehrer in einem Dorf ein, um dort die Kinder der Roma zu unterrichten. Er renoviert das Schulhaus, aber die Schüler bleiben aus. Die Eltern lassen sie nicht hingehen, weil sie befürchten, daß ihnen ihre Kultur genommen werden soll. Dudek, der Lehrer, versucht den Unterricht für die Kinder interessant zu machen, indem er mit ihnen spielt und auf ihre Wünsche eingeht. Zunächst kommen nur zwei Kinder, deren Eltern



Roma in Köln

von den Faschisten umgebracht worden sind. Dudek kann das Vertrauen der Roma erst gewinnen, nachdem er ihnen geholfen hat, den Buchhalter dazu zu zwingen, ihnen den richtigen Lohn zu zahlen. Der Buchhalter stiftet den von ihm bestochenen Anführer der Roma an, Feuer in der Schule zu legen, damit der lästige Aufpasser verschwindet. Das wird durch andere Roma verhindert. Nachts versucht Dudek mit Hilfe eines der Kinder Unterlagen zu entwenden, um die Betrügereien des Buchhalters aufzudecken. Dieser überrascht ihn, schießt das Kind an und wird schließlich abgeführt. Der Film ist insofern etwas penetrant, als die wesentliche Auseinandersetzung unter den Tschechen spielt. Der Held ist ein noch jugendlicher Intellektueller. Über Dudek schwebt der Parteisekretär, der an den Wendepunkten auftaucht und ermutigende Kommentare abgibt.

Verleih: Landeszentrale für politische Bildung, Neanderstr. 6, 4000 Düsseldorf 1 — (anl)

### Das falsche Wort

Der 1987 von der Sinteza Spitta, die das Buch schrieb, und der Regisseurin Katrin Seybold verfaßte Dokumentarfilm wendet sich gegen die amtlich und gerichtlich befestigte Behauptung, die Faschisten hätten die Zigeuner nicht wegen ihrer angeblichen Minderrassigkeit verfolgt, sondern sie erst ab 1943 in die KZs verbracht, weil sie kri-

minell oder asozial gewesen seien. Sorgfältig weist die Autorin nach, daß die faschistischen Machthaber die Sinti in Deutschland spätestens seit 1936 in Sammellagern zusammengetrieben, sie dort „rassehygienisch“ untersucht und katalogisiert haben, um dann die so gewonnenen Erkenntnisse dazu zu nutzen, die Sinte als zur Zigeunerrasse gehörig in den Konzentrationslagern der Vernichtung durch Zwangsarbeit oder durch den direkten Massennord zuzuführen. Die Unterlagen über diesen Völkermord sind von den Verantwortlichen bis Ende der 70er Jahre versteckt bzw. den Polizeibehörden zugänglich gemacht worden. Die im Dritten Reich für die Zigeunervernichtung Verantwortlichen sind nie für ihre Tätigkeit zu Verantwortung gezogen worden. Im Gegenteil, sie sind nach Gründung der BRD als Sachverständige in Prozessen gegen Sinte gehört worden und haben so mit daran gewirkt, die Ansprüche der Sinte auf Zahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz — die sogenannte Wiedergutmachung — abzulehnen. Melanie Spitta bezeichnet die „Wiedergutmachung“ als das falsche Wort. Der Film dokumentiert in zahlreichen Interviews mit überlebenden Sinte und deren Kindern, daß die Menschenverachtung der Faschisten ihre Fortsetzung findet in der Leugnung und Mißachtung durch den bundesdeutschen Staat. — (uld)



Der Lehrer Dudek mit seinen ersten Schülern

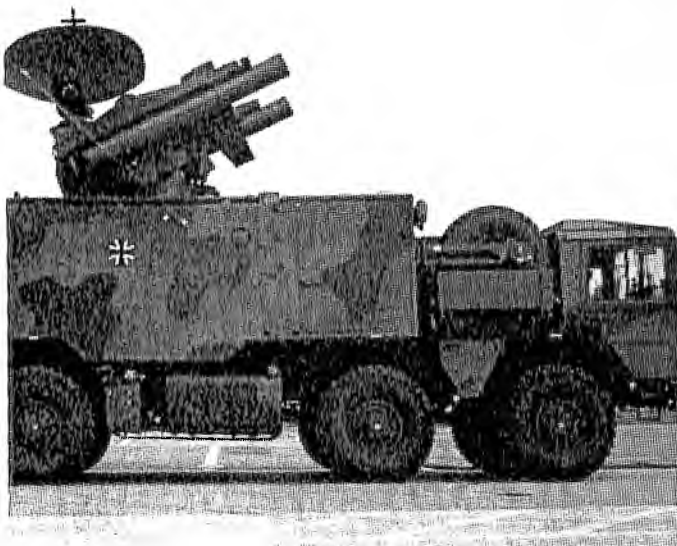
## Rüstungskooperation

## Schaffung von EG-Rüstungskonzernen

Eine Mehrheitsbeteiligung von Daimler-Benz am Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) ist mittlerweile endgültig perfekt. Die Übernahme von zunächst 30%, später dann über 50% soll ab Ende März erfolgen. Daimler-Benz ist damit führender europäischer Rüstungskonzern, die lange geplante „Neustrukturierung der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie“ nimmt Gestalt an. Die baden-württembergische Landesregierung hat die Landesanteile an der Daimler-Tochter Dornier bereits im Vorfeld der Fusion an Daimler verkaufen lassen. Der Konzern wird die Luft- und Raumfahrtaktivitäten von Dornier, AEG, MTU und MBB in einer noch zu gründenden „Deutschen Aerospace“ zusammenfassen.

### Führung in der Luft- und Raumfahrtindustrie

Vogels, der Vorsitzende der MBB-Geschäftsführung, zur Notwendigkeit dieser Beteiligung: „Wir stehen vor einer Institutionalisierung des gemeinsamen europäischen Marktes, und dabei spielen ganz andere Unternehmensgrößen eine Rolle ... Um im europäischen Rahmen eine mitgestaltende Rolle zu spielen, ist eine so finanzstarke Firma wie Daimler-Benz ein willkommener Partner, dies insbesondere, wenn es darum geht, möglicherweise europäische Gesellschaften zu strukturierten ... So muß Daimler-Benz heute interessiert sein, an der Neuordnung der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie gestaltend mitzuwirken, denn sonst hätte man im Grunde auf halbem Weg halt gemacht.“ (1) Und die Zeitschrift „Wehrtechnik“ schrieb anlässlich der Internationalen Luftfahrt Ausstellung 1988, bei der MBB unter dem Motto „Kooperation in Europa“ aufgetreten war: „Der europäische Binnenmarkt kündigt sich an ... und auch Daimler-Benz dürfte ein Interesse an einer gewissen Neustrukturierung haben, stellt sich doch die Frage, ob die traditionsreiche Firma Dornier wirklich noch Zivilflugzeuge entwickeln muß — sind nicht Wehrtechnik, Raumfahrt, Elektronik und neue Technologien vielversprechender und auch lukrativer? Industrielle Systemführerschaft steht einer Nation wie Deutschland auch im Flugzeugbau gut an ...“ (2)



Flugabwehrraketensystem Roland — Musterbeispiel „erfolgreicher Kooperation“

Die Fusion ist Teil des Konzepts, einen westeuropäischen Rüstungswirtschaftsraum zu schaffen, in dem BRD-Konzerne die Führung beanspruchen. Die bereits bestehenden weitreichenden MBB-Beteiligungen bringen den Daimler-Konzern seiner „Heimatbasis Europa“ (Edzard Reuter) ein gutes Stück näher. Zum MBB-Reich gehören u.a.: 50% an Euromissile, gemeinsam mit dem französischen Konzern Aerospatiale, Euromissile ist die bereits 1972 gegründete Vertriebsfirma für die Panzerabwehrlenkkraketen Milan und Hot sowie das Flugabwehrsystem Roland und wird als Musterbeispiel für gelungene Kooperation propagiert; 50% GRIP (Frankreich), ebenfalls mit Aerospatiale; ein Drittel der Euromissile Dynamik Group zusammen mit Aerospatiale und British Aerospace, Zweck dieser Gesellschaft ist der weltweite Vertrieb von Panzerabwehrlenkflugkörpern der nächsten Generation; 50% Eurocopter (mit Aerospace). 11% an der spanischen CASA gehören MBB ebenso wie 28,5% an der norwegischen SysScan und Anteile an EUROAM Ltd. (GB). Die Eurofighter-Jagdflugzeug GmbH besitzt MBB gemeinsam mit British Aerospace, Aeritalia und CASA, die Eurosattelite GmbH gemeinsam mit AEG, Thomson und Aerospatiale. Zusammen mit Aerospatiale arbeitet MBB auch an einem Antischiffsflugkörper mit 200 km Reichweite und mehr als Schallgeschwindigkeit. Diese Waffe soll die vom Falkland-Krieg bekannte Exocet-Rakete ersetzen bzw. ergänzen. Um die MBB-Mitarbeit an dieser Rakete zu legalisieren, sind seitens der WEU 1984 die letzten Nachkriegs-Rüstungsbeschränkungen für die BRD aufgehoben worden. (3)

Der europaweite Einfluß der Rüstungskonzerne wird genutzt und weiter ausgebaut. Die MBB-Übernahme ist Vorstufe für weitere geplante Beteiligungen. Über die Zusammenlegung von MBB und Aerospatiale im Hubschrauberbereich wird derzeit verhandelt, andere europäische Firmen sollen folgen. Bei der Formierung der Luft- und Raumfahrtindustrie werde man großen Wert darauf legen, „daß ein europäischer Fluzeughersteller Fokker nicht in fremde Hände gerät. Gleiches gilt auch für die spanische CASA, an der wir beteiligt sind“, (1) erklärte MBB-Chef Vogels.

### Dominierender Einfluß der Konzerne

Zur Herstellung des europäischen Rüstungsmarktes fordern Militärs und Konzernvertreter einhellig, der Rüstungskooperation größeres Gewicht beizumessen. Kooperation war von Anfang an Bestandteil der Rüstungsproduktion in der BRD sowohl innerhalb der NATO als Ausdruck der gemeinsamen Zielsetzung des Bündnisses als auch innerhalb der westeuropäischen Staaten mit dem Ziel, den europäischen Block zu stärken und eine mit den USA konkurrenzfähige Technologiebasis zu schaffen. Innerhalb der NATO sind fünf Hauptrüstungsgruppen für die Rüstungszusammenarbeit bei Forschung, Entwicklung und Beschaffung zuständig, seit kurzem sollen nach dem Rüstungsplanungsverfahren CAPS (Conventionale Armament Planning System) nationale Planungen innerhalb der NATO künftig besser abgestimmt werden.

In europäischem Rahmen — und darauf liegt eindeutig das Schwergewicht der Bemühungen — wurde 1976 die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) gegründet. Ihre Gründungsresolution erklärt zur Zielsetzung: Erhöhung der Standardisierung und Interoperabilität, Erhaltung einer gesunden europäischen Wehrtechnik und Rüstungsindustrie, Stärkung des europäischen Gewichts gegenüber den USA. Eine 1985 gegründete IEPG-Studiengruppe, die den Auftrag erhalten hatte, Vorschläge zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Rüstung zu machen, fordert die Anerkennung des Prinzips des europäischen Wettbewerbs in der Rüstungsbeschaffung, ungehinderten Technologieaustausch in Europa, Rationalisierungen und Strukturveränderungen in der Rüstungsindustrie. 1987 beschlossen die Verteidigungsminister auf ihrer IEPG-Tagung den schrittweisen Aufbau eines



einheitlichen europäischen Rüstungsmarktes. (4) Die engen Verflechtungen mit Frankreich im militärischen Bereich und in der Rüstungsindustrie sind eine wichtige Voraussetzung dafür. (4)

Gegenwärtig werden etwa 70% aller komplexeren Waffensysteme in Kooperation entwickelt, westdeutsche Konzerne sind an 29 größeren derartigen Projekten beteiligt, allein MBB an 11 der größten, wozu die Raketen Hot, Roland und Milan sowie der Tornado zählen. Als „Prachtstück deutsch-französischer Rüstungskoooperation“ gilt der Luftabwehrraketen-Panzer Roland, produziert im Rahmen der MBB-Aerospatiale Vertriebsfirma Euromissile, eingesetzt in Frankreich, Spanien, den USA und der BRD. Die Bundeswehr plant in den nächsten 15 Jahren 45 weitere Kooperationsprojekte.

Die Bemühungen um die Kooperation zielen darauf, die Rüstungsproduktion zu steigern und den bestimmenden Einfluß der Konzerne weiter auszubauen. Kriegsminister Scholz hat in einer Anfang des Jahres in München gehaltenen Rede „Rüstungswirtschaft als Element der Gesamtverteidigung“ alle Rüstungsfirmen aufgefordert der „beispielhaften deutsch-französischen Hubschrauberkooperation, der sich möglicherweise auch die Niederländer ebenso wie die Spanier und die Briten anschließen werden“, nachzueifern, wie im zivilen Bereich auch auf dem Rüstungssektor gegenüber dem US-Markt den nötigen „Biß und Erfolgswillen“ an den Tag zu legen und dabei über eine neue „Partnerschaft“ und „Arbeitsteilung“ zwischen Industrie und Staat nachzudenken: „Welche Leistungen, die von der Bundeswehr bisher in eigener Regie erbracht wurden, könnten von der Industrie übernommen werden?“ (5) Angesprochen seien vor allem die Bereiche Logistik und Informationstechnik.

Generalleutnant Tebbe, der Abteilungsleiter für Rüstungswirtschaft im Bundesministerium der Verteidigung, hat sich für die Notwendigkeit einer zentralen Rüstungsplanung ausgesprochen und dafür multilaterale Programmbüros unter Federführung der Rüstungskonzerne gefordert: „Sollten wir in multilateralen Kooperationsprojekten die Frage der Arbeitsteilung nicht stärker der beteiligten Industrie überlassen? Kann die Industrie nicht besser für einen Interessensausgleich sorgen als die Administration?“ (6) Fichtemüller, Leiter der Unternehmensgruppe für militärische Kampfflugzeuge und Hubschrauber bei MBB, betonte als Vertreter der westdeutschen Rüstungsindustrie auf der WEU-Rüstungskonferenz im vergangenen März in London die Bedeutung der Zusammenarbeit als Geschäftsbasis des MBB-Konzerns seit Mitte der 50er Jahre und setzte sich vehement dafür ein, die Rolle von Industrie und Militär als Motor der Kooperation zu stärken, während staatlichen Einrichtungen wie der IEPG lediglich eine unterstützende Funktion zukomme. (7)

### Zugriff auf den Etat aller EG-Staaten

Die imperialistischen EG-Staaten erwarten vom Binnenmarkt eine Entlastung ihrer Verteidigungshaushalte. Die entsprechenden Etats aller EG-Staaten sollen in den europäischen Fonds für Rüstungsforschung und -entwicklung fließen. Um insbesondere die südlichen Länder dazu entsprechend unter Druck zu setzen, regt der oben zitierte Generalleutnant Tebbe z.B. an, künftig den „Begriff nationale Entscheidungsfreiheit in der Rüstung“ flexibler auszulegen. (6) Scholz beanstandet Art. 223 des EWG-Vertrages, wonach jeder Mitgliedsstaat das Recht hat, die Maßnahmen zu ergreifen, „die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen“, und setzt dagegen: „Es wird also darauf ankommen, daß sich bei den europäischen Regierungen die Einsicht durchsetzt, daß sie ihre Streitkräfte auf Dauer nur dann bedrohungsgerecht und zu wirtschaftlichen Bedingungen ausrüsten können, wenn sie sich zu Wirtschaftskooperationen zusammenschließen.“ (5)

Vorhaben/Projekt	Partner
Jäger 90	Italien, Spanien, Großbritannien
PAH-2-Panzerabwehrheliokopter	Frankreich
Leichter Transporthelikopter	Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande
MH-90-Marinehubschrauber	Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande
Aufklärungsdrohne CL-289	Frankreich, Kanada
Abstandswaffe gegen Panzerziele	Kanada, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, USA
Flugkörper zur Bekämpfung hochwertiger Ziele	Großbritannien, USA
Maverick-Flugkörper gegen harte Punktziele	Italien, Spanien, Niederlande, Türkei
Anti-Radar-Flugkörper	USA, Großbritannien
SHRAM-Anti-Radar-Flugkörper	Belgien, Kanada, Italien, Niederlande, Großbritannien, USA
ANS-Seezielflugkörper	Frankreich
ASRAAM-Luft-Luft-Flugkörper	Großbritannien, Norwegen, Niederlande, Spanien, Belgien, Kanada, Italien
AMRAAM-Luft-Luft-Flugkörper mittlerer Reichweite	Großbritannien
RAM-Nächstbereichsraketensystem	USA (Dänemark ausgeschieden)
Fregatte-124	Kanada, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Großbritannien, USA
ROLAND – Flugabwehrraketenpanzer	Frankreich, USA
PATRIOT – Flugabwehrsystem	USA
MFS – Mittleres Flugabwehrsystem	Italien, Belgien, Niederlande, Großbritannien, Frankreich
IHWK-Flugabwehrsystem	Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Griechenland, Türkei
Fliegerfaust 2	Griechenland, Italien, Niederlande, Türkei
Vertreter des für wehrtechnische Rüstungsfragen zuständigen Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) haben in 78 internationalen Gremien den Vorsitz.	

BRD-Beteiligung an gemeinsamen Projekten (Wehrtechnik 04/88)

Daß die Rüstungsbetriebe in der BRD nicht „reinrassig“ (Scholz) sind, sondern auch für den zivilen Bereich produzieren, ist für diese Entwicklung nur von Vorteil, denn: „Das erleichtert natürlich die wechselseitige Befruchtung zwischen ziviler und militärischer Technik und die Anpassung an die schwankende Bedarfslage öffentlicher Nachfrage.“ (5) Kooperative europäische Konzernforschung auf militärischem und zivilem Gebiet wird mit wachsendem Aufwand betrieben und staatlich gefördert. Gerade auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt und speziell beim Jäger 90 wird großer Wert auf diese „Verzahnung von militärischer und ziviler Entwicklungskapazität“ (Staatssekretär Riedl, 8) gelegt, um die Konkurrenzfähigkeit militärisch wie zivil auszubauen. Die MBB-Geschäftsführung rechnet für die Raumfahrt mit einer staatlichen Förderung, deren Höhe „die frühere Förderung der Kernenergie in den Schatten stellen (wird)“. (1) Erhebliche für zivile Forschungsprogramme verfügbaren Gelder fließen auf diesem Weg ebenfalls in den Rüstungssektor. So wurde z.B. die Entwicklung des vorwiegend für militärischen Einsatz bestimmten Kipprotor-Flugzeuges Eurofar, an dem MBB mit französischen, britischen, italienischen und spanischen Firmen beteiligt ist, auf Antrag dieser Konzerne kurzerhand ins zivile Eureka-Programm aufgenommen — was eine staatliche Förderung von 50 bis 60% bedeutet —, da „die sonst gern angezapften militärischen Geldgeber durch Programme wie PAH-2, NH-90 etc. schon sehr belastet waren ...“ (2)

Quellenhinweis: (1) Zeitschrift Wehrtechnik, Nr. 9/1988; (2) Wehrtechnik 5/1988; (3) Jo Angerer, Erich Schmidt-Eenboom. Rüstung in Weiss-Blau. Herausgeber: Die Grünen Landesverband Bayern und Wehrtechnik 11/1988; (4) Europäische Wehrkunde 2/1988; (5) Soldat und Technik 1/1989; (6) Wehrtechnik 4/1988; (7) Kolloquium European cooperation in armament research and development; (8) Wehrtechnik 2/1989; Stuttgarter Zeitung, div. Ausgaben — (evc)

## Rechte Positionen

# Republikaner fischen im Trüben der sozialen Konkurrenz

Der Aufschwung der Republikaner ist ein Produkt der Tätigkeit der konservativ-liberalen Regierung. Vielfach ist in öffentlichen Diskussionen schon darauf hingewiesen worden, daß nationalistische, rassistische und ausländerfeindliche Parolen nahezu gleichlautend bei Unionspolitikern wie Republikanern zu finden sind. Die Regierung verbietet vielleicht Organisationen mit Hakenkreuzfahnen und Hitlerfeiern, weil die „verfassungsfeindlich“ seien. Zugleich betreibt sie aber eine Einengung bürgerlicher Grundsätze wie des allgemeinen Wahlrechts für alle im deutschnationalen Sinne, was den Rechten weite-

ren Spielraum für Propaganda gibt. Die Regierungspolitik schafft aber noch in ganz anderer Weise einen Nährboden für rechte Sammlungsbewegungen: Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik schürt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die Verlockungen mit Aufstieg und materieller Besserstellung, womit die Unionsparteien und die FDP Wähler an sich binden, sind stets verbunden mit der Androhung des Gegenteils: Die Angst vor Verelendung und sozialem Abstieg nimmt zu, bei schwacher gewerkschaftlicher und politischer Gegenwehr gehen die Rechten hier auf Wählerfang. — (alk, har, rst, tob, udi)

## Republikaner schüren Existenzangst und hetzen damit Leute gegeneinander

Erste Vorbemerkung: Wenn sich CDU, SPD und F.D.P. entsetzt über den Einzug der Republikaner (REP) ins Westberliner Abgeordnetenhaus zeigen, so muß man sich in Erinnerung rufen, daß sie es waren, die die Kandidatur ermöglicht haben. Mit Ausnahme des Wahlausschusses zur Bezirksverordnetenversammlung in Kreuzberg, wo CDU, SPD und AL gegen die Zulassung der REP zur Kandidatur stimmten, war es ansonsten unter den Parteien nur die Alternative Liste, die sich gegen eine Zulassung aussprach. Dabei böten sowohl die Westberliner Verfassung (Artikel 20 und 21) als auch Beschlüsse der Alliierten (sog. Berlin Kommandatur/Orders) rechtliche Möglichkeiten, eine Kandidatur faschistischer Organisationen zu unterbinden.

Zweite Vorbemerkung: Die folgenden Ausführungen sind der Versuch herauszufinden, welche Schichten oder Beschäftigtengruppen die REP mit ihrem Programm bzw. mit ihrer Propaganda erreichen wollten und offenbar erreicht haben. Nicht beabsichtigt ist, das allgemeine REP-Programm darzustellen und zu untersuchen, sondern die in Westberlin von ihnen betriebene Propaganda ansatzweise aufzuarbeiten.

### Die „Berliner Polizei“

Bekanntermaßen ist der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende der REP, Bernhard Andres, Polizeibeamter. Ein weiteres zukünftiges Abgeordnetenhausmitglied, Frank Degen, ebenfalls. Unter den 15 Kandidaten für das Abgeordnetenhaus sind noch andere Beamte und

weitere Angestellte des öffentlichen Dienstes. Bekannt ist auch, daß es in verschiedenen Polizeidienststellen Feiern nach dem Wahlerfolg der REP gegeben hat. Wenngleich Polizeipräsident Schertz sich bemüht, die Polizei vom REP-Geruch reinzuwaschen, so ist es dennoch Tatsache, daß z.B. einer der höchsten Polizeiführer, der Leiter der Polizeidirektion 5 (Kreuzberg/Neukölln), in dessen Verantwortungsbereich auch die umstrittene Sondereinheit EbLT fällt, für die Wahl der REP Reklame gemacht hat.

Daß die deutschen Beamten und insbesondere Polizeibeamten einen Schwerpunkt der Propaganda der REP bilden, kann man auch ihrem Wahlprogramm und ihren Flugblättern entnehmen. So heißt es z.B. in einem verteilten Flugblatt:

„Beamte sind Leistungsträger unserer Demokratie. Wer das Berufsbeamtentum abschaffen will, rüttelt am demokratischen Rechtsstaat. Durch ihr besonderes Dienst- und Treueverhältnis sind die Beamten nicht in der Lage, sich mit einem verbrieften Streikrecht zu wehren. DIE REPUBLIKANER setzen sich für den Erhalt des Berufsbeamtentums ein. Hände weg von den Pensionen! Die verfehlte Rentenpolitik darf nicht auf dem Rücken der Staatsdiener ausgetragen werden. Wer sich ein Leben lang aktiv für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsetzt oder eingesetzt hat und unserem Staat für ein ‚Butterbrot‘ die Treue hält oder gehalten hat, verdient keine Beschimpfungen und Kürzungen, sondern Lob und Anerkennung. Wer am 29. Januar 1989 DIE REPUBLIKANER wählt, sichert sich seinen Status und seine Pension.“

Es ist eine Tatsache, daß die Polizei Nachwuchssorgen hat. Dieser Personal-mangel wiederum führt zu einer enormen Anzahl von Überstunden. Innensenator Kewenig hat u.a. deshalb vorgeschlagen, auch Ausländer in die Polizeiausbildung aufzunehmen, wenngleich



Von der antifaschistischen Bewegung im Wahlkampf zu wenig gefordert: Wahlrecht für Ausländer. Bild: Aktion vor einem Wahllokal.

nur eingebürgerte. Darüber hinaus ist die Westberliner Polizei gerade in den letzten Jahren wegen ihrer brutalen Härte öffentlich und über die Stadt hinaus scharf kritisiert worden. Zum schlechten Ruf und zu schlechten Arbeitsbedingungen kommen dann noch Ängste, was die Zukunft anbelangt. Forderungen nach Kürzung der Pensionen, nach Beteiligung der Beamten an der Rentenversicherung oder gar die Diskussion um Abschaffung des Beamtenstatus' als solchen stoßen da auf wenig Gegenliebe. Die (Polizei-)Beamten als Prügelknaben der Nation, die die Fehler der Politiker ausbaden sollen, in diese Kerbe hauen die REP.

Nicht die Bürger sind vor der Polizei zu schützen, sondern die Polizei vor den Politikern und Chaoten. Dazu passen dann auch folgende Forderungen, die im Westberlin Wahlprogramm der REP aufgezählt sind:

„... — die Ausrüstung der Polizei muß verbessert werden, insbesondere mit Distanzwaffen. Den Polizeibeamten gebührt die Solidarität der Bürger, des Abgeordnetenhauses und des Senats.

— Die Einführung von Namensschildern für Polizeibeamte ist abzulehnen. ...

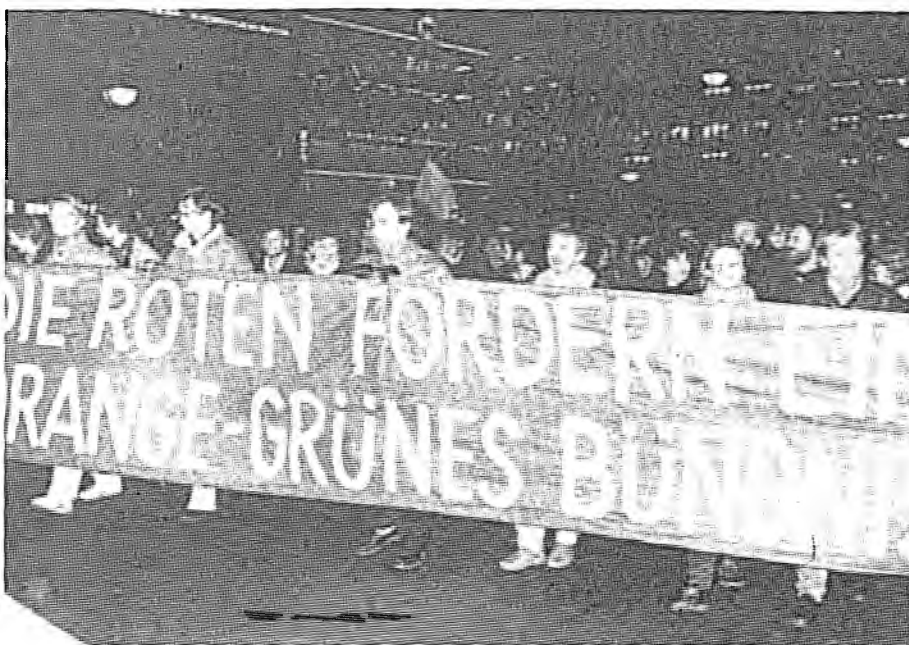
— Vermummung und passive Bewaffnung müssen bestraft werden.

— Der Landfriedensbruchparagraph in der bis 1970 geltenden Fassung muß wieder hergestellt werden: Alle Personen machen sich strafbar, die sich nach rechtmäßiger Aufforderung durch die Polizei aus einer Demonstration nicht entfernen — und so Gewalttätigen Schutz bieten ...“

Hier kann man übrigens schon feststellen, daß sich die Forderungen der REP nur graduell von den Positionen der CDU unterscheiden.

### Ausländer und Asylanten

Spontan sagten nach dem Wahlerfolg der REP viele, daß dies das „Verdienst“ der ausländerfeindlichen Politik von Senat und Bundesregierung sei. Gleichzeitig wurde auch gesagt, daß insbesondere die in den letzten Monaten zunehmende Zahl von Aussiedlern die Ausländerfeindlichkeit verstärkt habe und daß die meisten nicht zwischen Ausländern und Asylanten einerseits und Aussiedlern andererseits unterscheiden hätten. Zwar hat der Senat sich um Sympathie unter der Bevölkerung für die Aussiedler bemüht, und auch die REP betrachten sie als erwünscht. Jedoch findet sich dieser Hinweis in den Wahlflugblättern und -zeitungen der REP nur ein einziges Mal (siehe Zitat unten). Dieses Nichtausheilen stört die REP nicht, wenn es um Stimmungsmache geht, z.B. bei dem Kampf um Mietwohnungen. Hier wird den Aussiedlern bevorzugt günstiger Wohnraum zugewiesen, während die Ausländer tatsächlich als allerletzte an die Reihe kommen. Ansonsten ist den REP auch jedes andere Mittel recht, um Stimmung gegen die Ausländer und Asy-



Auf ca. 30% schätzt Momper die Zustimmung der Bevölkerung für eine rot-grüne Koalition. Nicht gerade viel!

lant zu machen. Dazu werden dann einzelne Zahlen (z.B. aus Statistiken), einzelne Vorfälle und auch gern aus dem Zusammenhang gerissene Zitate benutzt, um die Gefahren und Kosten, die „uns Deutschen“ durch die vielen Ausländer drohen, darzustellen. Ein Beispiel:

„Der CDU-Senat rühmt sich, 45000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Dennoch steigt die Zahl der Arbeitslosen in Berlin fortwährend und erreicht mit 97000 im September 1988 einen neuen Rekord ... das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) legt ungeniert den Finger in die Wunde und nennt die Ursache der Berliner Krankheit beim Namen: ‚Die geringe Fortzugsneigung großer Ausländergruppen‘ mit der Folge eines außerordentlich hohen ‚nachwachsenden Erwerbspersonangebots‘ ... Im Klartext: Unsere Arbeitslosigkeit ist deshalb so hoch, weil es in Berlin zu viele ausländische Arbeitnehmer, zumeist Türken, gibt. 91000 ausländische Arbeitnehmer stehen 97000 Arbeitslosen gegenüber. Die Zeche bezahlen wir Deutschen. Vor allem ältere Arbeitnehmer, Jugendliche, weniger Qualifizierte und die nach Jahren des Hoffens jetzt aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien entlassenen Deutschen. Sie bleiben vor der Tür. 59 Milliarden kostete die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr. 40 Milliarden muß Stoltenberg in diesem Jahr an Krediten neu aufnehmen.“

Die REP fordern, „unsere Arbeitsplätze (müssen) vorrangig Deutschen zustehen“, die Tatsache unterschlagend, daß dies bereits so ist. Die REP knüpfen dabei an der Situation vor allem von arbeitslosen Jugendlichen und weniger Qualifizierten an. Wenn es so was wie Konkurrenz um Arbeitsplätze gibt, dann auf der Ebene der (unbeliebteren) Aus-

bildungsplätze und um die miesesten und schlechtbezahltesten Gelegenheitsarbeiten, um die sich gerade auch arbeitslose Ausländer bemühen müssen, da sie nur begrenzt oder gar nicht Sozialhilfe beantragen können. Diejenigen, die aufgrund ihres sozialen und beruflichen Status diskriminiert sind, treffen auf die gleichfalls diskriminierten Ausländer. Sich da auf die Nationalität berufen zu können, würde einen „Konkurrenzvorteil“ bedeuten.

Bezüglich ihrer sonstigen die Ausländer und Asylanten betreffenden Forderungen geben sich die REP demagogisch nach dem Motto, das sei doch auch im Interesse der Ausländer. Gleichzeitig schüren sie auch hier Widersprüche. So fordern sie „obligatorischen Unterricht der Ausländerkinder in ihrer Heimatsprache und in Heimatkunde, der ihre Rückkehr erleichtern soll. Einrichtung von Ausländerklassen, wenn der Ausländeranteil in den deutschen Regelklassen 25% übersteigt.“ Die Tatsache, daß die Schulausbildung vor allem in den Hauptschulen schlecht ist, wird dem hohen Ausländeranteil zugeschoben und nicht der Bildungspolitik des Senats. Sie sind für die Ausdehnung der Zuzugssperre auf weitere Stadtteile. Die Familienzusammenführung „ist auf den Nachzug von Kindern bis zu sechs Jahren und der vor Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland geheirateten Ehegatten zu beschränken“. Ansonsten gilt der Grundsatz der „Zusammenführung im Heimatland“. Dies sind die Positionen, von denen Lummer sagt, daß sie von der CDU abgeschrieben sind. Beim Asylrecht ebenso:

„Kein uneingeschränktes Verfassungsrecht auf Asyl: Ergänzung des Art. 16. Abs. 2, Satz 2 Grundgesetz durch

den Zusatz: „Das Nähere bestimmt ein Gesetz“

Asyl nur für wirklich politisch Verfolgte nach strenger Prüfung der Fluchtgründe in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit unseres Landes

Kein Asyl, wenn der Asylbewerber seine politischen Ziele mit Terrorakten verfolgt ...

Kein Asyl, wenn der Asylbewerber bereits in einem anderen Land Zuflucht gefunden hat oder zumutbar Zuflucht finden kann, insbesondere wenn das andere Land seiner Heimat näher liegt und zum selben Kulturkreis gehört ...

Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber sind unverzüglich abzuschicken; keine weitere Duldung „aus humanitären Gründen“

Wesentliche Beschleunigung des Asylverfahrens durch ausreichendes Personal für die zuständigen Behörden und Gerichte.“

### Wirtschaftspolitik

Mit ihrem Wirtschaftsprogramm sprechen die REP vor allem kleine Selbständige und die Besitzer mittelständischer Betriebe an, also jene Eigentümer, die durch die zunehmende Konzentration des Kapitals in Existenznot geraten und ihre Hoffnung darin sehen, daß sie die tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen unterlaufen bzw. daß diese geändert werden. So heißt es im Programm der REP:

„— Industrie, Handel und Gewerbe müssen durch ein klares Bekenntnis zu den Prinzipien der Marktwirtschaft, durch ein Bekenntnis zur Leistung ermutigt werden.

— Die für viele Unternehmer existenzbedrohende ständige Erhöhung der Lohnnebenkosten muß über den Bundesgesetzgeber beseitigt werden ...

— Die staatliche Beschäftigungspolitik muß die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei Neugründungen und steigender Auftragslage erleichtern, statt sie wie bisher zu erschweren, weil die Unternehmer befürchten müssen, sich bei Verschlechterung der Auftragslage nicht mehr von Arbeitskräften trennen zu können, die nicht mehr benötigt werden. Der Grundsatz muß sein: Ein unsicherer Arbeitsplatz ist besser als gar keiner ...

— Viele Betriebe können aus Kostengründen nicht so viele Arbeitskräfte einstellen, wie sie benötigen. In letzter Zeit haben einige dieser Betriebe ihren Arbeitgeberverband verlassen, um Stellen unter Tarif ausschreiben zu können. Ein solches Vorgehen darf nicht durch Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen verhindert werden ...“

### Gegen die Existenz der DDR

Es ist kein Geheimnis, daß die REP ein Sammelbecken für faschistische und rassistische Kräfte aus ehemaligen Mitgliedern von NF, FAP, NPD, Bürgerinitiative Demokratie und Identität, DA, ÖDP und der Jungen Union ist. Beispielsweise gehört zu ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus der ehemalige NPD-Vorsitzende Kendzia. Gute Beziehungen bestehen zur CDU, nicht nur zu Lummer. Die Gründung der REP erfolgte u.a. auch in Abgrenzung zur Politik der CDU/CSU in Sachen Millionenkredit an die DDR. Für sie gilt die Devise: „Solange das Brandenburger Tor zu ist, ist die deutsche

Frage offen!“ Sie sind für die Wiedervereinigung unter allen Umständen, gegen die Anerkennung von Ostberlin als Hauptstadt der DDR, Kontakte dürfen nur bestehen, um Erleichterungen für die Menschen zu ermöglichen und müssen dem Prinzip Leistung und Gegenleistung entsprechen. Sie wirft der Bundesregierung vor:

„Sie beschränkt sich darauf, die Spaltung ‚erträglich‘ zu machen, läßt dem SED-Regime Milliarden zukommen. Den Mauererbauer Honecker empfing sie in Bonn als Staatsgast, unsere Bundeswehrsoldaten mußten vor ihm das Gewehr präsentieren aber an der Mauer wird weiter auf Deutsche geschossen.“ (Flugblatt)

Die REP verhehlen nicht, daß sie stark antikommunistisch eingestellt sind und erhoffen sich auch Stimmen aus den folgenden Kreisen:

„Bei den REPUBLIKANERN haben von ihrer Partei enttäuschte Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und bisher Parteilose eine neue Heimat gefunden ... Sie knüpfen an den Stil von Politikern wie Ernst Reuter (SPD), Walther Schreiber (CDU) und Carl-Hubert Schwennicke (FDP) sowie dem Gewerkschaftsführer Ernst Scharnowski an, der jahrzehntelang das politische Klima unserer Stadt bestimmte. Es war gekennzeichnet durch die Solidarität der Demokraten gegen linken und rechten Extremismus und die Idee der Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“

Es soll auch Feiern in traditionell eher sozialdemokratisch geprägten Eigenbetrieben gegeben haben.

## Woher kommen die Stimmen für die Republikaner?

Mit den Republikanern (REP) ist zum ersten Mal eine Partei der extremen Rechten in das Abgeordnetenhaus von Westberlin eingezogen. Die Fraktion der Republikaner wird auch einen Berliner Abgeordneten in den Bundestag entsenden. Bisher war die Kandidatur der faschistischen NPD durch die Alliierten untersagt worden, andere rechtsextreme Parteien waren an der 5 %-Klausel gescheitert (so 1975 der „Bund Freies Deutschland“ mit 3,4 % und die „Demokratische Allianz“ (DA) 1985 mit 1,3 %).

Dieses Ergebnis, das von den verschiedenen Meinungsforschungsinstituten auch nicht annähernd vorausgesagt wurde, hat in der Öffentlichkeit u.a. eine Diskussion darüber ausgelöst, wer die Republikaner gewählt hat und aus welchen Motiven heraus. In dieser Diskussion geäußerte — sich aus der Analyse des Wahlergebnisses selbst ergebende — Argumente werden von verschiedenen politischen Kräften ins Feld geführt, um diese oder jene politische Aufgabenstel-

lung zu begründen bzw. zu bestärken. Die „Forschungsgruppe Wahlen e.V.“ führt dazu aus:

„Die fast schockartige Überraschung, die das Wahlergebnis von Berlin vielerorts ausgelöst hat, hat die Frage aufgeworfen, ob die Berliner unter Kenntnis dieses Wahlergebnisses, insbesondere mit Blick auf die Republikaner, noch einmal so wählen würden. Solche Spekulationen gehen aber an der Tatsache vorbei, daß jedes Wahlergebnis auch immer ein Stück neuer Realität schafft. Gerade die Analyse der Erfolge der Republikaner und die daran anknüpfenden Interpretationen legen den Schluß nahe, daß diejenigen Wählerschichten, die die Veränderungen der politischen Landschaft in diesem Bereich bewirkt haben, genau dies auch so wollten. Offensichtlich hat man in Berlin wie in Westdeutschland die soziale Sprengkraft der Kombination des Ausländerthemas mit den Wohnungsmarktp Problemen übersehen. Gerade wegen der spezifischen Berliner Bedingungen dieser Wahl sollte man aber

zunächst mit Übertragungen des Berliner Wahlergebnisses auf die übrigen Länder der Bundesrepublik vorsichtig sein.“ (1)

Bei der Auswertung von Wahlstatistiken besteht stets die Gefahr und oft auch die Absicht, durch Verfälschungen zu angeblich objektiven Argumenten für eine interessierte Politik zu gelangen. So werden z.B. die sogenannten „Wählerwanderungsbilanzen“ des Wahlforschungsinstitutes INFAS in den Medien inzwischen als nahezu felsenfest gesicherte Erkenntnisse ausgegeben. Bei diesem Verfahren wird mithilfe einer komplizierten mathematischen Modellrechnung geschätzt, wieviele Wähler im Vergleich zur letzten Wahl ihre Wahlentscheidung und wie geändert haben. Tatsächlich kann man solche Zahlen wegen des Wahlgeheimnisses nicht beweisen. In das Modell gehen eine Fülle von Annahmen ein, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Die von INFAS vorgelegten Zahlen werden daher von uns nicht verwendet, weil wir sie für unsolid halten. Unter Verwendung des Berichtes der „Forschungsgruppe Wahlen“ und der repräsentativen Wahlstatistik (2) wollen wir — in Anknüpfung an frühere Beiträge in dieser Zeitschrift — einige Ergebnisse unserer Beschäftigung



## Vorläufiges amtliches Endergebnis der Wahl zitiert nach (1)

	Prozente	Differenz 1989-1985	absolute Zahlen	Differenz 1989-1985
Wahlberechtigte			1.532.924	+ 25.648
Wähler	79.6	-4.0	1.220.524	-39.264
gültige Zweitstimmen (1)	98.4	-0.4	1.200.411	-44.593
gültige Erststimmen	97.0	-1.7	1.183.818	-59.234
ungültige Zweitstimmen	1.6	+ 0.5	18.952	+ 4.706
ungültige Erststimmen	2.9	+ 1.7	34.878	+ 19.347
Parteianteile Zweitstimmen				
CDU	37.8	-8.7	453.161	-124.706
SPD	37.3	+ 5.0	448.143	+ 45.268
Alternative Liste (AL)	11.8	+ 1.1	141.470	+ 8.986
FDP	3.9	-4.5	47.129	-58.080
Demokratische Allianz (DA)	0.4	-0.9	4.983	-10.874
SEW (Kommunisten)	0.6	0.0	6.873	-858
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	0.7	+ 0.7	8.512	+ 8.349
Republikaner (REP)	7.5	+ 7.5	90.140	+ 90.140
Sonstige	—	-0.2	—	-2.818
Parteianteile Erststimmen				
CDU	40.1	-10.4	475.252	-153.378
SPD	41.7	+ 6.8	493.586	+ 59.820
AL	11.1	+ 1.5	131.061	+ 11.815
FDP	3.5	+ 0.2	41.970	+ 358
DA	0.4	-0.3	4.312	-3.910
SEW	0.9	+ 0.3	10.523	+ 2.521
Liberales Demokraten	0.0	-0.1	371	-1.329
ÖDP	0.8	+ 0.8	9.881	+ 9.548
REP	1.2	+ 1.2	14.421	+ 14.421
Humanistische Partei	0.0	0.0	256	+ 256
Einzelbewerber	0.2	+ 0.2	2.185	+ 2.185
Sonstige	—	-0.1	—	-1.541

(1) Bei der Differenz zwischen Wählern und Stimmen handelt es sich um Wahlumschläge ohne Stimmen für das Abgeordnetenhaus, die nur an den Kommunalwahlen teilnahmen, die gleichzeitig stattfanden („ausgefallene Stimmen“)

mit diesen Quellen zur Diskussion stellen.

1. Zunächst deutet vieles darauf hin, daß das Wahlergebnis eine faschistische Sammlungsbewegung signalisiert. 8,6 % der Stimmen für die Parteien REP, DA und Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) können schwerlich damit erklärt werden, daß Leute aus einer diffusen „Protesthaltung“ heraus den anderen Parteien einen Denkzettel geben wollten. Tatsächlich muß es in einem beunruhigend hohen Teil der wahlberechtigten Bevölkerung zu einem Grad an Verhetzung gekommen sein, der diese Bevölkerungsteile glauben läßt, die von den rechtsextremen Parteien propagierte Politik würde ihnen Vorteile bringen. Dafür spricht das durchgängig hohe Wahlergebnis, das nur in einem Wahlkreisverband, von denen es in Westberlin zwölf gibt, unter 5 % lag.

2. Die REP haben nur in 12 von 71 Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt. Bei den Wahlen konnte man eine Erststimme für den Direktkandidaten und eine Zweitstimme für die Partei ab-

geben. Wir gehen bei den folgenden Betrachtungen von der Annahme aus, daß die Zahl von Wählern, die mit ihrer Zweitstimme *nicht* REP, ÖDP oder DA gewählt haben, dies aber mit der *Erststimme* getan haben, vernachlässigbar ist. In allen Wahlkreisen, in denen die REP Direktkandidaten aufgestellt haben, erhielten diese Kandidaten mit ganz geringen Abweichungen so viele Stimmen, wie im selben Wahlkreis Zweitstimmen für die REP abgegeben wurden. Dies deutet daraufhin, daß bei der Wahlentscheidung irgendwelche „wahltaktischen“ Gründe keine Rolle spielten, sondern eine relativ feste Entscheidung für *diese* Partei bestand.

3. Es erhebt sich die Frage, wem die Wähler, die mit der Zweitstimme REP gewählt haben, ihre Erststimme in jenen Wahlkreisen gegeben haben, in denen die REP keinen Direktkandidaten aufgestellt haben. Es handelt sich dabei um etwa 75 000 Leute. Dabei ist beachten, daß bei den Erststimmen der Anteil der ungültigen Stimmen höher liegt, als bei den Zweitstimmen — es wurden ca.

17 000 weniger gültige Erst- als Zweitstimmen abgegeben. Selbst wenn dies alles Wähler der REP sein sollten, bleiben fast 60 000 nicht zugeordnete Erststimmen von Wählern der REP. Einen Hinweis gibt hier der Vergleich der Erststimmenanteile von REP, DA und ÖDP. In sieben Wahlkreisen haben die REP und DA bzw. ÖDP Direktkandidaten aufgestellt. In all diesen Wahlkreisen liegen die Erststimmenergebnisse für REP, DA und ÖDP *nicht höher* als ihre Zweitstimmenergebnisse. Weiterhin gibt es 31 Wahlkreise, in denen DA oder ÖDP bzw. beide Parteien Direktkandidaten aufgestellt haben, die REP aber *nicht*. In diesen Wahlkreisen liegt in allen Fällen das Erststimmenergebnis für ÖDP und DA deutlich höher als ihr Zweitstimmenergebnis. Zwischen 0,9 % und 2,1 % der Wähler haben in diesen Wahlkreisen ihre Erststimme *zusätzlich* ÖDP bzw. DA gegeben, wenn man — wie oben bemerkt — davon ausgeht, daß alle Zweitwähler von ÖDP und DA dieser Partei auch ihre Erststimme gegeben haben.

4. Es ergeben sich daraus folgende Vermutungen: 8,6 % der Wähler haben rechtsextreme Parteien mit der Zweitstimme gewählt, wobei die Erststimmenentscheidung — falls möglich — auch jeweils bei der entsprechenden Partei blieb. Vielleicht 1,5 % der Zweitwähler der REP haben — falls diese keinen Direktkandidaten aufgestellt haben — andere rechtsextreme Parteien gewählt. Die restlichen Zweitwähler der Republikaner haben zu einem kleineren Teil ungültige Erststimmen abgegeben und zu einem größeren Teil andere Parteien außer ÖDP und DA gewählt. Daraus wäre zu schließen, daß ein kleinerer Teil der 8,6 % in jedem Fall *rechtsextrem* wählen wollen, relativ unabhängig von der speziellen Programmatik der jeweiligen Partei, während der größere Teil

#### REP-Proz. nach Alter u. Geschlecht

##### Zweitstimmen insgesamt

18-29 Jahre	11.7
30-44 Jahre	7.8
45-59 Jahre	9.3
über 60 Jahre	4.6
alle Gruppen	8.1

##### Männer

18-29 Jahre	14.6
30-44 Jahre	9.2
45-59 Jahre	11.1
über 60 Jahre	7.8
alle Gruppen	10.8

##### Frauen

18-29 Jahre	8.4
30-44 Jahre	6.2
45-59 Jahre	7.4
über 60 Jahre	3.2
alle Gruppen	5.9

Diese Zahlen sind Ergebnisse der repräsentativen Wählerstichprobe. Sie geben jeweils an, wieviel Prozent der Leute in der jeweiligen Gruppe Republikaner gewählt haben. (Beispiel: von den Frauen zwischen 18 und 29 Jahren aus der Stichprobe haben 8,4 % Republikaner gewählt).

(vielleicht zwei Drittel) dieser Wähler nur die je spezielle Partei — und hier insbesondere die REP — fördern will.

5. Die einzig gesicherten Zahlen über den Zusammenhang zwischen Wahlentscheidung und anderen Faktoren lassen sich aus den Ergebnissen der repräsentativen Wählerstichprobe gewinnen. Nach den Wahlgesetzen des Bundes, der Länder und der Stadt Westberlin dürfen bei einem bestimmten, zufällig ausgewählten Teil der Wähler die Stimmzettel markiert bzw. in verschiedenen Wahlurnen gesammelt werden, so daß später Grup-

pen nach Alter und Geschlecht ausgezählt werden können. (3) Das Wahlgeheimnis ist durch diese Bestimmung nicht verletzt, weil eine Auswertung dieser Angaben nur so zulässig ist, daß nicht auf einzelne Personen zurückgeschlossen werden kann. Die Auswahl wird so vorgenommen, daß die Ergebnisse der Auszählung dieser Stimmzettel eine verlässliche Schätzung über das Wahlverhalten aller Wahlberechtigten abgeben. Diese Zahlen werden jeweils von den Statistischen Landesämtern bzw. dem Statistischen Bundesamt bekanntgemacht. Teilweise werden sie auch auf Ebene einzelner Kommunen zusammengefaßt veröffentlicht.

Die Ergebnisse dieser Stichprobe für die Wahl in Westberlin (2 und Tabelle) ergibt folgendes für die Stimmenanteile der Parteien in den jeweiligen Gruppen (männlich/weiblich und Alter 18-29, 30-44, 45-59, über 60 Jahre):

5a. Der CDU-Anteil steigt mit dem Alter an und hängt mit diesem sehr stark zusammen (21,4 - 27,3 - 40,9 - 52,6 bei 36,9 % insgesamt). Frauen wählen mit 40,5 % mehr CDU als Männer mit 32,4 %, wobei der Unterschied mit den Altersgruppen ansteigt. Diese Tendenz hat sich gegenüber 1985 verstärkt.

5b. Bei den Stimmen für die SPD ergeben sich fast keine Abweichungen zwischen den Altersgruppen und Geschlechtern und kaum Veränderungen gegenüber 1985.

5c. Bei der AL bestehen zwischen den Geschlechtern wenig Unterschiede. Insgesamt haben 13,5 % der Männer und 10,7 % der Frauen AL gewählt. Die Differenz ergibt sich aus einem geringeren Stimmenanteil der AL bei Frauen zwischen 30 und 44 Jahren und den Frauen über 60 Jahren. Einen sehr starken Einfluß hat jedoch das Alter (24,9 - 20,4 - 5,0 - 1,8 Prozent in den obengenannten Altersgruppen, 1985: 25,6 - 16,5 - 3,7 - 1,2).

5d. Bei der FDP bestehen Unterschiede nach Alter und Geschlecht. Die Männer wählen mit 4,2 % häufiger FDP als die Frauen mit 3,2 %. Dabei ist die FDP in der Altersgruppe 45-60 bei beiden Geschlechtern besonders stark vertreten (5,4 bzw. 3,9 Prozent).

5e. Die stärksten Unterschiede nach Geschlecht und starke Unterschiede nach dem Alter bestehen bei den Republikanern (vgl. Tabelle). Die REP haben 63 % ihrer Stimmen aus den Altersgruppen zwischen 18-29 und 45-59 erhalten, während der Anteil der Wähler an diesen Altersgruppen nur 53,8 % beträgt. Die Statistik weist noch die Gruppe der 18-23jährigen gesondert aus. In dieser Gruppe haben in der Stichprobe 18,8 % der Männer Republikaner gewählt, der höchste Prozentsatz der Republikaner überhaupt.

Die vorstehenden Angaben sind mit der gebotenen Vorsicht zu behandeln: Die amtliche Statistik weist nirgends *absolute Zahlen* aus. Die Wahlbeteiligung

wird in anderen Gruppierungen verzeichnet als die Ergebnisse der repräsentativen Stichprobe, und schließlich wird zwar der Anteil der Männer und Frauen einer bestimmten Altersgruppe an den Männern und Frauen insgesamt ausgewiesen, jedoch nicht die *absolute Zahl* der wahlberechtigten Männer bzw. Frauen. Auch aus anderen Quellen sind diese Zahlen schwer auszurechnen. Daten über die Zusammensetzung der Bevölkerung können nicht genommen werden, weil nur Staatsangehörige über 18 das Wahlrecht besitzen. Nach einer eigenen Hochrechnung der veröffentlichten Zahlen aus der repräsentativen Wählerstichprobe sind in Westberlin mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer wahlberechtigt! Genauere Berechnungen und Prüfungen auf statistische Signifikanz können nur unter Berücksichtigung der absoluten Zahlen durchgeführt werden. Es ergibt sich jedoch ein relativ klares — qualitativ bewertbares — Ergebnis:

Die Wählerbasis der Republikaner ist am stärksten bei jungen Männern und Männern, die zwischen 45 und 59 Jahre alt sind. Genau in diesen Bevölkerungsgruppen treffen mörderische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt mit drohender oder stattfindender sozialer Degradation zusammen. Auf diese Lebenssituation scheinen Teile der Wähler mit Hoffnungen auf Konkurrenzvorteile durch eine besonders brutale deutschnationale Politik zu reagieren. Dies könnte auch erklären, warum die REP in den besseren Stadtteilen (z.B. Zehlendorf) deutlich weniger Stimmen erhalten haben, denn die dort hauptsächlich vertretenen sozialen Schichten der gehobenen Mittelklasse sind durch die Regierungspolitik (Steuerreform usw.) bereits kräftig bedient worden und haben in den gehobenen akademischen Positionen die Konkurrenz durch Übersiedler aus anderen Staaten einstweilen nicht zu fürchten, was sich mit der Durchsetzung des EG-Binnenmarktes ändern könnte und nach dem Willen der Regierung auch ändern soll. Der geringere Anteil der REP bei den Menschen über 60 könnte u.a. darauf zurückgeführt werden, daß die Renten nach der Einigung über die Rentenreform zwischen CDU/CSU, FDP und SPD in der öffentlichen Meinung für den Rest des Jahrtausends als sicher gelten.

Diese Bewertung stützt sich auch auf die Ausführungen der „Forschungsgruppe Wahlen“ zu diesem Thema:

„Die Umfrage wie auch die regionale Auswertung des Wahlergebnisses zeigen dabei, daß die Republikaner bei den Facharbeitern und besonders in den Arbeiterwohngebieten mit einem besonders niedrigen Ausländeranteil ihre besten Ergebnisse erzielt haben. Dies beweist nun nicht, daß die Stimmen der Republikaner ausschließlich aus der Arbeiterschicht kommen. Es zeigt vielmehr auf, daß in den so charakterisierten Wohnvierteln, wie zum Beispiel in Wedding

und in Neukölln, ein politisches Klein-klima entstanden ist, das durch soziale Verunsicherung und Angst vor Statusverlusten gekennzeichnet ist, auf das die Parteien der politischen Mitte, CDU, FDP und SPD, nach Meinung der Betroffenen keine glaubwürdige Antwort haben ... Die Republikaner profitierten bei ihrem äußerst geschickten Propagandafeldzug offensichtlich von einer weitverbreiteten Unklarheit des Ausländer-

begriffes, der für die meisten Berliner, wie wohl auch für die meisten Westdeutschen, die Aussiedler mit einschließt und letztlich alles Fremde meint. Die Erfolge, die bei den eher besser gestellten Arbeitern überdurchschnittlich hoch ausfielen, lassen vermuten, daß man den Aussiedlern die ihnen gewährten Privilegien mißgönnt. Dazu gehören z.B. auch die Hilfen beim Finden guter, billiger Wohnungen. Auch dürfte hier die Furcht vor

leistungsfähiger und hoch motivierter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt haben.“

Quellenhinweis: (1) „Wahl in Berlin“, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 53, zu beziehen über Postfach 10 11 21, 6800 Mannheim 1 zum Preis von 25.- DM. (2) Amtliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses durch das Statistische Landesamt, besonders S. 39 ff. (3) Bundeswahlgesetz § 51 in Verbindung mit § 82 der Bundeswahlordnung

## Zimmermann verbietet N.S. und schont faschistisches Gedankengut

Die „Nationale Sammlung“ wurde als bundesweite Wählerinitiative am 15. Juli 1988 von M. Kühnen (FAP) gegründet und am 9. Februar 1989 verboten. M. Kühnen stört sich nicht besonders an diesem Verbot und hat bereits ersatzweise einen „Freundeskreis Heinz Reisz“ gegründet. In Langen und Frankfurt warb die N.S. mit dem „Sturm“, ihrer Wahlkampfzeitung, um Stimmen für ihre Kandidatur zu den Kommunalwahlen auf der „Liste Ausländer 'raus“:

„Wir deutschen Arbeiter wollen sie (die Ausländer) lieber heute als morgen draußen wissen ... sie liegen dem Sozialsystem der BRD und damit uns allen auf der Tasche! ... Anders als die anti-deutschen Etablierten wissen wir zu unterscheiden zwischen Ausländern und deutschen Volksgenossen. Die Aussiedler sind uns willkommen. Sie und ihre Kinder sollen frei vom kommunistischen Joch leben können ... Eine Schande ist es, daß jeder Ausländer eher eine Sozialwohnung hat als diese deutschen Volksgenossen ...“

Nicht Rassismus und Ausländerhetze, auf deren Grundlage in diesem Jahr bereits mehrere ausländische Jugendliche in Langen von Faschisten zusammengeschlagen wurden, standen als Verbotsgründe zur Debatte, sondern die Verfassungsfeindlichkeit. Die N.S. führt in ihrem Grundsatzprogramm aus: „Das System hat keine Fehler, es ist ein Fehler.“ Sie lehnt NPD, DVU und Republikaner ab, „weil sie das System innerlich akzeptiert haben und sich deshalb daran anpassen“.

Die Langener Stadtverordnetenversammlung hat am 24.3.1988 das Verbot der FAP von Innenminister Zimmermann gefordert. In der Begründung heißt es:

„Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt aufs Schärfste die verstärkten Umtriebe einer Gruppe von Neonazis in Langen. Sie sieht in diesen Aktivitäten das Werk Unverbesserlicher, die immer noch das Entstehen und die katastrophalen Folgen des Dritten Reiches leugnen. Das Eintreten für dieses totalitäre Regime und dessen Werte trägt menschenverachtende Züge, wie sie auch in der Ausländerfeindlichkeit zum Ausdruck kom-

men ...“

Zimmermann dagegen brüstet sich damit, nicht nur Rechtsextremisten und den Hell's Angels Motor-Club e.V., sondern auch Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) verboten zu haben.

„Ich werde auch in Zukunft nicht zögern, wenn es sich erforderlich erweisen sollte, alle notwendigen Mittel einzusetzen, um eine Gefährdung der inneren Sicherheit abzuwenden ... Der Vorrang gebührt — bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ebenso wie bei der Bekämpfung des Linksextremismus nach wie vor der geistig-politischen Auseinandersetzung sowie der Ausschöpfung aller strafrechtlichen Mittel.“

Auf Grundlage dieser Art von Verbot der N.S. stehen NPD, DVU und die Republikaner besser als vorher da.

Beim Verbot von Devrimci Sol (9.2.1983), einer revolutionären türkischen Organisation, die auch, wie N.S. und ANS/NA auf Grundlage des § 9 (GG) von Zimmermann verboten wurde, ist die Erklärung der Verfassungsfeindlichkeit dagegen wesentlich klarer. Diejenigen, die den Schaden von der politi-

schen Betätigung der Dev Sol haben, nämlich die NATO, das deutsche Kapital und der Staat, können durch diese Verbotsbegründung ausgemacht werden:

„Die Ausländervereine orientieren ihre Aktivitäten überwiegend an den politischen Konflikt- und Krisensituationen der jeweiligen Herkunftsländer. Dadurch beeinträchtigen sie die Sicherheit und wichtige innen- und außenpolitische Belange unseres Landes ... — die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Bündnispartner der Türkei, — deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei-, Ausländerrecht und Ausländerpolitik.“

Nicht ohne Grund fordern Antifaschisten das Verbot der faschistischen Organisationen auf Grundlage des Artikel 139 GG und Artikel 2 des Alliierten Kontrollrates (Begründung: Nachfolgeorganisationen der NSDAP), weil auf Grundlage dieses Paragraphen die faschistische Gesinnung verurteilt wird. Das haben wir nicht geschafft. Verbote, bei denen die kapitalistische, menschenverachtende, faschistische Verbots-Grundlage zum Thema wird, taugen dann auch im Kampf gegen die „legalen“ faschistischen und reaktionären bürgerlichen Parteien.

(aus: Antifaschistische Nachrichten der Volksfront, 5/1989)





## Christlicher Kreuzzug gegen den Ayatollah?

Von Kohl, Blüm, Zimmermann, dem „Spiegel“ und den christlichen Kirchen über die SPD, den PEN-Club bis zur „taz“ scheint sich eine christlich-abendländische Einheitsfront gegen den Ayatollah gebildet zu haben. Dessen Aufruf, der Schriftsteller Rushdie sei des Todes, scheint alle zu einigen. Das mutet wie eine gelungene Provokation an, auf die der Ayatollah hereingefallen ist und die er nur verlieren kann. Verblüffend aber ist vor allem die Selbstgefälligkeit vieler Ayatollah-Kritiker: Man ist ja so aufgeklärt! So? Eine Kritik christlicher Religionen nach dem Muster von Rushdies Versen wäre in der BRD wegen Blasphemie, Beleidigung von Religionsgemeinschaften usw. z.B. nie erschienen.

## Namibia: SWAPO zum Unabhängigkeitsprozeß

Die Vorbereitungen auf die Unabhängigkeit Namibias finden unter massiver Einmischung der westlichen Imperialisten statt. Die Parteien der Turnhallenallianz erhalten massive finanzielle Unterstützung. BRD und andere stellen Bedingungen für die politischen Verhältnisse in der Zukunft. Südafrika behauptet in den jetzt vorliegenden Abkommen wichtige Positionen, die grundlegende Forderungen der SWAPO und der anderen Teile der namibischen Befreiungsbewegung nicht berücksichtigen. Der Atlantikhafen Walvisbay mitten in Namibia soll südafrikanisches Territorium bleiben. Die UNO-Truppen zur Überwachung des Übergangsprozesses soll klein sein. Welche Stellung bezieht die Befreiungsbewegung dazu?



## Kämpfe gegen Militärbelastungen

Keine andere Region in der BRD ist so stark von Militär durchsetzt wie der niedersächsische Landkreis Soltau-Fallingb. Knapp 20 Prozent der Kreisfläche — 364 Quadratkilometer — sind der zivilen Nutzung ständig entzogen. Es sind u.a. die Truppenübungsplätze Munster Nord und Munster Süd, der NATO-Schießplatz Bergen und die „Roten Flächen“, Übungsgebiete der britischen NATO-Truppen auf Grundlage des Soltau-Lüneburg-Abkommens. Verschiedene Initiativen kämpfen gegen Schießlärm, Tiefflieger und permanente ganzjährige Militärmanöver. In Breloh bei Munster, dem Standort der Kampftruppenschule 2, wehrt sich eine Bürgerinitiative gegen eine weitere Ausdehnung des Truppenübungsplatzes Munster Nord.

## Ergebnisse der Volkszählung

Der Bundesinnenminister hat die ersten Ergebnisse der Volkszählung 1987 vorgelegt. Laut Zimmermann haben nahezu 100% aller Bürger die Fragebögen abgegeben, was er als Fehlschlag der Boykottbewegung interpretiert. Vier Punkte der Ergebnisse hebt er besonders hervor: den zutage getretenen Fehlbestand im Wohnungsbau, die wirtschaftliche Strukturpolitik sowohl im Hinblick auf die Nord-Süd-Wanderung wie die Verschiebung zur Dienstleistungsgesellschaft, die Änderung des Altersaufbaus der Bevölkerung und die Notwendigkeit der Novellierung der Ausländergesetze. Die Ergebnisse der Volkszählung werden zunehmend Grundlage reaktionärer Sozial- und Wirtschaftspolitik.



### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

**Nachrichtenheft** Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

### Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m. b. H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

**Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie**

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie, 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

**Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe** — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe, 0,80 DM

**Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik** — Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse** — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1,20 DM

**AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik** — Nachrichten, Analysen, Protokolle, 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik** — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m. b. H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Walldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58 Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 4393600 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich Beilage. Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken